Jetzt am Kiosk

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 7 – 20. Februar 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Großes Medieninteresse und ein zufriedenes Gesicht: Im Poker um die Zukunft des Vertriebenenzentrums in Berlin hat BdV-Präsidentin Erika Steinbach politisch und moralisch gewonnen.

Bild: pa

Das »Zentrum« wird größer

BdV setzt wichtige Verbesserungen durch – Letztes Wort künftig beim Bundestag

Nach langem Tauziehen haben Politiker von Union und FDP mit dem BdV einen Kompromiss für die Zukunft des Vertriebenenzentrums gefunden. Erika Steinbach hat wesentliche Ziele durchgesetzt.

Nach langem Hin und Her war am Donnerstag vergangener Woche endlich die Kuh vom Eis: Die schwarz-gelbe Bundesregierung, genauer die Fraktionschefs im Bundestag, erfüllten einen großen Teil der von BdV-Präsidentin Erika Steinbach gestellten Bedingungen für deren Verzicht auf eine Berufung in den Stiftungsrat des geplanten Dokumentationszentrums. So wird dessen Ausstellungsfläche um ein Drittel von 2250 um 750 Quadratmeter vergrößert, außerdem bekommt der BdV künftig sechs statt drei Sitze im Stiftungsrat. Allerdings wird das Gremium insgesamt von 13 auf 21 Sitze vergrößert, so dass der relative Gewinn geringer ausfällt.

Wie vom BdV vorgeschlagen, werden zudem wichtige Unterlagen aus dem Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth in digitalisierter Form erschlossen und in die geplante Dauerausstellung integriert.

Zu einer Prestigefrage für die FDP war der Streitpunkt geworden, wer denn in Zukunft das letzte Wort bei der Berufung der von den beteiligten Verbänden benannten Persönlichkeiten in den Stiftungsrat haben solle. Bisher war dies die Bundesregierung. Der BdV hatte gefordert, den betroffenen Verbänden das Benennungsrecht zu überlassen, doch dies war für Guido Westerwelle, der in dieser Frage offen die Interessen Polens vertritt, nicht akzeptabel. Nun einigte man sich darauf, dass hier künftig der Deutsche Bundestag das letzte Wort hat.

> Steinbachs Gegner stöhnen über diesen Kompromiss

Die Sorge, dass die FDP dann zusammen mit SPD, Grünen und Linken weiterhin jeden ihr nicht genehmen Vertreter der Vertriebenen ablehnen könnte, ist naheliegend, aber zumindest für die nähere Zukunft wohl nicht akut. Frau Steinbach verzichtet ja nun ohnehin, und eine peinliche Mehrheitssuche für jeden einzelnen Schlesier oder Ostpreußen, ob er gnädigerweise im Vertriebenenzentrum ein klitzekleines Wörtchen mitreden dürfe, ist wohl auch danach nicht zu erwarten: Der Bundestag soll nämlich nicht einzeln über jeden Kandidaten abstimmen, sondern „en bloc“ über die gesamte Liste.

Dass dies im Vorfeld zu entsprechenden Absprachen führen kann, ist wahr, bestätigt aber nur den tatsächlichen Umgang der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland mit den Millionen Vertriebenen, den die „Frankfurter Allgemeine“ ein „deutsches Trauerspiel“ nennt. Dennoch kann die Benennung durch den Bundestag eine Aufwertung sowohl des Zentrums selbst als auch des BdV bewirken. Politische Gegner der Vertriebenen wie etwa Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) stöhnen denn auch über den gefundenen Kompromiss. Er beklagte „Steinbachs halb erfolgreichen Erpressungsversuch“. Das Ergebnis beschädige „hochgradig“ die „Stiftungsidee ... Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn“. *Konrad Badenheuer*

Respektabel

Der monatelange Streit zwischen einzelnen Regierungsmitgliedern – zu nennen ist hier vorrangig der Außenminister – und den Gremien des Bundes der Vertriebenen (BdV) wegen des Mitwirkens der BdV-Präsidentin im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist vom Tisch. Ermöglicht wurde dies durch die Entscheidung Steinbachs, ihre einstimmige Nominierung zum Stiftungsratsmitglied nicht wahrzunehmen. Damit gab sie ein vorbildliches Zeichen für die politische Klasse dieser Republik, politischen Streit durch Hintanstellen der eigenen Person auszuräumen.

Wir zollen ihr Dank und Anerkennung. Verständlich, dass der BdV für die Zurückziehung seiner Spitzenrepräsentantin Kompensation gefordert und durchgesetzt hat. Der Einfluss des BdV im Stiftungsrat der Vertriebenenstiftung wurde signifikant verbessert. Über 30 Prozent der Stiftungsratsmitglieder werden zukünftig vom BdV entsandt. Es gelang, die Gesamtgröße der Dokumentationsstätte auf 3000 m² zu vergrößern. Größe für sich alleine ist noch kein Qualitätsmerkmal. Da aber auch Vertreibungen in anderen europäischen Ländern dokumentiert werden sollen, ist durch die Erweiterung gewährleistet, dass für die Vertreibung der Deutschen – von der Dimension her einmalig in der Menschheitsgeschichte – genügend Darstellungsraum vorhanden ist. Auch das Vetorecht der Bundesregierung zur Bestimmung der Stiftungsratsmitglieder wurde beseitigt. Nunmehr hat der Deutsche Bundestag endgültig grünes Licht für die Mitwirkung aller Entsandten im Stiftungsrat zu gewähren. Das ist angemessen.

Wilhelm v. Gottberg, Vizepräsident des BdV

Was reimt sich auf FAZ und taz?

Die Werbebranche buchstabiert den Namen *PAZ* – Exklusivmeldung über eine Razzia

In konservativen Kreisen ist die *Preußische Allgemeine* seit langem ein Markenartikel. Wer das Blatt zwischendurch womöglich aus den Augen verloren hatte, dem brachte sich die *PAZ* vor einem Jahr mit dem millionenfach fälschlich Kurt Tucholsky zugeschriebenen Gedicht über die Finanzmarktkrise („Wenn die Börsenkurse fallen“), mit ihrem letztlich erfolgreichen Einsatz für ein gut ausgestattetes Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin oder zuletzt mit dem Start des freien Verkaufs an den Kiosken wieder in Erinnerung.

Ganz anders liegen die Dinge in der schnelllebigen Werbebranche. Doch auch in dieser von unpolitischen und jungen Menschen geprägten Szene hat die Bekanntheit der *PAZ* nun deutlich zugenommen. Führende Internetforen und Blogs der Werbebranche berichteten Ende vergangener Woche über eine am 11. Februar von der *Preußischen Allgemeinen* exklusiv vermeldete Razzia in den Räumen der vielfach prämierten Werbeagentur „Zum Goldenen Hirschen“ (ZGH). Die Zollfahndung hatte zugeschlagen, nachdem Insider offenbar Belege beigebracht hatten, dass ZGH Kurzarbeit angemeldet hatte, die Zuschüsse dafür einstrich, aber dennoch einen Teil der eigenen Leute weiterhin Vollzeit arbeiten ließ.

> Betrug beim »Goldenen Hirschen« wäre ein Politikum

Die Durchsuchung ausgerechnet bei den „Hirschen“ (so der Branchenjargon) ist ein Politikum, denn zu den Kunden der Agentur gehören nicht nur große Industrieadressen, sondern auch die Grünen und die SPD, Amnesty International, der Naturschutzbund Nabu und mehrere Bundesministerien.

Während die *PAZ* schwieg und genoss, wie die Zugriffszahlen auf ihre Internetseite explodierten, zerbrach sich die Werbeszene den Kopf über das ihr bislang unbekannte Medium: „Wer im web 2.0 unterwegs ist, ist nicht zwangsläufig auf der Höhe der Zeit. So lernte ich heute, dass es neben der taz und der FAZ auch die *PAZ* gibt, die *Preußische Allgemeine Zeitung* ...“ wunderte sich ein Blogger auf „marketing-blog.biz“ darüber, dass diese Zeitung auf ihrer Internetseite nicht etwa mit dem Hauptmann von Köpenick aufmacht, sondern mit der Razzia bei ZGH. „Bemerkenswert“ und „interessant“ fanden „horizont.net“ und „dasauge.de“ die Exklusivmeldung der *PAZ*. Die „Welt“ druckte ohne Quellenangabe nach, nannte aber ein neues Faktum: Bei den ZGH-Ermittlungen geht es um immerhin rund 70 000 Euro Kurzarbeitergeld. *K.B.*

Kölner Abgründe

Bauherr durfte sich selbst überwachen

Von „hoch kriminellen Vorgängen“ spricht Nordrhein-Westfalens Bauminister Lutz Linenkämper (CDU) angesichts massiver Manipulationen beim Bau der neuen Nord-Süd-Linie der Kölner U-Bahn. Zwei Tote und der Verlust unersetzlicher Kulturgüter waren zu beklagen, als im vergangenen März das Kölner Stadtarchiv in einem großen Loch versank.

> Menschenleben für ein bisschen Stahl

Seitdem ermittelt die Staatsanwaltschaft und stößt auf haarsträubende Fakten. Fahrlässige Tötung, Baugefährdung, Unterschlagung, Betrug – noch ist niemand angeklagt, aber ermittelt wird inzwischen in drei Verfahren gegen zwölf Verdächtige sowie gegen Unbekannt. An einer großen U-Bahn-Baustelle wurde nur jeder sechste der vorgeschriebenen Stahlbügel verbaut, doch angeblich merkten die Prüfer nichts. Offenbar haben Bauverantwortliche auch hier mit dem Leben Unschuldiger gespielt, um von Schrotthändlern ein paar Tausend Euro für unterschlagenes Metall einzustreichen. Kern des Problems scheint zu sein, dass die Kölner Verkehrsbetriebe hoheitliche Aufgaben der Bauaufsicht übernehmen durften und sich so letztlich selbst überwachten. *PAZ*

MELDUNGEN

USA vorerst abgeblitzt

Brüssel – Das EU-Parlament hat vorige Woche mit 378 zu 196 Stimmen das von der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat unter Umgehung der Parlamentarier bereits per 1. Februar in Kraft gesetzte Swift-Abkommen mit den USA nachträglich wieder außer Kraft gesetzt. Dieses hatte es den USA ermöglicht, auch auf die gegen unerlaubte Abfragen abgesicherte Version des Bankenüberweisungssystems Swift zuzugreifen. Von der Mehrzahl der Abgeordneten wird die Abstimmung als Sieg des Parlamentarismus und als Rettung des Datenschutzes gefeiert. Doch da es auch die Beziehungen der EU mit den USA belastet und angeblich ein „Vakuum bei der Terrorbekämpfung“ hinterlassen habe, wird bereits über neue Verhandlungen diskutiert (siehe Seite 8). *RGK*

General Wieker bestätigt die *PAZ*

Berlin – Vor drei Wochen deutete diese Zeitung die diffusen Einlassungen der Regierungsspitze zu Afghanistan so: „Ein unbefristeter Einsatz mit steigenden Verlusten“, denn die von Merkel vor einem Abzug geforderte „Stabilität“ sei „eher eine Sache von Generationen als von Jahrzehnten“. Eine Bestätigung hat nun Volker Wieker, der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, gegeben. „In der Regel dauert der Prozess der Staatswerdung ein bis zwei Dekaden“, umriss er den wahren Zeithorizont der Isaf-Mission. Die oft zitierte „Fünf-Jahresfrist“ sei das „von Präsident Karsai gesteckte Ziel“. Auch die steigende Gefährlichkeit der Mission bestätigte er recht offen: „Gemeinsam zu operieren und, wann immer erforderlich, gemeinsam zu kämpfen wird den Tagesablauf unserer Ausbildungs- und Schutzbataillone bestimmen.“ *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Kosten noch ungewiss

In den nächsten Tagen will Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) den Arbeitsagenturen einen Katalog für Härtefälle bei Langzeitarbeitslosen vorlegen. Wie hoch die Kosten sind, die sich durch die Finanzierung der wiederkehrenden und außergewöhnlichen Belastungen durch den Staat ergeben, ist noch nicht bekannt. Leyen will, dass beispielsweise die Kosten von Hygieneartikeln für Aids-Kranke oder die Reinigung des Treppenhauses bei Rollstuhlfahrern bezahlt werden. Eine defekte Waschmaschine solle aber nicht vom Staat ersetzt werden. Solche Anschaffungen seien, so Leyen, in die Regelsätze eingerechnet und so müsse für sie gespart werden: „Das müssen Arbeitnehmer mit geringen Einkommen ja auch.“ *Bel*

1.672.887.010.313 €

Vorwoche: 1.670.151.880.026 €
Verschuldung pro Kopf: 20 453 €
Vorwoche: 20 430 €

(Dienstag, 16. Februar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ab jetzt soll alles anders werden

FDP: Nachdem Westerwelle sich auf Nebenschauplätzen verhedderte, mimt er den Retter der Leistungsträger

Die Misere der Liberalen offenbart das Versagen ihres Vorsitzenden. Nun aber soll alles anders werden. Doch: Gelingt der FDP der Neustart, drohen weitere Verwerfungen in der Koalition.

Das Umfragetief der FDP entwickelt sich zum persönlichen Problem von Guido Westerwelle. Der jüngste Vorstoß von FDP-Bundesvize Andreas Pinkwart, der auch Vorsitzender des NRW-Landesverbandes ist, zielte direkt auf den Chefliberalen: Die FDP müsse „mehr Gesichter in den Vordergrund stellen“ (heißt: andere, als immer nur das des Vorsitzenden), sagte er dem „Hamburger Abendblatt“.

Die Liste von Westerwelles Versäumnissen ist in sehr kurzer Zeit auf beachtliche Länge angewachsen. Er ließ sich viel Zeit, einen neuen Generalsekretär als Nachfolger des ins Entwicklungshilfeministerium gewechselten Dirk Niebel einzusetzen. Der Neue, Christian Lindner, hat seine Arbeit erst vor wenigen Wochen aufgenommen. Einen neuen Bundesgeschäftsführer hat die FDP noch immer nicht.

Auf solche Vakanzen führen Spitzenliberale unter anderem zurück, dass ihre Partei in wichtigen Fragen so wenig koordiniert und schlagfertig aufgetreten sei. Man habe sich, so der FDP-Fraktionschef im Kieler Landtag Wolfgang Kubicki, in die Steuersenkungsdebatte hineindrängen lassen. Dabei hätten die Liberalen immer ein Steuersystem gefordert, das „einfacher, gerechter und niedriger sein soll – in dieser Reihenfolge“, so Kubicki zur „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Soll heißen: Die Senkungsdebatte komme zur Unzeit, solange die Frage der Vereinfachung und von mehr Gerechtigkeit nicht gelöst sei.

Der Schaden ist angerichtet, denn die Forderung nach Steuersenkung um jeden Preis, mit der die FDP mittlerweile identifiziert wird, kommt bei bürgerlichen Wählern nicht gut an. In einer derart dramatischen Haushaltslage erscheint sie unseriös und wie aus purer Bockigkeit geboren.

Der Eindruck, dass Westerwelle nicht imstande war, seiner Partei Richtung und Profil zu geben, wird dadurch verstärkt, dass er sich in Nebenschauplätzen aufgerieben hat, und das auch noch ohne Erfolg. Seine Kampagne gegen Erika Steinbach endete in einer glatten Niederlage. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) konnte ihrem Verband deutlich mehr Einfluss in der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erkämpfen, wofür sie allein ihren persönlichen Sitz im Stiftungsrat opfern musste. Ohne Westerwelles schwer nachvollziehbare, aber über Wochen hingezogene Attacken hätten sie das nicht erreicht.

Im bürgerlichen Wählerreservoir wurde das Vorgehen gegen Frau Steinbach mit Kopfschütteln aufgenommen. Zuspruch erntete Westerwelle nur von Persönlichkeiten wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Er repräsentiert indes Kreise, für die ein Kreuz bei der FDP aus ideologischen Gründen niemals in Frage käme. So konnte Westerwelles Feldzug gegen die BdV-Präsidentin den Liberalen am Ende nur schaden.

Steuerdebatte erscheint aufgrund der Haushaltslage unseriös

Eskapaden dieser Art auf der einen und seine schlechte Bilanz als Parteichef einer Nunmehr-Regierungspartei auf der anderen Seite haben dazu geführt, dass selbst die jüngste Offensive des FDP-Chefs von der Öffentlichkeit eher als Macke denn als stringente Marschroute aufgenommen wurde: Vergangenes Jahr noch hätte Westerwelles deftig formulierte Kritik an Auswüchsen des Sozialstaats breiten Zuspruch in der bürgerlichen Mittelschicht geerntet. Nach dem verhagelten Regierungsstart der Liberalen jedoch verhallen solche Vorstöße. Wenn soviel Vertrauen verbraucht wurde, dringen selbst zustimmungsfähige Thesen nicht mehr zum Wähler durch.

Was ganz im Sinne der Union ist, denn hier verläuft die Bruchlinie zwischen Marktwirtschaftlern und mildlinken Sozialpolitikern quer durch die Partei. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ahnt die Gefahr einer Zerreißprobe für ihre eigene Partei, wenn die vom FDP-Chef angestoßene Debatte über „sozialistische Züge“ des Sozialstaats in die Union einsickert. Daher warnt die CDU-Politikerin davor, sich in „solche Debatten zu verbeißen“.

Sie könnte jedoch zu spät kommen, denn Wolfgang Schäuble ist den Liberalen bereits inhaltlich beigesprungen. Sozialleistungen dürften die Arbeitsaufnahme nicht unattraktiv machen, so der Bundesfinanzminister, sprich: Sie dürfen nicht so hoch ausfallen, dass sich geringbezahlte Tätigkeiten gar nicht mehr lohnen. Hält die FDP ihre Kampagne gegen die angeblichen Wucherungen des Sozialstaats durch und erlaubt sich keine peinlichen Exkursionen mehr (wie mit Frau Steinbach oder dem Propagandadebakel bei den Mehrwertsteuersätzen für Hotelrechnungen), könnte ihr der Neuaufbruch gelingen.

Damit indes sind weitere Verwerfungen innerhalb der Koalition vorbestimmt. Denn wenn die FDP ihren Anhängern etwas bieten will, muss sie sich sichtbar von der Union und der Kanzlerin unterscheiden. Dazu gehört, dass die Liberalen im Kabinett auch Vorhaben gegen Widerstand aus der Union durchpauken. Dabei böte sich vor allem das Feld der Sozial- und Steuerpolitik an.

Das aber würde die Strategie von Angela Merkel stören. Die CDU-Chefin setzt wie zu Zeiten von Schwarz-Rot weiterhin darauf, die SPD durch einen nach links gekehrten sozialpolitischen Kurs gleichsam überflüssig zu machen. Bislang ist ihr dies weitlich gelungen: Versuche der SPD-Spitze, gegen die vermeintliche „soziale Kälte“ der Koalition zu mobilisieren, verliefen im Sande. Das könnte sich ändern, sobald die Liberalen innerhalb von Schwarz-Gelb ihre Positionen sichtbar durchsetzen sollten. *Hans Heckel*



Ringt um Positionen: Seine bisherige Marschroute überzeugte selbst die FDP nicht. Bild: Sven Simon

»Was ist modern?«

Stefan Mappus schwimmt innerhalb der CDU gegen den Strom

Ein erfrischendes Selbstbewusstsein als moderat Konservativer in der CDU hat Baden-Württembergs neuer Ministerpräsident Stefan Mappus in den ersten Interviews nach seiner Wahl ausgestrahlt. Während die große Mehrheit der CDU-Politiker bei der Frage nach dem „C“ im Parteinamen nur noch an das christliche Menschenbild erinnert, was auch viele Muslime, Buddhisten und sogar Atheisten unterschreiben können, plädiert der 43-jährige Mappus mutig für „eine Politik, die auf Werten und dem christlichen Glauben aufbaut“. Das gelte für ihn auch im privaten Bereich: Der Glaube spiele dort eine „große Rolle“, er und seine Ehefrau „wollen unsere Kinder jedenfalls an den christlichen Glauben heranführen“.

Solche Worte, die noch vor kaum mehr als 20 Jahren in der CDU zum Gemeingut gehört haben, haben heute – jedenfalls in der ersten Reihe der Partei – schon Seltenheitswert. Mut zum Profil zeigt Mappus allerdings auch in weit trivialeren Dingen: Der aus Mühlacker bei Pforzheim stammende Handwerkersohn nimmt sich die Freiheit, auch als Regierungschef im Südwesten Fan des FC Bayern München zu sein. Was jedem Medienberater einer Generation PR-technischer optimierter Politiker den kalten Schweiß auf die Stirn treiben würde, hat bei dem gelernten Kaufmann und studierten Ökonom gewissermaßen System.

„Es ist für mich vorbildlich, wenn ein Politiker, der etwas als richtig erkannt hat, nicht zu allererst fragt: Habe ich dafür eine Mehrheit oder nicht? Wenn man keine Mehrheit hat, muss man eben darum kämpfen“, erklärte er in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ unter Hinweis auf die Standhaftigkeit Helmut Kohls im Streit um die Nachrüstung 1982, der damit „historisch recht behalten“ habe.

Cooles Bekenntnis zur Kirche und zum FC Bayern

Konservative „Duftmarken“ setzt Mappus mit seinem dicken Fragezeichen hinter dem Wort „modern“: „Viele sind der Ansicht, das gegliederte Bildungssystem sei unmodern. Ich frage dann immer: Was ist modern? Ich kann mit dem Begriff nichts anfangen.“ Es gehe nicht darum, ob Politik „modern“ sei, sondern ob sie Zukunftsfragen beantworte. Mappus hat wiederholt dafür plädiert, die konservativen Kräfte in der CDU zu stärken. Umfragen, dass traditionelle Stammwählergruppen wie Kirchgänger und Vertriebene zahlenmäßig nicht mehr groß seien, weist er zurück: „Daraus abzuleiten, die Kirchgänger und Vertriebenen brauche man nicht mehr, ist falsch: Für mich gilt immer noch: Zunächst die Stamm- und dann die Laufkundschaft.“ Ständig sei der CDU erzählt worden, sie solle eine „modernere“ Politik machen, dann bekäme sie in der Mitte einiges dazu. „Dazu stelle ich fest: Wir haben in der Mitte kaum etwas dazubekommen, dafür ist uns auf der anderen Seite jede Menge weggebrochen“, betont Mappus, der aber direkte Kritik an der CDU-Vorsitzenden Merkel vermeidet.

Dass die Konservativen in den Unionsparteien den Zeitgeist unverändert gegen sich haben, zeigt die neue Entwicklung beim erst im November gegründeten „Arbeitskreis engagierter Katholiken in CDU und CSU“ (AEK). Mit dem früheren bayerischen Wissenschaftsminister und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis haben sich zwei der bekanntesten Köpfe aus dem Kreis zurückgezogen. Sie wollen nun am 6. März eine katholische Gruppe innerhalb der CSU bilden, dies aber mit dem Segen von Parteichef Horst Seehofer. *K.B.*

Bald Konfrontation

Russisches Roulette in Teheran

Dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei den Revolutionsfeiern den Iran zur „Atom-Macht“ erklärte, wird von Beobachtern meist als Bluff oder maßlose Übertreibung angesehen. Selbst Robert Gibbs, Pressesprecher von US-Präsident Obama, formulierte, dass die Erklärungen Ahmadinedschads „auf Politik und nicht auf Physik“ basierten.

Tatsächlich dürfte Ahmadinedschad kalkulieren, dass die als Reaktion absehbaren Sanktions- und Kriegsdrohungen die Nation gegen die äußere Gefahr einen und die Opposition schwächen würden.

Europäer fürchten Öllieferengpässe

UN-Sanktionen erfordern zumindest die Duldung Chinas und Russlands – doch just diese beiden hat Obama zuletzt sehr verärgert: Er besteht darauf, modernste Waffen an Taiwan zu liefern und den Dalai Lama im Weißen Haus zu empfangen sowie in Europa ein von Russland als Bedrohung eingestuftes System zur Abwehr angeblich iranischer Raketen zu installieren. Und in der neuen russischen Militärdoktrin wird die Nato ohnehin als größte militärische Bedrohung für Russland bezeichnet.

Für Europa entscheidend sind aber nicht neue Sanktionen oder die Lage im Iran selbst, sondern ob es zu dem immer wieder angedrohten Angriff auf den Iran kommt. Denn bis zu 40 Prozent allen international gehandelten Öls gehen durch die Straße von Hormuz, die im Kriegsfall blockiert wäre – mit katastrophalen Auswirkungen auf den Ölpreis und die angeschlagene Weltwirtschaft.

Wie sich auch am Irak zeigte, braucht man für einen Angriff keinen äußeren Grund, sondern nur ein Motiv und einen notfalls selbst erzeugten Anlass. Inzwischen ist klar, dass Obama mit seinen Wahlversprechen gescheitert ist, die Umfragewerte im Keller sind und seiner Partei bei den Kongresswahlen im Herbst eine Schlappe droht. Namhafte amerikanische Publizisten wie Stephen Sniegoski, Patrick Buchanan und Daniel Pipes weisen nun darauf hin, dass Obamas Berater, um wenigstens dessen Wiederwahl zu sichern, ihn zu Schritten drängen könnten, die in militärische Konfrontation mit dem Iran münden. Die Unterstützung der Republikaner, der Israel-Lobby und der Bevölkerungsmehrheit hätte Obama dabei ohnehin. *RGK*

Enttäuschend kitschig

Von HARALD FOURIER

Die gute Nachricht zuerst: Die deutsche Filmindustrie entwickelt sich allem Krisengerede zum Trotz recht gut. 2009 wurden in Deutschland 513 Filme uraufgeführt. Davon stammten 216 aus heimischer Produktion, 159 aus den USA, 92 aus weiteren EU-Staaten und 46 aus dem Rest der Welt.

Trotzdem ist auf der Berlinale mal wieder wenig zu holen für die Deutschen. Und damit sind gar nicht so sehr die Bären gemeint, die an diesem Wochenende von der politisch überkorrekten Jury verliehen werden. Deren oft absurdes Urteil ist sowieso meist schnell vergessen. Nein, auch für das normale Publikum ist kein Kassenschlager in Sicht, jedenfalls nicht bei den deutschen Filmen im Wettbewerb.

Zwar haben die Deutschen auch außer Komödien einige gute Streifen produziert. Aber bei den politisch-sozialen Filmen – und die Berlinale versteht sich als „politisches Filmfestival“ – sind die Deutschen in diesem Jahr mal wieder enttäuschend kitschig. Nehmen wir nur mal die spannenden Krimis, neuerdings auch Thriller genannt. Solche Filme gibt es im deutschen Kino nicht, und der Grund heißt: „Tatort“. Es lohnt sich für Kinoproduzenten nicht, aufwendige Werke zu drehen, wenn jeden Sonntagabend ein vergleichsweise hochwertiger Krimi im Fernsehen ausgestrahlt wird. Die meisten „Tatorte“ sind gut, aber sie erreichen, weil sie „nur“ Fernsehfilme sind, kein Kinoniveau.

Dagegen punktet Roman Polanski bei der Berlinale mit seinem Polit-Thriller „Ghostwriter“, bei dem es um einen britischen Premierminister, der stark an Tony Blair erinnert, und ein Geflecht aus Geheimdienstaktivitäten geht. Die Amerikaner schicken mit „Shutter Island“ einen weiteren Krimi mit Starbesetzung ins Rennen.

Und was setzen die Deutschen gegen diesen Film? Sie haben eine Art Bonnie-und-Clyde-Geschichte über einen Marathon laufenden Bankräuber („Der Räuber“) und die erwartungsgemäße NS-Vergangenheitsbewältigung im Programm: ein Epos über Ferdinand Marian, der in dem NS-Propagandafilm „Jud Süß“ die Hauptrolle übernahm und damit seine Karriere zerstörte. Ach ja, und dann ist da noch „Shahada“, ein deutscher Multikulti-Film, der in Berlin spielt und von drei Muslimen handelt. Zu befürchten steht, dass sich von solchen Produktionen vielleicht die Jury begeistern lässt, die einen Bären als Trostpreis serviert. Aber das Geschäft an den Kinokassen – das machen dann doch wieder die Amerikaner.

Berlin wird älter und ärmer

Senats-Studie sieht Kostenlawine auf die Hauptstadt zurollen



Bei immer mehr Alten werden die Pflegekosten in Zukunft immer schwerer zu schultern sein: Seniorin in der Berliner Siemensstadt

Bild: laif

Die Überalterung seiner Bevölkerung bürdet Berlin immer höhere Kosten auf. Die Politik steht der Entwicklung mehr oder minder hilflos gegenüber.

Zuerst musste die Mutter von Kurt W. ins Heim. Sie ist 82 und altersdement. Es hat nur ein halbes Jahr gedauert, bis nun auch der 86-jährige Vater nicht mehr allein bleiben konnte. Windeln, füttern, waschen – das ist zu viel für den 42-jährigen W. aus Potsdam und seine zwei Schwestern. Alle drei arbeiten. „Es ging einfach nicht mehr“, sagt Kurt W. aufgelöst.

Das ist natürlich der Extremfall. Beide Eltern wurden fast gleichzeitig so hilfsbedürftig, dass sie ins Heim mussten. Und das, obwohl drei Kinder da sind, die sich um die Eltern kümmern könnten, wenn sie nicht arbeiten gehen müssten. Früher wäre eine der Schwestern zu Hause geblieben und wäre dafür später beim Erbe von den Geschwistern bevorzugt worden. Heute ist das anders.

Ein Nachrichtenmagazin beschreibt die Situation so: „Früher gab es im Zweifel Tante Ilse, die unverheiratet war und daher zuständig dafür, die alten Eltern zu pflegen bis zu deren Tod. Tante Ilse gibt es nicht mehr, oder sie ist mit dem Rucksack unterwegs, am anderen Ende der Welt.“ Das Auseinanderlaufen der klassischen Familie bedeutet nicht nur, dass es immer weniger Kinder in Deutschland gibt. Die Alten werden auch immer einsamer und müssen immer öfter ins Heim. Und im Langzeittrend wird dies immer mehr Alte treffen, wie eine Studie des Berliner Senats bestätigt. Die Pflege der Senioren gibt es jedoch nicht umsonst. Die Studie ergab: Auf Berlin rollt eine Kostenlawine zu. Die Ursache ist die immer weiter steigende Lebenserwartung.

Die Prognose geht davon aus, dass im Jahr 2030 die Männer in Berlin durchschnittlich 83,6 Jahre alt werden (6,1 Jahre älter als heute) und Frauen 87,4 Jahre (plus 4,8 Jahre). Je weiter die Lebenserwartung steigt, desto höher auch die Kosten für die Pflege.

> Die Parteien reagieren ziemlich hilflos auf die Herausforderung

Ist das Vermögen der Pflegebedürftigen aufgebraucht, so springt das Sozialamt ein. Leider geschieht dies meist sehr schnell, weil Pflege im Heim teuer ist. Kurt W. rechnet mit 1500 Euro monatlich allein für den Vater. Da sind das Bankguthaben oder der Erlös vom Verkauf des Häuschens schnell aufgebraucht. Am Ende springt das Sozialamt ein. Schon jetzt zahlt es in Berlin 311 Millionen Euro für pflegebedürftige Senioren pro Jahr. 2030 werden es 500 Millionen sein, vermutet der Senat. Die Zahl der Pflegebedürftigen liegt dann bei 170 000, 74 000 mehr als 2009. Derzeit leben in Berlin 1,2 Millionen Menschen über 50. In den nächsten 20 Jahren werden 1,5 Millionen Berliner über 50 sein, und das bei einer vermutlich in etwa gleichbleibenden Gesamtbevölkerungszahl von 3,5 Millionen.

Die Parteien reagieren unterschiedlich. Die FDP fordert, das Image des Altenpflegers zu verbessern. Die SPD lobt ein Spaziergangsprogramm für Senioren in Lichtenberg und will 6000 neue Studienplätze schaffen, um mehr junge Leute in die Stadt zu holen und so der Überalterung entgegenzuwirken. Die CDU fordert „mehr Arbeitsplätze, mehr Kitas, mehr Sicherheit und weniger Einwanderung in die Sozialsysteme“, um das Kinderkriegen zu fördern und die Belastung der Stadtkasse an anderer Stelle zu mindern. Es sieht so aus, als würden die Politiker parteiübergreifend ihre jeweiligen Spezialforderungen hervorholen, weil sie im Hinblick auf das Gesamtproblem ratlos sind.

Wenig Beachtung fand in allen Konzepten der nachweisbare Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Schwäche und Überalterung in einer Region. Für den rot-roten Senat steht der wirtschaftliche Aufschwung nicht gerade oben auf der Prioritätenliste. Doch er wäre nötig, um die Stadt anziehend für mehr fleißige und gut ausgebildete junge Menschen zu machen, die das Durchschnittsalter wieder senken und über ihre Steuern wieder mehr Geld in die Staatskasse spülen.

Verglichen mit Brandenburg jedoch schlägt sich sogar Berlin noch ganz gut. Denn im Umland der Hauptstadt wird sich in den kommenden Jahrzehnten ein fundamentaler Veränderungsprozess abspielen: Bislang haben Brandenburger Rentnerhaushalte vergleichsweise viel Geld, denn in der DDR haben fast immer Mann und Frau gearbeitet, während sich im Westen Senioren oft die Rente des Mannes teilen müssen. Zudem weisen frühere DDR-Bewohner meist lückenlose Erwerbsbiographien auf.

Daher rührt heute der relative Wohlstand der Ruheständler in den Neuen Ländern. Das ändert sich aber, wenn die Generation, die um 1990 in Rente gegangen ist, nicht mehr da ist. Danach stieg die Zahl der während ihres Arbeitslebens schlecht oder gar nicht bezahlten Personen stark an. Sie werden keine große Rente haben. Und oft auch keine Angehörigen, die sie zu Hause pflegen könnten, denn seit der Revolution haben 1,5 Millionen Menschen die Neuen Länder verlassen, meistens die Jungen und Gutausgebildeten.

Bis 2030 wird allein Brandenburg noch mal 13 Prozent seiner Einwohner verlieren, prognostizierte das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung bereits 2004. Kurt W. aus Potsdam meint deswegen – nicht einmal wirklich zynisch: „So viele Altersheime, wie wir bräuchten, wenn wir mal alt sind, kann es gar nicht geben.“ *Markus Schleusener*

Sürücü-Straße gefordert

Fünf Jahre nach ihrem Tod soll »Ehrenmord«-Opfer geehrt werden

Im Randbereich der beiden Berliner Bezirke Tempelhof und Neukölln verläuft die Oberlandstraße – ein kaum bevorzugtes Wohnquartier. An einer Bushaltestelle dieser Straße versammelten sich am vergangenen Sonntag rund 100 Politiker, Prominente und „normale“ Bürger, um der dort vor fünf Jahren ermordeten Kurdin Hatun Sürücü zu gedenken.

Mit drei Schüssen in den Kopf hatte sie ihr eigener Bruder niedergestreckt. Die 23-Jährige weigerte sich, ein Kopftuch zu tragen, und wollte ihrer eigenen Wege gehen. Das war das Todesurteil für die junge Frau.

Mittlerweile erinnert eine Gedenktafel an die Mordtat. Dort niedergelegte Blumen verschwinden indes meist über Nacht. Unter gewissen Bewohnern der kurdisch-türkisch dominierten Nachbarschaft stößt die Ermordete offenbar noch immer auf harsche Ablehnung.

Auch René Stadtkewitz, durch Austritt mittlerweile parteiloses Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, legte Blumen nieder. Er schloss sich bei dieser Gelegenheit der neuerdings erhobenen Forderung nach der Benennung einer Straße nach Sürücü an.

> Bei manchen sind die Mörder hochangesehen

Das Bundeskriminalamt geht von 70 „Ehrenmorden“ pro Jahr in Deutschland aus. Nach Einschätzung von Experten werden in der Türkei jährlich etwa 200 solche Verbrechen begangen. Weltweit dürften es demnach an die 5000 sein. Türkische Medien bezichtigen indes das Ausland, vorschnell von Ehrenmorden zu sprechen, wo auch andere Ursachen in Betracht kämen. So wie unlängst im Falle einer ermordeten 16-Jährigen in Ostanatolien (siehe Seite 6).

„Ehrenmord“ war auch ein Thema der diesjährigen Berlinale. Sibel Kekilli – zunächst durch Pornofilme bekannt gewordene türkische Schauspielerin mit deutschem Pass – spielt in „Die Fremde“ die Hauptrolle. In dem Streifen wurde das Entstehen und der Ablauf eines solchen Verbrechens nachgezeichnet. Der Film wird auch außerhalb der Berlinale zu sehen sein, er kommt am 11. März bundesweit in die Kinos.

Sürücüs Bruder Ayhan verbüßt seine neunjährige Freiheitsstrafe in der Jugendstrafanstalt Berlin-Plötzensee. Er genießt Berichten zufolge höchstes Ansehen bei einem Teil seiner Mithäftlinge. Die beiden anderen Brüder Alpaslan (24) und Mutlu (26) – mutmaßliche Mittäter – sind in Istanbul untergetaucht, seit ihre Freisprüche vom Bundesgerichtshof aufgehoben wurden. *Hans Lody*

Gesinnungstest für Mieter

»Kampf gegen Rechts«: Zugang zu öffentlichen Räumen gesperrt

Berlin zieht mit Nutzungsvereinbarungen in den „Kampf gegen Rechts“. Ein neuer Kurs der Bezirke sieht vor, mit Hausmeistern und Hausordnungen bisher langwierige juristische Auseinandersetzungen mit „Rechten“ überflüssig zu machen. Die Berliner Bezirke setzen die Strategie seit Januar gemeinsam um und machen sich dabei Positionen der Linkspartei zu eigen.

Ihr Ziel: Gruppen wie der NPD öffentliche Räume in Bezirksämtern und anderen potenziellen Versammlungsorten gar nicht erst zur Verfügung stellen zu müssen. Seit vergangenem Jahr diskutiert gerade die Antifa-Szene, wie die „Rechten“ dauerhaft von Kundgebungen abgehalten werden können. So sollten einfach alle „demokratischen Parteien“ in einen Fonds einzahlen, der alle mietbaren Räume ständig belegt hält, schlugen beispielsweise Diskussionsteilnehmer der Internet-Plattform „Netz gegen Nazis“ vor.

Die Bezirke sind jetzt noch einen Schritt weiter. Von vermeintlich privaten Initiatoren eins zu eins übernommen wurden neue Klauseln, die „rassistische, antisemitische“ oder generell „radikale“ Äußerungen verbieten. Die Klauseln sind bewusst so formuliert,

> Berliner Bezirke folgen der Idee eines Linke-Politikers

dass der Auslegung weite Spielräume bleiben. Alle Mietwilligen müssen die Klauseln vorab unterzeichnen, wenn nicht, kommt nicht nur kein Mietvertrag zustande, es droht die öffentliche Brandmarkung.

Bedenken gibt es bisher kaum. Dass Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit zu den Grundrechten in einer Demokratie gehören und auch für Radikale gelten, spielte bei der Entscheidung keine Rolle. Stattdessen übernehmen Bezirkspolitiker die Maßnahmen, die auch die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ (MBR) Vermietern von Räumen „empfiehlt“.

Als Motor der Übernahme wirkt der Linkspartei-Politiker und Stadtrat im Bezirk Lichtenberg Andreas Prüfer. Wenn sich irgendein Besucher in Bezirksräumen in einer der Hausordnung zuwider handelnden Weise äußert, kann der jeweilige Bezirk die Veranstaltung eines Raum-Mieters sofort auflösen lassen, weitere Haftungsansprüche an den Mieter nicht ausgeschlossen.

Jetzt will sogar die NPD die Klauseln, die sie bis vor kurzem noch juristisch bekämpfte, unterzeichnen und den „antirassistischen“ Charakter ihrer Treffen garantieren. Ob sich die politische Auseinandersetzung so „effektiv ergänzen“ lässt, wie Prüfer sagt, bleibt fraglich. *SV*

Zeitzeugen



Philipp Rösler – Der 36-jährige Gesundheitsminister (FDP) will noch vor der nächsten Bundestagswahl die Einführung der Gesundheitsprämie, wie er das im Volksmund zur „Kopfpauschale" mutierte Finanzierungssystem bezeichnet. Er knüpft sein eigenes Schicksal eng an die Prämie mit Sozialausgleich. Details zur Umsetzung hat er bisher nur wenige genannt.

Horst Seehofer – Der CSU-Chef bezeichnete die vom Gesundheitsminister angestrebte Gesundheitsprämie bereits als „völligen Nonsens" und kündigte entschiedenen Widerstand an. Der Sozialausgleich würde den Staat 20 Milliarden Euro mehr kosten, „ohne die geringste Verbesserung" der medizinischen Versorgung, rechnet Seehofer vor. Das sei der Bevölkerung nicht zu erklären.



Ulla Schmidt – Röslers Amtsvorgängerin drückte gegen großen Widerstand die Einführung des Gesundheitsfonds durch. Obwohl von Beginn an eine Unterfinanzierung erkennbar war, ging die SPD-Politikerin das Risiko ein, nahten doch Bundestagswahlen. Zwar verlor die SPD die Wahl und Schmidt somit ihr Amt als Gesundheitsministerin, doch da sie dem deutschen Gesundheitswesen in den acht Jahren ihrer Amtszeit ihren Stempel aufgedrückt hat, wird sie noch lange im Gespräch bleiben.

Reinhold Schulte – Der Vorsitzender des Verbandes der privaten Krankenversicherungen e. V. kämpfte zu Zeiten von Ulla Schmidt für den Fortbestand der privaten Kassen. Schmidt hätte diese gern abgeschafft und deren 8,6 Millionen Mitglieder mit in die zur Bürgerversicherung umgewandelten gesetzliche Krankenkasse einzahlen lassen. Deren Rückstellungen hätte sie ebenfalls „übernommen".



Otto von Bismarck – Der deutsche Reichskanzler setzte sich 1883 über die Bedenken seiner Berater hinweg, als er die gesetzliche Krankenversicherungen einführte. „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte", gab er später zu. Nur so meinte er, soziale Unruhen abwenden und die Sozialdemokraten schwächen zu können.

»Die Umverteilung nimmt zu«

Gesundheitsexperte Jürgen Wasem erklärt die »Kopfpauschale« – Wettbewerb an der richtigen Stelle

Die Kopfpauschale im Gesundheitswesen sorgt für turbulente Stellungskämpfe, denn es geht um riesige Summen. Der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem erläutert im Interview mit Rebecca Bellano das Für und Wider dieses Konstrukts.

PAZ: *Was sind die Vorteile einer für alle gleich hohen Gesundheitsprämie?*

Jürgen Wasem: Die gesetzliche Krankenversicherung befindet sich seit langem in einer strukturellen Einnahmekrise: Die Löhne und Gehälter wachsen langsamer als das Inlandsprodukt, außerdem steigt die Zahl der Rentner, was nach den zahlreichen Rentenreformen auch zu geringeren Einnahmen führt. Die Pauschalprämie kann einen Beitrag zur Lösung dieser strukturellen Finanzprobleme leisten. Man könnte die Probleme aber auch anders lösen, und die Vorschläge der Anhänger der Bürgerversicherung sind prinzipiell ebenfalls dazu geeignet.



Jürgen Wasem

Foto: Uni Due

Zumindest in der Theorie kann ein System mit einkommensunabhängigen Beiträgen und Sozialausgleich über Steuern gerechter sein als das heutige System mit einkommensabhängigen Beiträgen. Denn heute gibt es eine ganze Reihe von Ungereimtheiten im Finanzierungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung.

Wettbewerb der Krankenkassen über Prämienunterschiede führt vermutlich auch zu sinnvolleren Ergebnissen als Wettbewerb über Beitragssätze, wie wir ihn vor 2009 hatten.

PAZ: *Es heißt, die Kopfpauschale sei unsozial. Stimmt das?*

Wasem: Ich sehe zwei Nachteile, die beide mit den Umverteilungswirkungen zusammenhängen. Die Kopfpauschale bewirkt zunächst einmal eine deutliche Umverteilung: Die Geringverdiener werden im ersten Schritt deutlich mehr belastet, die Besserverdienenden deutlich entlastet. Denn die für alle Versicherten gleiche Prämie ist logischerweise – weil sie ja dieselbe Summe Einnahmen wie die bisherigen Beiträge ergeben muss – irgendwo in der Mitte zwischen den heutigen Beiträgen der Geringverdiener und den heutigen Beiträgen der Gutverdiener angesiedelt.

Da die Geringverdiener dies nicht tragen können, braucht man einen Sozialausgleich aus Steuermitteln. Hier stellt sich zum einen die Frage, ob der tatsächlich so ausgestaltet ist, dass Mehrbelastungen für die Ärmeren weitgehend vermieden werden können. Zum anderen stellt sich die Frage nach seiner Verlässlichkeit im Zeitablauf. Denn aufgrund des medizinischen Fortschritts und der Alterung der Bevölkerung werden die Gesundheitsausgaben überproportional steigen – dann aber steigt auch der Bedarf nach Sozialausgleich stetig. Wird es der Gesundheitspolitik gelingen, diese Mittel verlässlich von den Finanzpolitikern zu bekommen?

PAZ: *Woran sollte sich die Höhe der Kopfpauschale richten? Derzeit kursiert ein Betrag von 250 bis 300 Euro. Was für die Besserverdienenden eine Entlastung wäre und einen Steuerausgleich für Niedrigverdiener erfordern würde. Doch was ist mit der Mittelschicht?*

Wasem: Zunächst einmal kann man davon ausgehen, dass die Pauschalprämien nicht mit einem Mal eingeführt wird – dafür sind die Umverteilungseffekte und die plötzlich benötigten Mittel für den Sozialausgleich viel zu groß. Wir werden also einen schrittweisen Übergang erleben. Wie hoch die Pauschalprämie ist, hängt also wesentlich davon ab, ob wir gedanklich am Anfang oder am Ende des Übergangszeitraumes sind.

Sozialausgleich führt zu mehr Bürokratie

Unklar ist gegenwärtig, ob die Arbeitgeber auf Dauer in einem solchen Modell Mittel zur Finanzierung der Leistungsausgaben zahlen sollen, oder ob die Mittel der Arbeitgeber für den Sozialausgleich gedacht sind. Gleiches gilt für den heutigen Bundeszuschuss, der sich dieses Jahr immerhin auf 15,7 Milliarden Euro belaufen wird.



Foto: Colourbox

Frustrierend: Medizinische Leistungen werden immer teurer.

Außerdem hängt die Höhe natürlich davon ab, welche und wie viele Menschen eigentlich die Beiträge zahlen sollen.

Von daher gibt es eine Vielzahl von Varianten, wie hoch die durchschnittliche Prämie, die eine Kasse erheben muss, um damit auszukommen, sein wird.

Stellen wir uns vor, alle Ausgaben der Krankenkassen müssten über die Prämie finanziert werden, weil die Mittel der Arbeitgeber und der Bundeszuschuss nur für den Sozialausgleich verwendet würden, und Beiträge würden nur von den erwachsenen Mitgliedern geleistet (das heißt, Kinder und beitragsfrei versicherte Ehegatten zahlen auch in Zukunft keine Beiträge). Dann läge die Prämie beim heutigen Niveau der Ausgaben etwa bei 290 Euro pro Monat und Mitglied.

Würden dagegen Arbeitgeber- und Bundeszuschuss-Mittel zur Finanzierung der Leistungsausgaben verwendet und für den Sozialausgleich kommt noch mal extra Steuergeld, dann läge die Prämie bei durchschnittlich etwas mehr als 140 Euro pro Monat. Die Verteilungswirkungen hängen daher ganz stark von der genauen Ausgestaltung ab.

PAZ: *Halten Sie die Einführung einer Kopfpauschale für wirtschaftlich sinnvoll?*

Wasem: Sie löst die beschriebenen positiven Effekte aus, hat aber die eben beschriebenen Nachteile. Ich selber bin schon seit mehreren Jahren für das niederländische Modell. Dort hat man die bisherigen gesetzlichen Krankenkassen zu Versicherungsvereinen gemacht, und die konkurrieren mit den bisherigen Privatkassen. Das ist also eine Bürgerversicherung mit privaten Krankenkassen, die über eine Mischung aus einkommensabhängigen Beiträgen und Kopfbeiträgen finanziert wird.

PAZ: *Wie entwickelt sich bei der Kopfpauschale der Wettbewerb zwischen den Kassen?*

Wasem: Die Krankenkassen unterscheiden sich – je nachdem wie viel Spielraum die Politik ihnen gibt beziehungsweise lässt – in Teilbereichen der Leistungen und der Organisation der Leistungserbringung, also Verträgen mit Ärzten und der Pharmaindustrie. Daraus ergeben sich Wahlmöglichkeiten für die Versicherten nicht nur beim Preis, durch die Unterschiede in der Prämie, sondern auch bei der Versorgung.

PAZ: *Bedeutet der damit verbundene Ausgleich aus Steuermitteln für Niedrigverdiener nicht eine weitere Verkomplizierung des Steuerwesens?*

Wasem: Es ist unbestritten, dass der Sozialausgleich zu mehr Bürokratie führt, nicht zu weniger.

PAZ: *Bisher war die Kopfpauschale politisch nicht durchsetzbar. Welche Reformen halten Sie in jedem Falle für notwendig, um das Gesundheitswesen leistungsfähig und bezahlbar zu halten?*

Wasem: Wir haben bisher nur von der Einnahmenseite gesprochen. Für die Frage der Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit ist sie ohne Zweifel wichtig und ich denke, dass hier auch Schritte unternommen werden. Wir müssen uns aber auch die Ausgabenseite ansehen. Dies ist politisch und ethisch mindestens genau so heikel – geht es doch letztlich um die Frage: Wie viel ist uns als Gesellschaft die öffentlich organisierte Gesundheit wert?

Jürgen Wasem ist Professor für Medizinmanagement an der Universität Duisburg-Essen und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs beim Bundesversicherungsamt.

System vor dem Kollaps?

Überalterung gefährdet gesetzliche wie private Kassen

Mit Sachpreisen und Rabatten versuchen jene gesetzlichen Krankenkassen, die Zusatzbeiträge erheben müssen, ihren Mitgliedern diesen bitteren Umstand zu versüßen. Wer den Jahres-Zusatzbeitrag in einer Summe abbuchen lässt beziehungsweise überweist, kann sich über Nachlässe von fünf Prozent der Gesamtsumme „freuen".

Währenddessen freuen sich die Sozialdemokraten erstmals darüber, derzeit nicht das Amt des Gesundheitsministers zu besetzen, da sie so mit den steigenden Kosten weniger in Verbindung gebracht werden. „Diese Zusatzbeiträge sind ein bitterer Vorgeschmack auf die von Schwarz-Gelb geplante Kopfpauschale: Höhere Einkommen und niedrigere Einkommen zahlen denselben Betrag", warnt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier bereits und verschweigt, dass die Zusatzbeiträge eine Folge der Gesundheitspolitik sind, die seine Parteikollegin Ulla Schmidt acht Jahre lang betrieben hat.

Mit einer gewissen Schadenfreude nehmen derzeit die seit Jahren geschröpften Mitglieder der gesetzlichen Kasse zur Kenntnis, dass auch die oft beneideten Mitglieder von privaten Krankenkassen mehr zahlen müssen. Und zwar ziemlich drastisch. Preissteigerungen von 20 bis 30 Prozent müssen die Privatversicherten verkraften, ohne auf mehr Leistungen hoffen zu können. Diese ist auch schon seit einiger Zeit nicht mehr das, was ihnen den Neid der gesetzlich Versicherten einbrachte.

Kopfpauschale beraubt die Privaten ihres Nachwuchses

Bereits seit Jahren überlegen sich die rund 50 privaten Krankenkassen ganz genau, welche Kosten sie übernehmen und welche nicht. Der demographische Wandel hat auch sie erreicht. So stiegen in den Jahren 1997 bis 2008 ihre Ausgaben um 49 Prozent. Die gesetzlichen Krankenkassen hatten in dem selben Zeitraum Ausgabensteigerungen in Höhe von „nur" 31 Prozent. Das führt zu Kürzungen bei den Leistungen und Beitragserhöhungen, was wiederum die Attraktivität des Wechsels für gesetzlich Versicherte in die private Versicherung mindert. Doch die benötigt dringend Nachwuchs, um die steigenden Kosten ihrer älter werdenden Versicherten zu schultern.

Hatten die privaten Krankenversicherer sich nach Jahren der Angriffe von Ulla Schmidt von der neuen schwarz-gelben Regierung eine Stärkung ihres Geschäftsmodells erhofft, müssen sie erkennen, dass das Gegenteil der Fall zu sein scheint. Denn sollte es zur Einführung der Gesundheitsprämie kommen, droht der benötigte Nachwuchs auszubleiben: Bei einer Kopfpauschale von 200 bis 300 Euro ist die gesetzliche Kasse für gutverdienende Singles günstiger als die private, deren Leistungen sich auch immer mehr denen der gesetzlichen Kassen anzugleichen drohen.

Experten weisen immer wieder darauf hin, dass eine völlige Überarbeitung des Gesundheitswesens nötig sei. Doch die Politik scheut sich, die damit verbundene schmerzliche Wahrheit auszusprechen: Es wird entweder deutlich teurer oder die Leistungen müssen eingeschränkt werden.

Rebecca Bellano

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2764**

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

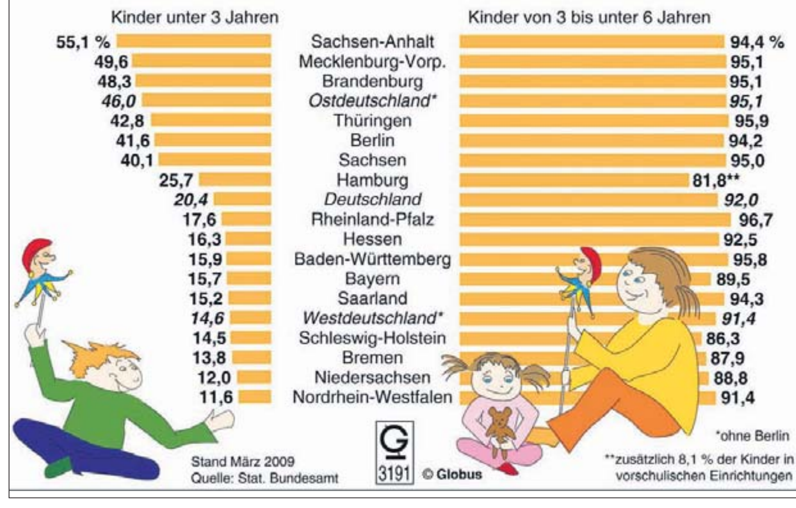
Ausbau der Betreuungsplätze von unter Dreijährigen wird von leeren Kassen ausgebremst

Eine frühe Bildung der Kleinsten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die hehren politischen Ziele beim Ausbau der Kinderbetreuung. Doch Deutschlands klamme Kommunen straucheln bereits unter der finanziellen Last, die ihnen allein die quantitative Umsetzung der Vorgaben aus Berlin auferlegt.

Man stelle sich vor, alle Mütter im Land würden sich entscheiden, sich wieder ganz ihrem Nachwuchs zu widmen und dessen Betreuung zu 100 Prozent selber zu übernehmen. Deutschlands Kämmerer würden – unabhängig von ihrer politischen Couleur – aufgrund des damit verbundenen Einsparpotentials vor Glück Luftsprünge machen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Angeheizt von den Versprechen der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihrer Nachfolgerin Kristina Schröder (CDU), bis 2013 für ein Drittel der unter Dreijährigen Betreuungsplätze zu schaffen, stürmen Deutschlands Mütter die Anlaufstellen bei Städten, Gemeinden und Kirchen. So manche Kommune im Westen des Landes sieht sich allerdings organisatorisch und finanziell außer Stande, die Nachfrage zu bedienen.

„Kinderbetreuung notfalls auch im Container“, „Tagesmutter statt Krippe“ oder „Gymnastikraum als Provisorium“ vermelden regionale Blätter. Eltern reagieren auf derartige Notlösungen mit Empörung. Ungläubig stellen Alleinerziehende fest, dass noch nicht einmal eine Ganztagsbetreuung für ihre Vierjährigen möglich ist, sie also nicht arbeiten gehen können. Voller Unmut registrieren Erzieherinnen, dass die Kernzeiten, in denen alle Kinder anwesend sind, immer länger werden, aber kein zusätzliches Personal eingestellt wird. Die Möglichkeit, sich einzelnen Kindern intensiver zu widmen, nimmt ab, da immer mehr Eltern ihre Kinder nicht mehr nur vormittags betreut sehen wollen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Politikum. Doch das ist den Eltern egal. Sie wollen flexible Betreuungsmöglichkeiten in Zeiten, in denen ein Einkommen für den Unterhalt einer Familie immer seltener reicht, Alleinverdienerhaushalte härter von Arbeitslosigkeit bedroht sind, Frauen sich nicht mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden wollen und Großeltern immer seltener in der Nachbarschaft wohnen. Eine Familie mit Durchschnittseinkommen zahlt je nach Kommune um die 250 Euro monatlich für eine Ganztagsbetreuung in der Krippe. Das scheint viel. Doch es ist nur ein Bruchteil dessen, was dieser Platz wirklich kostet. Das Deutsche Jugendinstitut rechnet für einen Vollzeitplatz von unter Dreijährigen mit 1000 Euro monatlich für Personal, Räumlichkeiten, Ausstattung und Verwaltung. Die Stadt Chemnitz wendete 2009 745 Euro für neun Stunden Betreuung in der Krippe auf, Hamburg indes 1020 Euro bei nur acht Stunden. Bei den über Dreijährigen fielen in Chemnitz 389 Euro und in Hamburg 675 Euro an. Zum Vergleich: Ein Grundschulplatz kostet 5000 bis 6000 Euro pro Jahr. Im Bundesdurchschnitt werden 15 Prozent dieser Kosten über einkommensabhängige Elternbeiträge gedeckt. „Dabei muss berücksichtigt werden, dass in manchen Kommunen bis zu 30 Prozent aller Eltern für ihre Kinder gar keine Elternbeiträge bezahlen aufgrund zu geringeren Einkommens“, so Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes e.V., gegenüber der *PAZ*. Und Hermann Haarmann von der Bischöflichen Pressestelle Osnabrück weist darauf hin, dass die Beitragsregelungen selbst im Bistum Osnabrück sehr uneinheitlich seien. Der Landkreis Emsland subventioniere die Kosten der Krippenbetreuung erheblich, während in den Kommunen der Grafschaft Bentheim oder auch in einigen Kommunen des Landkreises Osnabrück und in Ostfriesland eine an den Kosten orientierte Beitragsordnung gelte. Er gibt aber auch zu bedenken, dass die angespannte finanzielle Lage der Kommunen wohl dazu führe, dass die Beiträge für die Betreuung überdacht und angepasst würden. Auch ächzen die Kämmerer nicht nur unter den laufenden Betriebskosten, sondern auch unter den Millionen, die der Ausbau kostet. 2007, als Ursula von der Leyen den Ausbau bis 2013 zusagte, gab es im Westen nur für knapp zehn Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze. Die zugesagte Verdreifachung in sechs Jahren kostet bundesweit jedoch rund zwölf Milliarden. Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetages, merkt zudem an, dass die politisch gesetzte Zielmarke von 35 Prozent nicht die Nachfrage decke.



Und während jede Kommune mit unterschiedlicher Unterstützung von übergeordneten Stellen wie Kreis und Land – der Freistaat Bayern übernimmt beispielsweise 43 Prozent der Kosten der Kinderbetreuung – für sich versucht, die Versprechungen des Bundes so gut es eben geht umzusetzen, entdecken immer mehr Kämmerer in ihrer Not die Vorzüge von Tagesmüttern. Die sind mit im Durchschnitt vier Euro pro Stunde je betreutes Kind vor allem billiger als Kindertagesstätten. Das spart auf das Jahr gerechnet gut 4000 Euro pro Kind. Dass eine Tagesmutter keine mehrjährige pädagogische Ausbildung absolvieren muss, sondern nur einen Einführungskurs, der auch noch in jedem Bundesland anders geregelt ist, lässt sogar aus Sicht des Bundesverbandes für Tagespflege die gestiegene Nachfrage nach Tagesmüttern in einem fahlen Licht erscheinen. Dort wünscht man sich bundeseinheitliche Mindeststandards bei Ausbildung, Ausstattung und natürlich Bezahlung. Und so manche Eltern mag es verunsichern, dass die „Ausbildung“ ihrer Tagesmutter nur aus einem 15-stündigen Seminar über Ernährung und Tagesstruktur besteht.

Und während man im Westen verzweifelt versucht, bis 2013 die Zahl der Betreuungsplätze zu sichern, bleibt die Qualität der Betreuung vielfach auf der Strecke. Kritiker der Fremdbetreuung sehen sich in ihrem Urteil bestätigt, dass der Staat nur Kinderverwahranstalten schafft. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

SPD stimmt bei Afghanistan zu

Berlin – In den Schlagzeilen zeichnet sich die Opposition stets damit aus, den Afghanistan-Einsatz zu kritisieren. Doch offenbar ist die Kritik nicht so grundsätzlich, dass die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Bundestag sowie einige Grünen-Parlamentarier bei der Abstimmung im Bundestag gegen das neue und erweiterte Mandat für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan stimmen wollen. Nur etwa zwei Dutzend Sozialdemokraten wollen der Bundesregierung offenbar ihre Stimme verweigern. Bei der Abstimmung geht es neben der Verlängerung auch um eine Aufstockung des deutschen Kontingents um 500 zusätzliche Soldaten plus Reserve von 350 Mann auf 5350 Soldaten. Auch soll die Zahl der Ausbilder der afghanischen Sicherheitskräfte von 280 auf 1400 Mann steigen. *Bel*

Ein Skandal, der keiner ist

Berlin – Stolz verkündete die Linksfraktion im Bundestag, sie habe mit einer Anfrage einen Skandal aufgedeckt. So habe der Bund im Jahr 2008 doppelt so viele Leiharbeiter wie im Vorjahr beschäftigt. Die Zahl sei von 771 auf 1343 hochgeschnellt. „Seit Jahren steigt die Zahl der Leiharbeiter im Bundesdienst, die zu Niedriglöhnen beschäftigt sind“, so die Arbeitsmarktexpertin der Linken, Sabine Zimmermann. Sie warf der Bundesregierung Lohndumping vor. Nach genauerer Analyse der Angaben zeigte sich, dass der Anteil der Leiharbeiter bei den Bundesbeschäftigten nur 0,15 Prozent betragen hat. Auch gab es in den meisten Fällen nachvollziehbare Gründe für die Anstellung von Leiharbeitern, von denen 999 in den Küchen der Ministerien ausgeholfen haben, als Krankheits- und Urlaubsvertretungen geordert wurden oder bis zur Stellenneubesetzung das Vakuum füllten. *Bel*

Russki-Deutsch (55):

Perestroika

Von Wolf Oschlies

Weiland in Moskau aufgeschnapper Witz: Chruschtschow, Breshnew und andere Ex-Sowjetführer unterhalten sich im Totenreich, was sie zu Lebzeiten alles aufgebaut hätten. Eigentlich gar nichts und so wundern sie sich, was dieser Gorbatschow alles „umbaut“. Und die Komik stieg noch, weil als Verb „perestraivatj“ verwendet wurde, unvollendete Form von „perestroitj“, also auf rastlose Wiederholung und Fortsetzung des Umbaus verweisend.

„Perestoika“ ist ein russisches Allerweltswort, das zahllose Bedeutungen hat: Umbau, Verfahrensänderung, Neuformierung (von Truppenteilen) oder Sendersuche beim Radio. International bekannt wurde es als eines von den Postulaten des Reformers Michail Gorbatschow: Perestoika, Glasnost, Beschleunigung und neues Denken. 1987 war die „Perestroika“ Titel eines programmatischen Buchs von Gorbatschow, ein Weltseller, von dem der Autor geschmeichelt konstatierte, dass „das russische Wort perestroika so leicht in den internationalen Wortschatz eingegangen ist“.

Was besonders für Deutsche galt, zu denen das Buch auf zwei Wegen kam – als direkte Übersetzung aus dem Russischen in der DDR und als Resteverwertung der englischen Übersetzung zu den Westdeutschen. Ich habe natürlich das russische Original gelesen und in der „Muttersprache“, dem Organ der Gesellschaft für deutsche Sprache, begeistert gewürdigt, was mir den Vorwurf „übergroße Regimenähe“ einbrachte.

Zwei Jahre später hätte mir niemand mehr Vorwürfe gemacht, denn inzwischen hatte Perestroika die DDR-Bevölkerung herrlich aufgemischt. Die „Ossis“ bedauerten, dass sie jahrzehntelang den Russischunterricht boykottiert und sabotiert hatten – „konnten wir ja nicht wissen, dass wir's jetzt so gut gebrauchen konnten“. So hieß es in einer von vielen DDR-Kabarettszenen.

Ab Juli 1989 gärte es in Leipzig, ab 9. Oktober kam es zu den legendären „Montagsdemonstrationen“, für die Gorbatschow stets die besten Slogans lieferte: „Erich, lass die Faxen sein, hol die Perestroika rein“ (9.10.), „Wenn Egon lauscht und Gorbi spricht, ist Perestroika-Unterricht“ (30.10.), „Sächsische Perestroika, die Quelle ist Leipzig“ (13.11.) und viele ähnliche mehr. „Heldenstadt Leipzig“ – warum eigentlich nicht?

Merkels Rammbock

Kernkraft: Umweltminister Röttgen schockiert

Drei Landes-Umweltminister der Union positionieren sich in der Energiepolitik klar gegen ihren Amtskollegen im Bund, der nicht etwa der SPD oder den Grünen angehört, sondern ebenfalls der Union – damit ist die unendliche Geschichte „Koalitionszoff“ um ein skurriles Kapitel reicher. Auch die FDP feuert gegen den neuen atomskeptischen Kurs von Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Ein Teil der Verwunderung des Publikums rührt daher, dass Röttgen bisher bei Linken als verkappter Lobbyist von RWE samt deren Atompolitik galt. Immerhin war er 2006 als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) im Gespräch. Also ein klassischer Fall von „das Amt prägt die Person“? Oder hat sich Röttgen vielmehr als Rammbock für Merkel hergegeben, die offenbar Hindernisse für schwarz-grüne Bündnisse auf allen Ebenen beseitigen will? Jedenfalls betont Röttgen nun, dass die Atommeiler auf maximal 40 Jahre Betrieb ausgelegt sind – was umstritten ist. Und dass die Kernenergie nur eine Brückentechnologie sein soll, bis die alternativen Energien 40 Prozent des Gesamtbedarfs decken. Der Begriff „Brückentechnologie“ stammt aus Unions-Wahlprogramm und Koalitionsvertrag, die Zahl 40 Prozent hingegen ist völlig aus der Luft gegriffen. Röttgen drängt auf die Stilllegung von Biblis A und Neckarwestheim II noch in diesem Jahr.

Beide Seiten berufen sich auf Merkel

Die Kritik an Röttgens Kehrtwende fällt deftig aus. „Wir sind vor der Bundestagswahl für längere Laufzeiten von Kernkraftwerken eingetreten, und das muss auch so bleiben“, betonen die Umweltminister Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens. Sie fordern einen Atom-Gipfel aus Bund und betroffenen Ländern.

CSU-Chef Seehofer lehnt eine strikte Laufzeitbegrenzung auf 40 Jahre ab: So lange die Kernkraftwerke „unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und so lange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen“.

Auffällig ist, dass sich beide Seiten felsenfest darauf berufen, die Kanzlerin stehe jeweils hinter ihnen. Die allerdings schweigt wie eine Sphinx und lässt eine weitere offene Wunde der Koalition unbehandelt. *Anton Heinrich*

Mittenwald II?

Bundeswehrsoldat über die Äquatortaufe

Der 25-jährige Bundeswehrsoldat kann seine Verwunderung über die Aufregung bezüglich der Aufnahmerituale der Gebirgsjäger in Mittenwald gegenüber der *PAZ* nur schwer verbergen. Als er im Sommer mit der Deutschen Marine vor der Küste Somalias auf Piratenjagd war, gab es auch für ihn ein Aufnahmeritual, hier Äquatortaufe genannt. Dieser „Initiationsritus“ hat seinen Ursprung in der Zeit der Entdeckungsreisen der Portugiesen und wird heute noch bei der Deutschen Marine häufig praktiziert.

Zustimmung der »Prüflinge« notwendig

Ob er auch rohe Schweineleber essen musste, kann er nicht sagen, schließlich ist er mit verbundenen Augen auf allen Vieren über das Deck gekrabbelt, als man ihm die verschiedensten Dinge à la RTL-Dschungelcamp zur Verkostung in den Mund schob. Das eine können mit Schokolade überzogene Rollmöpse gewesen sein, doch das ist nur eine Vermutung. Ob er sich erniedrigt gefühlt habe? Angespannt ja, wusste man doch nicht, was einen erwartete, aber erniedrigt? Er war ja nicht alleine, er hatte noch andere Prüflinge an seiner Seite und außerdem wollte er sich beweisen. Und wer die „Prüfung“ nicht mitmachen wollte, konnte das sagen, der musste stattdessen arbeiten, denn die Führung wusste Bescheid.

Auch in Mittenwald ist man überrascht über die von Empörung geprägten Reaktionen. „Das gibt's doch schon seit 50 Jahren“, so ein Einwohner des Ortes gegenüber der „Süddeutschen“.

Derweil fordert der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, die Verantwortlichen auf, Konsequenzen aus den Vorfällen zu ziehen. „Wenn sich das alles so bestätigt, wie es sich heute darstellt, dann müssen die zur Rechenschaft gezogen werden, die das gemacht haben, und auch diejenigen, die weggeschaut haben.“ Offenbar sind die Aufnahmerituale der Gebirgsjäger in Mittenwald nicht unter Aufsicht des zuständigen Kompaniechefs und ohne Zustimmung der Prüflinge erfolgt. Sollte sich dies bewahrheiten, gäbe es tatsächlich Handlungsbedarf.

Das Verteidigungsministerium betont nun, dass die im Zusammenhang mit den Vorfällen in Mittenwald ans Licht gekommenen Alkoholexzesse Einzelfälle seien. Generelle Alkoholprobleme gebe es in der Truppe nicht. *Bel*

MELDUNGEN

USA droht nächster Crash

Washington – Den USA droht ein weiterer, schwerer Immobilien-Crash, der an Wucht die „Subprime"-Kreditkrise von 2007/2008 noch übersteigen könnte. Diesmal geht es um gewerbliche Objekte wie Bürohäuser, Hotels, Einkaufszentren, Industrieparks und große Mietwohnungskomplexe. In Zeiten von Höchstpreisen gekauft, sind viele den Wert der Kredite nicht mehr wert, die für ihre Finanzierung aufgenommen wurden. Vom Gesamtmarkt im Volumen von 6,7 Billionen Dollar müssen 1,4 Billionen bis 2014 umgeschuldet werden. Die Hälfte dieser Kredite stehe jedoch bereits „unter Wasser", wie „Spiegel online" mit Berufung auf Washintoner Quellen meldet. Die Kredite wurden wie die „Subprime"-Papiere gebündelt und weiterverkauft. Daher reiche ein größerer Zusammenbruch, um das ganze System zum Einsturz zu bringen. Dann drohe die nächste Finanzkrise. Zahllose, diesmal vor allem auch kleinere Banken seien in Gefahr. *PAZ*

Gedenken der Istrien-Italiener

Triest – Zu den vertriebenen Volksgruppen in Europa gehören die Italiener aus Istrien. Ihr Verbandsvorsitzender Massimiliano Lacota ist zugleich Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). Italien gedenkt des an den Istriern begangenen Unrechts jährlich um den 10. Februar. In diesem Jahr, in dem sich die Vertreibung zum 65. Mal jährten, fand der zentrale Gedenkakt am 8. Februar in Triest statt. Dazu wurden Grußworte des italienischen Staatspräsidenten, der Präsidenten von Senat und Parlament, des Regierungschefs sowie von acht Ministern verlesen. Die lokalen Politiker waren fast vollzählig erschienen. *PAZ*

Liga der außerordentlich Mittelmäßigen

Die Wirtschaftskrise zwingt die neue EU-Kommission zum Handeln – starke Persönlichkeiten nicht in Sicht

Mit einigen Wochen Verspätung wurden die neuen EU-Kommissare vom Parlament in Brüssel bestätigt. Auf sie warten Aufgaben wie die Neuregelung der Bankenaufsicht, Einhaltung des Euro-Stabilitätspaktes und EU-Erweiterung.

Bei der Fußball-WM dieses Jahr hätte die neue EU-Kommission unter dem Vorsitz von José Manuel Barroso keine Chance: Nach wochenlangem Gezerre um Positionen und einer Umbesetzung in letzter Minute ging die Mannschaft drei Monate später als geplant an den Start. Trainer Barroso konnte bereits während seiner ersten Amtszeit wenig überzeugen. Der Portugiese verlor etliche Heimspiele, etwa Strategien für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Europa zu entwickeln, als auch Auswärtsspiele, wie verbindliche Klimaschutzziele auf dem Kopenhagener Gipfel zu vereinbaren. Kein Wunder, dass die Fans dem Gremium, das Europas Politik in den kommenden fünf Jahren lenken soll, davonlaufen. Dies hat jedoch nicht nur inhaltliche, sondern auch personelle und strukturelle Ursachen. Kaum jemand kennt die Präsidenten, Vizepräsidenten, Kommissare und Ausschussvorsitzenden und ihre Kompetenzen – geschweige denn ihre Vereinssatzung: den Lissabon-Vertrag.

Unter den Spielern, die Barroso aus den Parteifamilien der Christdemokraten (EVP), Sozialdemokraten (SPE) und der Liberalen (ELDR) um sich gereiht hat, „befindet sich kein einziger Superstar", bilanziert Katinka Barysch vom Londoner Centre for European Reform. Die zweitklassige Besetzung konterkariert die Erstklassigkeit der Probleme, denen sich die Kommission gegenübersieht.

Beispiel Finanzkrise: Viele Staaten der Gemeinschaft kämpfen infolge der Wirtschaftskrise gegen Schulden in Rekordhöhe und eine massiv steigende Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen der wachsende Konkurrenzdruck aus Ländern wie China, Indien oder Brasilien sowie die Belastung der Steuer- und Sozialkassen durch die Überalterung der eigenen Gesellschaft. Gleich mehrere Kommissare versuchen, dieser vielschichtigen Problemen Herr zu werden. Joaquín Almunia (SPE), der bisher für Wirtschaft und Währung zuständig war, kümmert sich fortan um das Wettbewerbsressort. Der Spanier verteidigt die Errungenschaft des gemeinsamen europäischen Marktes gegen protektionistische Maßnahmen. Er fordert, die Wirksamkeit staatlicher Subventionen in Krisenzeiten genau zu prüfen und in Not geratene Banken umzustrukturieren.

Almunias altes Amt übernimmt der Liberale Olli Rehn, der die Einhaltung des Stabilitätspaktes überwacht. Keine leichte Aufgabe für den Finnen angesichts der dramatischen Finanzlage Griechenlands, die das Land nahe an den Staatsbankrott getrieben hat. Seit Anfang Februar steht der griechische Haushalt unter EU-Kontrolle. Als Konsequenz aus dem Skandal um die gefälschten Schuldenstatistiken will Rehn dem europäischen Statistikamt Eurostat künftig das Recht einräumen, die nationalen Ämter der Mitgliedstaaten zu beaufsichtigen.

Eurostat soll mehr Kontrollmöglichkeiten erhalten

Der Franzose Michel Barnier besetzt das wichtige Binnenmarktressort. Der konservative Politiker setzt sich für eine stärkere Regulierung und Aufsicht an den Finanzmärkten sowie für eine Begrenzung von Banker-Boni ein. Seine Nominierung sorgte bei den Briten für Furore, die massive Jobeinbrüche in der Banken- und Versicherungsbranche befürchten. Bei seiner Anhörung im EU-Parlament unterstrich Barnier, als EU-Kommissar weder Anweisungen aus Paris noch aus London zu folgen.

Beispiel EU-Erweiterung: Mit dem Tschechen Stefan Füle ist erstmals seit der EU-Osterweiterung 2004 ein Politiker aus den neuen Mitgliedsländern für diesen Posten zuständig. Der den Sozialdemokraten nahestehende Kommissar, der in die Fußstapfen Günther Verheugens tritt, will in den nächsten fünf Jahren „neue Mitglieder in die EU-Familie einladen". Geplant sind Verhandlungen mit den Kandidaten Kroatien, Mazedonien und Türkei. Auch die westlichen Balkanländer sollen eine Beitrittsperspektive bekommen und Bürger aus Albanien und Bosnien-Herzegowina demnächst visafrei in die EU reisen dürfen. In Deutschland stoßen Füles Vorhaben auf wenig Gegenliebe. Laut Eurobarometer lehnten 2009 66 Prozent der Deutschen künftige EU-Erweiterungen ab. Gründe für die Skepsis sind die Angst vor Zuwanderung, Arbeitsplatzverlust und steigender Kriminalität sowie demokratische Defizite und die Befürchtung einer Islamisierung der Gesellschaft im Falle der Türkei.

Der Erweiterungskommissar soll in enger Absprache mit dem Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Das Amt des „EU-Außenministers", das neben dem Amt des ständigen Ratspräsidenten mit dem Lissabon-Vertrag neu geschaffen wurde, bekleidet die Britin Catherine Ashton. In ihrer Rolle als ehemalige EU-Handelskommissarin brachte sie einen Vertrag über Bananenhandel mit Amerika und ein Freihandelsabkommen mit Südkorea zustande. Zu Themen wie Haiti, Iran, Jemen und Kuba schwieg sie bisher.

Beispiel Klimaschutz und Energiepolitik: Die Dänin Connie Hedegaard ist ein alter Hase in Sachen Klimaschutz. Die konservative Politikerin bereitete schon den Weltklimagipfel in Kopenhagen vor. Ihr Parteikollege, der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger, steht energiepolitisch für den CO_2-Abbau in der Industrie und eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Er ist jedoch auch begeisterter Anhänger von Solarenergie sowie Wind- und Wasserkraft. *Sophia Gerber*



Neue Kommissare: José Manuel Barroso stellt im EU-Parlament seine Mannschaft vor. Bild: AP

Die Macht der Familienclans

Türkei: »Ehrenmord« hat andere Hintergründe

Reflexartig ging der internationale Aufschrei über den vermeintlichen „Ehrenmord" an der 16-jährigen Medine Memi aus dem osttürkischen Kahta durch die internationalen Medien. Türkische Blätter hatten nach Recherchen eines Lokalreporters schnell einen „Ehrenmord" ausgemacht. „Weil sie mit Jungen sprach", so lauteten die Schlagzeilen. Vater und Großvater sollen das Mädchen zur Rettung der Familienehre umgebracht und dann hinter dem Hühnerstall des Hauses vergraben haben. Ein bestialisches Verbrechen, das die Diskussion über „Ehrenmorde" in der Türkei neu entfacht habe, heißt es.

Eine Scheindiskussion, denn hier geht es nicht um einen „Ehrenmord": Die aktuellen Ermittlungen deuten auf andere, nicht weniger tiefe Abgründe hin. Glaubt man den Berichten aus dem Umfeld der Toten, so ging es nicht um den Kontakt mit Jungen oder eine „unzüchtige Lebensweise", sondern um kriminelle Machenschaften in der Familie des Mädchens. Vater Ayhan und Großvater Fethi Memi sollen ihren kargen Lebensunterhalt mit Zigarettenschmuggel und krummen Geschäften aufgebessert haben. Im Haus herrschten raue Sitten, auch Medine bezog häufig Prügel, suchte mehrmals die Polizei auf. Dort versicherte man ihr, dass ihr nichts passieren könne, doch man brachte sie immer wieder nach Hause, anstatt sie in die Obhut einer Behörde zu geben. Auch in Kahta gibt es eine Fraueorganisation und eine Jugendbehörde. Doch in den dörflichen Verhältnissen der anatolischen Kleinstadt hält man zusammen.

Nachdem im Haus des Großvaters ausländische Schmuggelwaffen gefunden wurden und dieser zu einer zehnmonatigen Haftstrafe, die in eine Geldstrafe umgewandelt wurde, verurteilt wurde, verschwand das Mädchen. Es hieß, sie sei ausgerissen.

Polizeit schickte das Mädchen zu ihrem prügelnden Vater

Erst die Recherchen eines Journalisten führten die Ermittler auf die Spur. Zunächst hieß es, man habe die 16-Jährige erschlagen. Doch Medine wurde mit gefesselten Händen in dem Erdloch gefunden, in Magen und Lunge fanden Gerichtsmediziner Erde. Man hatte das Mädchen lebendig begraben.

Warum hatte die örtliche Polizei das Mädchen vier Mal wieder in die Hände seiner Peiniger übergeben? Warum hatte man sich nicht ausgiebiger um die Machenschaften im Hause Memi gekümmert. Die Ehrenmorddebatte, die sich bis ins türkische Parlament zog, lenkte vom eigentlichen Übel ab.

Staatliche Behörden und Polizei haben in den südöstlichen Provinzen der Türkei nicht viel zu melden, man arrangiert sich hier und da mit den Familienclans. Medine sei nicht zur Schule gegangen, doch eine Schulpflicht gibt es auch in der Türkei. In Ankara wird nun über Frauenrechte gesprochen, das lenkt von der Notwendigkeit ab, über Bildungs- und Entwicklungspolitik für die unterentwickelten Regionen im Südosten der Türkei zu reden. Regierungschef Recep Tayyip Erdogan und seine religiös-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) profitieren von der in weiten Teilen ungebildeten Landbevölkerung. Hier findet die AKP ihre Anhänger.

Der Fall Medine ist kein Einzelfall und es ist schwer auszumachen, ob immer religiöse Gründe oder vielmehr archaische Traditionen oder kriminelle Hintergründe hinter den Gräueltaten stecken. Der türkische Staat ist auf dem Lande zu wenig präsent, oder die Repräsentanten sind zu eng in die örtlichen Verhältnisse eingebunden, um notwendige Distanz und Autorität zu wahren. *Mariano Albrecht*

Furcht vor 1917

Russische Regierung hat Angst vor Unruhen, die ihre Macht gefährden

Die Serie von Protestkundgebungen in Russland geht weiter: In Samara demonstrierten 1000 Menschen gegen steigende Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Lebensbedingungen, in Irkutsk gingen Demonstranten gegen die Verschmutzung des Baikal-Sees durch die Zellulosefabrik auf die Straße, in Moskau demonstrierten wieder 200 für den Erhalt des Dorfes Retschnik, das einem mondänen Villenviertel weichen soll. Parteinamen wie „Linke Front" und „Wille" deuten auf eine zunehmende Politisierung der Protestierenden hin. Bei allen Kundgebungen ist auch die Bewegung „Solidarnost" mit von der Partie, die den Rücktritt Wladimir Putins fordert.

Während in den Regionen der Unmut wächst, feiert Premier Putin unbeirrt und selbstsicher seine politischen Erfolge, zuletzt die Zustimmung Finnlands zur Nord-Stream-Pipeline. Zwar hatte Putin unmittelbar nach der Massenkundgebung in Königsberg die führenden Köpfe seiner Partei „Einiges Russland" zu einer Krisensitzung in Moskau zusammengerufen, jedoch hob er dort nur Postives hervor. Zum Beispiel habe die Regierung im vergangenen Jahr 400 Gesetze durchgesehen, und im Rüstungsexport habe die Wirtschaft Zuwächse zu verbuchen. Mit keinem Wort ging Putin auf die Vorwürfe von Sergej Mironow, dem Sprecher des Oberhauses der Staatsduma, oder auf den Massenprostest in der Exklave Königsberg gegen ihn, ein. Stattdessen delegierte er die Aufgabe, „mit den Skandalen endlich Schluss zu machen", an die Partei, wohl davon ausgehend, dass die schon wissen werde, wie sie das zu bewerkstelligen habe. Doch im Gegensatz zur selbstsicheren Haltung des Regierungschefs gab es innerhalb der Partei keine einheitliche Linie. Von dem Ausmaß der Prosteste in Königsberg überrascht, war die Reaktion von Verwirrung und der tiefen Beunruhigung geprägt, die Opposition könnte sich zu einer ernstzunehmenden Kraft bündeln.

Angeheizte Gerüchte über Machtstreit im Regierungstandem

Es folgten spontane, widersprüchliche und emotional geprägte Äußerungen. Von Beschimpfungen und Rücktrittsforderungen gegen Sergej Mironow bis zu einer Gesetzesänderung zur Ernennung der Senatoren reichten die Vorschläge. Auf Diskussionen mit der Opposition wollte „Einiges Russland" sich auf keinen Fall einlassen. Stattdessen griff die Partei zu altbewährten Propagandamitteln wie die der Gegendemonstration. In Irkutsk ließ sie Mitarbeiter der Zellulosefabrik zur Kundgebung antreten. Für die Situation in Königsberg wurde der für die Region zuständige Parteisekretär Sergej Bulytschew verantwortlich gemacht und entlassen. Die Partei sammelt „Kompromat" (kompromittierendes Material), wie alte Gerichtsunterlagen über ihre politischen Gegner, damit diese nicht zur nächsten Wahl zugelassen werden können. Trotz dieser „altbewährten" Vorgehensweisen wächst die Sorge innerhalb der Partei, dass die Situation im Land außer Kontrolle gerät. Sie wird getrieben von der Angst, dass sich eine Revolution wie 1917, die ebenfalls mit sozialen Protesten begonnen hatte, wiederholen könnte.

Ein Zerfall des Regierungstandems könnte weiter zur Instabilität beitragen. Personalentscheidungen des Präsidenten in den Regionen heizen die Gerüchte über einen Machtstreit weiter an, wie die Entlassung des seit 1989 amtierenden Regierungschefs Alexander Filipenko im Autonomen Gebiet Chanty Mansijsk, den Medwedew durch die einflussreiche Gas-Lobbyistin Natalja Komarowa ersetzte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Der unsichtbare Wirtschaftsminister

Auf der Regierungsbank hat Rainer Brüderle noch nicht wirklich Platz genommen

Irritiert fragen Manager, was Rainer Brüderle (FDP) als Bundeswirtschaftsminister eigentlich tut. Zu aktuell brennenden Themen wie der Opel-Sanierung oder der Laufzeitenverlängerung der Kernkraftwerke hört man fast nichts von dem gemütlichen Pfälzer. Spötter nennen ihn bereits den „Anti-Guttenberg“.

Sein Vorgänger verhalf dem Ministerium innerhalb weniger Monate zu neuem Glanz. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (CSU) brillierte mit ökonomischem Wissen, bezog klare Positionen und machte die deutsche Stimme im europäischen Konzert hörbar.


Jovialer Beobachter: Rainer Brüderle genießt sein Amt offenbar wie einen guten Wein im kleinen Kreis. Bild: pa

Anders Brüderle. Nach zehn harten Jahren auf der Oppositionsbank wähnte sich der 64-jährige Diplom-Volkswirt im Oktober 2009 am Ziel seiner Karriere; er nahm auf dem Sessel des Bundeswirtschaftsministers Platz. Energisch reklamierte er für seine Behörde die Zuständigkeit für die Kernkraftwerke. Doch als Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) unlängst die im Koalitionsvertrag verankerte deutliche Laufzeitenverlängerung in Frage stellte, sagte Brüderle: „Jetzt müssen wir diskutieren, wie lange die Brücke bei dieser Brückentechnologie sein soll.“ Gefragt, ob er schon mit dem Umweltminister in dieser Sache gesprochen habe, musste er zugeben, dass es in den letzten Tagen noch kein Gespräch mit Röttgen gegeben habe.

Fast die gleiche Szene beim Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos, wo Karl-Theodor zu Guttenberg in seiner neuen Eigenschaft als Verteidigungsminister mit 20 wichtigen Wirtschaftsführern bei einem Frühstück konferierte. Es ging offiziell um die Zusammenhänge von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Erbost beklagte sich Brüderle, dass solche Treffen eigentlich in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers fallen würden.

Von Brüderle ist bekannt, dass er ab und zu poltert, gerne Weinköniginnen in seiner Pfälzer Heimat küsst und ansonsten recht altbacken daherkommt. Mit dem Opel-Standort Rüsselsheim, der recht nahe bei seinem heimatlichen Mainz liegt, sollte er eigentlich vertraut sein. Brüderle kokettiert damit, dass sein erstes Auto ein „Kadett“ gewesen sei. Dennoch ist er in der brisanten Frage der Opel-Sanierung merkwürdig meinungslos.

Als der Opel-Mutterkonzern General Motors um Staatshilfen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro nachsuchte, gab er sich zugeknöpft. Erst als die EU-Kommission ihn aufforderte, das Sanierungskonzept für Opel / Vauxhall zu prüfen, nahm er sich auch öffentlich sichtbar der Sache an.

Dabei hat der Zickzackkurs von General Motors in den vergangenen Monaten das Vertrauen der Verbraucher in die Marke nicht gerade erhöht. In einer ersten Bewertung des Sanierungskonzepts äußerte das Bundeswirtschaftsministerium zudem den Verdacht, dass europäische Staatshilfen leicht, als Lizensgebühren getarnt, in die USA umgeleitet werden könnten. Gegen einen solchen Missbrauch hätten die Amerikaner kein „Abschottungsprinzip“ vorgelegt, bemängeln die Mitarbeiter des Ministeriums.

> »Brüderle ist eine Fußnote der Zeitgeschichte«

Doch solche Bedenken trägt der Minister nicht in die Öffentlichkeit. Eine eigene Meinung wolle er erst äußern, wenn die EU-Kommission sich geäußert habe. Soll also Brüssel darüber bestimmten, wie viel Geld der deutsche Steuerzahler für die umstrittene Sanierung der Opel-Werke zahlen muss?

Woher diese Meinungslosigkeit des Bundeswirtschaftsministers in den zentralsten Feldern seines Amtes kommt, darüber darf gerätselt werden. Als studierter Volkswirt sollte er die Grundlagen des Wirtschaftslebens kennen. Auch an ministerialer Erfahrung fehlt es ihm nicht. Immerhin elf Jahre lang (1987–1998) war Brüderle Wirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz. Doch heute wirkt Brüderle für viele wie einer, der sich innerlich schon im Ruhestand befindet. Er legt seine Hände in den Schoß, klagen selbst Manager und Wirtschaftsführer, die traditionell eine positive Meinung von liberalen Wirtschaftsministern haben.

Die kleine Schar von Bewunderern Brüderles behauptet, so das „Handelsblatt“, der liberale Wirtschaftsminister genieße sein Amt; er sei eine „kleine Lichtgestalt“ im Kabinett Merkel und versuche durchaus seine persönliche Präsenz in die Waagschale „zu wuchten“.

Anfang Dezember, auf seiner ersten längeren Auslandsreise nach China, fachsimpelt der Minister im Flugzeug mit Journalisten ein bisschen über das Reich der Mitte, über Klimaschutz und Welthandel. Auch chinesischer Rotwein lasse sich inzwischen ganz passabel trinken. Schon 15 Mal sei er in China gewesen. Bei den ihn begleitenden Mittelständlern, die in China Türen oder Schokolade verkaufen wollen, kommt der Minister gut an. Er sei bodenständig und nicht so wie der „Umfrage-König“, womit sein Vorgänger gemeint ist. Der habe sich in seiner (kurzen) Amtszeit, trotz vieler Anfragen und Einladungen, nie in China blicken lassen.

Dort erinnern sich noch manche an das ungelenke Auftreten von zu Guttenbergs Vorgänger Michael Glos (CSU) und fürchten heute ähnliches bei Brüderle; der ernetete beim Handelskammer-Frühstück mit dem Satz „Ich kenne die Welt hinter der Theke, nicht nur an der Theke“, unfreiwillige Lacher. Dabei wollte der Minister nur an seinen Vater erinnern, der ein kleiner Einzelhändler war.

Beim Antrittsbesuch in Washington erhielt Brüderle Toptermine bei US-Finanzminister Timothy Geithner und Barack Obamas Wirtschaftsberater Larry Summers. Mit ihnen parlierte er in fließendem Englisch. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zeigte sich davon wenig überzeugt und meinte scharfzüngig: „Brüderle ist eine Fußnote der Zeitgeschichte“. *Hinrich E. Bues*

KURZ NOTIERT

Seit Monaten versucht Kanzlerin Angela Merkel Bundesbankchef Axel Weber an die Spitze der Europäischen Zentralbank zu befördern. Weber soll 2011 die Nachfolge von Jean-Claude Trichet antreten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat beim Treffen der 16 Finanzminister der Euro-Staaten den portugiesischen Notenbank-Chef Vitor Constancio als neuen EZB-Vize-Präsidenten durchsetzen können. Er spekuliert darauf, dass nach den Proporzregeln die Wahl des Südeuropäers den Weg für den Nordeuropäer Weber ebnet und dessen Konkurrenten, den Italiener Mario Draghi, aus dem Rennen wirft. Doch zuletzt schoss der luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Junkker quer und droht, einen eigenen Kandidaten zu benennen. *Bel*

Die EU-Finanzminister haben bei ihrem Treffen beraten, wie sie auf den Vorschlag von US-Präsident Barack Obama, Depot- und Investmentbanken voneinander zu trennen, reagieren sollen. Da in Europa viele Banken in allen Geschäftsbereichen tätig sind, sei der für die USA passable Plan nicht auf die EU übertragbar. *Bel*

Der Direktversicherer Karstadt-Quelle hat seinen Namen in Ergo Direkt geändert. Nicht nur, dass die Assoziation mit dem insolventen Karstadt-Quelle-Konzern negative Auswirkungen haben könnte, auch verlangt der Insolvenzverwalter des Konzerns Geld für die Nutzung der Namensrechte. *Bel*

US-Präsident Barack Obama will gegen den Widerstand seiner eigenen Partei den Bau von Atomkraftwerken genehmigen. Im Kampf gegen den Klimawandel nutzt Obama ein 2005 verabschiedetes Gesetz, das es der Regierung gestattet, Maßnahmen gegen Luftverschmutzung und Erderwärmung finanziell zu unterstützen. Daher soll der Bau der ersten neuen Kernkraftwerke in den USA seit über 30 Jahren mit Bürgschaften in Höhe von 54 Milliarden US-Dollar vom Staat abgesichert werden. *Bel*



Welche Rolle spielte Washington?

Wall Street contra Euro: US-Banken halfen Griechen bei Schulden-Vertuschung

US-amerikanische Großbanken haben die derzeitige Krise in der Euro-Zone seit Jahren nach Kräften befördert, indem sie Griechenland, Italien und womöglich noch anderen Defizitsündern gegen satte Gebühren dabei geholfen haben, ihre Verschuldung gegenüber Brüssel zu vertuschen. So habe etwa Goldman Sachs einen geheimen Milliardenkredit an Athen als Währungsgeschäft getarnt. Dafür kassierten die Amerikaner dem Vernehmen nach 300 Millionen US-Dollar. Schon 1996 soll JP Morgan Italien zu einem ähnlichen Geschäft verholfen haben.

Als Gegenleistungen traten die europäischen Schuldenstaaten künftige Staatseinnahmen wie beispielsweise Flughafengebühren oder Lottoeinnahmen an die US-Banker ab. So wurden kurzfristige Zuflüsse zulasten künftiger Einnahmen eingestrichen, die finanzielle Lage der Länder also langfristig weiter verschlechtert.

Die Hilfe für Italien 1996 ist insofern wichtig, als 1997 als Stichjahr festgelegt worden war, in dem die Euro-Tauglichkeit der Bewerberstaaten für die Einheitswährung getestet wurde. Im Falle Griechenlands hat Informationen zufolge noch im vergangenen Januar ein Team von Goldman Sachs versucht, die Schulden des Landes dadurch zu verschleiern, dass Kosten aus dem Gesundheitswesen weit in die Zukunft verlagert werden. Zu diesem Zeitpunkt hatte Athen die eigenen Mogeleien jedoch schon zugegeben und verzichtete auf weitere „Komplizenschaft“ aus Übersee.

> Die »Transferunion«: Ein Schreckgespenst wird Realität

Die enge Verzahnung von US-Großbanken mit der US-Notenbank wie auch mit der Regierung in Washington nährt die Vermutung, dass das Vorgehen der Banken kaum ohne Wissen und wohl auch Zustimmung wichtiger Regierungskreise erfolgt ist. Ein starker Euro gilt dort als Konkurrenz zum US-Dollar.

Die Alleinstellung des Dollar als Weltleit- und -reservewährung erlaubte es den USA in der Vergangenheit, nahezu unbegrenzt Kapital auf dem ganzen Globus abzuschöpfen. Damit konnte ein gewaltiges Handelsbilanzdefizit finanziert werden. In dem Maße, wie eine andere weltweit akzeptierte weitere Reservewährung auf den Plan tritt, könnte die langfristige Werthaltigkeit des Dollar von Anlegern zunehmend hinterfragt werden.

Insofern kann es nicht verwundern, dass aus den USA gegen den Euro gearbeitet wurde und wird. Indes dürften die kruden Methoden diesseits des Atlantik für Überraschung gesorgt haben, stehen sie doch in krassem Gegensatz zu den Beteuerungen Washingtons, man wünsche sich nicht nur im nationalen Interesse ein stabiles globales Währungssystem.

Bestätigung in den jüngsten Enthüllungen finden jene Euro-Skeptiker, die in den 90er Jahren vor der geplanten EU-weiten Einheitswährung gewarnt hatten und als Kompromiss anregten, im ersten Schritt nur die Hartwährungsländer um Deutschland, die Benelux-Staaten und Frankreich in eine solche Union einzubeziehen. Erst danach, so die Idee, sollten sich die übrigen Länder nach gründlicher Prüfung einzeln qualifizieren dürfen. Der Vorschlag fußte auf dem schon vorher diskutierten Konzept eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

Die Idee wurde zugunsten einer umfassenden Währungsunion verworfen, der dann lediglich einzelne EU-Staaten aus eigenem Entschluss nicht beitraten. Die Befürchtung, eine solche Währungsunion würde zu einer „Transferunion“ ausarten, in der die einen, vornehmlich die Deutschen, die Schulden der anderen zu schultern hätten, wurde von allen großen Parteien des Bundestages als Angstmache zurückgewiesen.

Doch genau diese „Transferunion“ komme nun und werde sich zum Dauerzustand verfestigen, glaubt der Wirtschaftsjournalist Henrik Müller im „Manager-Magazin“: Die Deutschen müssten zahlen, womöglich hohe Summen. Sonst drohe Inflation, ja ein Auseinanderbrechen des Binnenmarktes, der ganzen EU und am Ende sogar der Zusammenbruch der europäischen Friedensordnung. Indes könnten die Dauerzahlungen die Zustimmung zu EU auch in Deutschland soweit untergraben, bis auch von hier Risiken für die Union ausgeht. *Hans Heckel*

Ausgerechnet Verdi

Gewerkschaft hält die eigenen Leute kurz

Mitten im Tarifstreit im Öffentlichen Dienst trifft die Gewerkschaft Verdi ein peinlicher Vorwurf: Laut Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) praktiziert Verdi hausintern etliches von dem, was ihr Chef Frank Bsirske sonst an der Arbeitgeberseite heftig kritisiert.

An die Öffentlichkeit traten die Verhältnisse bei Verdi mit dem jüngsten Tarifkonflikt. Die 1,5 Prozent Gehaltserhöhung, die die Öffentlichen Arbeitgeber anboten, bezeichnete Bsirske als völlig unangemessen niedrig. Gleichzeitig jedoch will Verdi seinen rund 3800 eigenen Angestellten auch nicht mehr zahlen.

> Leitende Angestellte erhielten 8,6 Prozent

Bei den Betroffenen hat dies zu erheblichem Unmut geführt. Sie sollen einerseits die Demonstrationen und etwaigen Streiks für (so die letzte Forderung) 3,5 Prozent mehr Geld im Öffentlichen Dienst organisieren, sich selbst jedoch mit weniger als der Hälfte zufrieden geben. Und das, obwohl leitende Angestellte bei Verdi erst unlängst rückwirkend bis 2008 stolze 8,6 Prozent Gehaltserhöhung erhalten haben. Jetzt werden aus der Verdi-Belegschaft Drohungen laut, den „Streik zu bestreiken“: Der ARD-Sendung „Report München“ sagte ein aufgebrachter Angestellter, unter Umständen könnte man die nächste Betriebsversammlung just dann machen, wenn im Öffentlichen Dienst gestreikt würde.

Warum die Verdi-Angestellten nicht einfach selber streiken? Das Problem ist, dass sie zwar gewerkschaftlich organisiert sind, aber als Verdi-Mitglieder eben bei ihrem eigenen Arbeitgeber. Deswegen sind sie bei Tarifverhandlungen nur durch ihren Betriebsrat vertreten. Betriebsräte aber dürfen nicht zum Streik aufrufen.

Während Verdi „draußen“ rastlos für den Flächentarif kämpft und Haustarifverträge mit Argwohn betrachtet, verfügen die Verdi-Mitarbeiter noch nicht einmal über einen ordentlichen Haustarifvertrag, sondern, wie es offiziell heißt, nur über eine so genannte „Art Haustarifvertrag“. Schließlich ist die von Verdi bedrängte Öffentliche Hand tatsächlich pleite. Verdi selbst hat Millionenüberschüsse. *H.H.*

In der Haftung

Von Wilhelm v. Gottberg

Nun ist es aktenkundig. Die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages für den Euro sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden. Der damalige Bundeskanzler Kohl (CDU) und sein Finanzminister Waigel (CSU) ließen sich 1991 landauf, landab feiern, weil sie die Stabilitätskriterien für die zukünftige europäische Gemeinschaftswährung Euro durchgesetzt hatten. Zusätzlich wurde in den Maastricht-Vertrag auch das Verbot der währungspolitischen Hilfe für Mitgliedstaaten der Euro-Zone aufgenommen, wenn diese wegen laxer Haushaltspolitik in Turbulenzen kämen. Diese Passage ließ die Kritiker des Vertrages verstummen.

Nun ist der Ernstfall mit dem Euro-Mitgliedsland Griechenland eingetroffen. Das Land ist überschuldet. Das Defizit beträgt mehr als zwölf Prozent; der Staatsbankrott droht. Die EU-Gremien haben dem Land sehr harte Auflagen zur Sanierung der Staatsfinanzen gemacht. Es bestehen berechtigte Zweifel, ob die Griechen das leisten können.

Die EU-Regierungschefs haben deshalb am 12. Februar Griechenland signalisiert, dass gegebenenfalls Hilfe von der Euro-Zone kommen werde. Die EU sei auch eine Haftungsgesellschaft. Man könne nicht zulassen, dass die Euro-Zone wegen dieser Probleme auseinanderbreche. Dabei richten sich die Erwartungen – unausgesprochen – an Deutschland. Es ist die größte Volkswirtschaft in der EU. Deutschland soll für die griechischen Probleme einstehen. Die Kanzlerin hat bisher dazu geschwiegen.

Der verlorene Kompass

Von Konrad Badenheuer

Es grummelt seit langen in der CDU. Gestandene Christdemokraten fragen nach dem Profil einer Partei, die in immer mehr Punkten nicht mehr den im christlichen Menschenbild verankerten und im Kern unveränderlichen Werten zu folgen scheint, sondern den in Meinungsumfragen erfassten Stimmungen der Bevölkerung. Mit genug Geschick, das kein vernünftiger Mensch der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel abstreiten kann, mag es damit möglich sein, Mehrheiten zu sichern und Wahlen zu gewinnen.

Und doch stellt sich die Frage, ob bei einer solchen Politik von politischer Führung überhaupt noch die Rede sein kann. Wer jedem von den Demoskopen identifizierten Trend hinterherläuft, mag kurz- und vielleicht auch mittelfristig in der Politik erfolgreich sein. Doch früher oder später könnte eine Partei, die dieser Maxime folgen würde, nicht nur ihr Profil und ihre Unterscheidbarkeit verlieren, sondern geradezu ihre Identität. Die Sozialdemokratie, der die Letztbegründung der von ihr jeweils gerade vertretenen Ziele und Forderungen seit jeher weniger bedeutet hat als dem bewusst wertegebundenen Kern der C-Parteien, bietet für den dadurch möglichen Niedergang bedrückendes Anschauungsmaterial. Die Partei hat keine Idee mehr von sich selbst und wirkt ein bisschen so wie die SED im Herbst 1989.

> Alle großen Entscheidungen waren zunächst unpopulär

Von diesem Punkt ist die CDU noch weit entfernt. Und doch geht die Anpassung der Partei an den Zeitgeist inzwischen an die Substanz der Partei. Auch die Ehrlichkeit hat gelitten. Wenn Generalsekretär Hermann Gröhe nun im Ernst behauptet, es sei „absurd", der CDU „einen Linkstrend zu unterstellen", dann ist das ein Witz. Muss man wirklich an die Kehrtwenden der CDU in den zurückliegenden Jahren erinnern: Doppelte Staatsbürgerschaft, neue Zuwanderungspolitik, islamischer Religionsunterricht, Homo-Ehe, Ganztagsschule, staatliche Kleinkindbetreuung, „Grundwert Gleichheit", Verzicht auf eine geduldige Aufarbeitung des Vertreibungsunrechts, pauschale Aufhebung der Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure, Abqualifizierung der Wehrmacht als „nicht traditionswürdig" für die Bundeswehr, Teilnahme am „Kampf gegen Rechts" und so weiter und so fort. Die eine oder andere dieser Kurskorrekturen mag sogar richtig gewesen sein, aber gewiss nicht alle. Die CDU ist darüber jedenfalls zu einer anderen Partei geworden.

Stefan Mappus hat nun am Beispiel der Nachrüstung daran erinnert, dass die richtige Politik oft gegen Umfragen durchgesetzt werden muss. Zu ergängen wäre: *Alle* großen Weichenstellungen seit 1948 waren zunächst unpopulär, mühsam mussten Mehrheiten gefunden werden: Marktwirtschaft und Westintegration, Wiederbewaffnung und schließlich auch der bis heute wenig geliebte Euro. Adenauer und Kohl hatten noch den Mut dazu. Und den inneren Kompass.



Der Kompass bleibt ein starkes Symbol für wertegebundenes Handeln im Privatleben wie in der Politk: Wer ihm folgt, sucht die letzte Orientierung nicht in sich selbst. Er setzt den Menschen und seine Wahrnehmungsfähigkeit nicht absolut.

Bild: masterfile

Trügerischer Erfolg

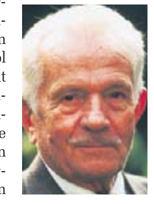
Von Richard G. Kerschhofer

Die Ablehnung des Swift-Abkommens durch das EU-Parlament als Sieg zu feiern, wäre zumindest verfrüht, eher aber Selbstbetrug, denn schon ist von neuen Verhandlungen die Rede. Die USA haben angedeutet, dass sie „notfalls" – wie in anderen Fällen – Einzelabkommen mit EU-Mitgliedern abschließen werden. Dabei werden manche willig mitmachen, andere sich dies abkaufen lassen, und das private Unternehmen Swift wird tun, was die Regierungen verlangen. Die EU als selbständige Weltmacht bleibt jedenfalls Illusion.

Den ärgsten Schwachpunkt im neuen Swift haben just jene geschaffen, die seit Jahren das Schweizer Bankgeheimnis attakkieren und aushöhlen. Denn das „Spiegelsystem", auf dem zwecks Betriebssicherheit alle Vorgänge am Swift-Hauptsystem in Belgien synchron mitvollzogen werden, steht in der Schweiz. Und während diese in zwei Weltkriegen ihre Neutralität verteidigen konnte, hat sie sich zuletzt bei verschiedenen Erpressungen – seitens der USA, aber auch der EU – als ziemlich hilflos erwiesen.

Bei der über das Internet auch von (Groß-)Staaten betriebenen Betriebsspionage geht es übrigens nicht nur um Technisches: Unternehmer weisen darauf hin, dass man auch aus Bankdaten Rückschlüsse auf Firmenstrategien ziehen und so eigenen Betrieben Vorteile verschaffen kann.

Moment mal!



Untergangsbeschwörer vor dem Aus?

Von Klaus Rainer Röhl

Jeden Tag schippen wir dreimal hintereinander Schnee. Seit sechs Wochen. Die Straßen werden vom Streudienst freigehalten. Aber das Salz wird in einigen Bundesländern schon knapp. Heizöl muss zum zweiten Mal nachgefüllt werden. Alte Leute und Kranke fallen dauernd hin, die Versicherungen sind alarmiert über die große Zahl von Knochenbrüchen, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssen. Aber die Kinder sollen sich freuen. Jeden Tag können sie mit ihren Eltern Schneemänner bauen und Schnellballschlachten machen. Schön, dieser Winter. Aber selbst für die Kinder ist der Winter langsam langweilig. Schneemannbauen macht nur beim ersten Mal Spaß. Schlittenfahren wird nach drei Wochen langweilig. Viele sind erkältet. Die Erwachsenen warten auf die nächste Tagesschau: Wann kommt endlich wieder die Erderwärmung? Nix. Stand 15. Februar. In Köln ist wenigstens Karneval, auch in Mainz und München ist mächtig was los. Hauptsächlich im Fernsehen. Die immer gleichen Karnevalssänger und die Fernsehreporter versuchen, gute Laune zu verbreiten. Ja, Nicole, wie ist denn die Stimmung auf dem Rathausplatz? Bombig! Was soll die durchgefrorene, nur mäßig durch Glühwein beschwingte Lokalreporterin schon sagen? Die Stimmung ist mies. Außer bei den schwer alkoholisierten Jugendlichen. Also wieder die gleichen doofen Witze über die Ehefrau und ihre eingebildeten Krankheiten, den bis zum Platzen dummen Bauchredner mit seiner Plastikpuppe. "Ihr seid alle bekloppt!" Fein beobachtet.

Keine brisanten Themen auf den Karnevalswagen. Abwrackprämie? Kann schon keiner mehr hören. SPD und die „Die Linke"? Wo ist da der Witz? Arbeitslosigkeit? Haiti? Hartz IV? Kinderarmut? Moscheebauten? Deutschland als Zahlmeister für den Euro? Darüber macht man keine Scherze. Also lieber wieder den Bauchredner und die Witze über die Frauen, die nicht Auto fahren können. Alaaf. Helau. Wauwau.

Schade. Dabei hätte es diesmal ja eine ganze Menge Stoff für die Karnevalswagen gegeben: Die geplatzten Behauptungen über eine „Klimakatastrophe", über die zunehmende „Erderwärmung", über die schmelzenden Gletscher auf dem Himalaja oder die Dürrekatastrophen in Afrika, die drohenden Überschwemmungen, also kurz, die Zerstörung der Mutter Natur durch den profitgierigen Menschen, und den gedankenlosen Konsum von – eigentlich allem, was gut schmeckt und sich gut anfühlt. Es ist kurz vor zwölf.

> Karnevalswagen scheuen sich, echte Skandale anzuprangern

Das jedenfalls verkündet vor allem der Weltklimarat der UN (IPCC) unter seinem jetzigen Chef, dem gebürtigen Inder Rajendra Kumar Pachauri. Vor einigen Monaten geriet der Weltklimarat allerdings böse in die Schlagzeilen. Ein führender Forscher der englischen Climate Research Unit (CRU), die dem IPCC zuarbeitet und an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hatte einen amerikanischen Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, aus denen hervorging, dass die Erdtemperaturen, im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen des IPCC, sich nicht erhöht hatten, sondern es in der Welt seit 110 Jahren immer kälter geworden ist. Diesen Skandal konnte Pachauri – unter Hinweis auf die letzten hundert Jahre Klimamessungen – gerade noch relativieren. Vor 110 Jahren, als die Klimamessungen begannen, war es – geringfügig – kälter. In den Jahrhunderten davor war es oft sehr viel wärmer. Aber die Kritik am Weltklimarat wurde nicht leiser.

Dass 40 Prozent der Regenwälder am Amazonas durch die Erderwärmung irreparabel geschädigt würden, erwies sich schon vor einem Jahr als Lügenmärchen aus der Feder des indischen Münchhausen. Inzwischen flog, nachdem einmal der Anfang gemacht war, die nächste Klimalüge von Pachauri auf, die Mär von den Gletschern am Himalaja, die das angeblich steigende Klima sogar in 8000 Metern Höhe zum Abschmelzen bringen würde. Diese absurde Behauptung erwies sich als wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und wurde trotzdem weiterhin vertreten, bis sie nicht mehr zu halten war.

Pachauris Aufstieg zum Welt-Gutmenschen und Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen ist erst einige Jahre her und war von der Öffentlichkeit zunächst nicht weiter beachtet worden. 2002 wurde er, angeblich auf Druck der USA, zum Vorsitzenden des Klimarats IPCC gewählt, der damals noch für kaum jemanden ein Begriff war. Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem 4. IPCC-Bericht im Frühjahr 2007, der erstmals einen menschlichen Einfluss auf das Weltklima für wahrscheinlich (mehr war auch damals nicht vertretbar) erklärte. Wenige Monate darauf erfolgte die Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC. Das Prestige und der Einfluss des gelernten Eisenbahningenieurs, Bankberaters und Leiters einer von der BP Indien finanzierten Öko-Firma Pachauri wuchsen ins schier Unermessliche. Bis alles platzte.

> Baron Münchhausen als Vorbild für Rajendra Kumar Pachauri

Inzwischen flogen, nachdem einmal der Anfang gemacht war, weitere Klimalügen auf, vor allen Dingen die Behauptung von drohenden Dürre- und Erntekatastrophen in Afrika. Bis zum Jahre 2020, so prophezeite der von Pachauri mitverfasste Report aller Arbeitsgruppen des IPCC, seien in Afrika voraussichtlich – mal eben über den Daumen gepeilt – zwischen 75 und 250 Millionen Menschen von Hungertod bedroht. Die angesehene „Sunday Times" brachte ans Tageslicht, dass es sich um eine Untersuchung des marokkanischen Unternehmens „EcoSecurities" handelte, das natürlich auch ein finanzielles Interesse an solchen Horrormeldungen hat. Letzte Woche kam nun heraus, dass auch die Voraussage des Weltklimaberichts, die Hälfte der Niederlande seien durch die Erderwärmung von Überflutung bedroht, reine Spekulation war. Das Haager Umweltministerium hat mittelweile schriftlich gegen die falschen Angaben des Weltklimarats protestiert.

Immer, wenn solche Fälschungen und Fehlmeldungen auftauchen, sprechen ihre Produzenten von „grauer Literatur". Was ist das, graue Literatur? Wir kannten bisher den grauen Star, den schwarzen Markt und rote Zahlen – aber die graue Literatur in der Wissenschaft ist, um es kurz und ein bisschen einfach zu sagen, eine Untersuchung, für die es keine Beweise, sondern nur Phantasie-Modelle gibt. Alle Angst-Szenarien des IPCC werden als unumstößliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgegeben. Woran sollen wir uns noch halten, wenn niemand in der Welt den düsteren Untergangsprognosen mehr glaubt, für die die Befürworter des Klimaschutzes und vor allem ihre Nutznießer-Firmen die Hand aufhalten?

Nur ganz radikale Gutmenschen und Umweltfreaks bei den Grünen glauben noch an einen totalen Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien. Sie – und einige Tagträumer in der CDU – reden heute schon von einer Welt ohne Kohle, Öl und Atomstrom. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich gestern den Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Radio davon reden hörte, dass es in 40 Jahren (Röttgen ist 44) nur noch „saubere Energie" in Deutschland geben werde, und er daher auch den Ausstieg aus der Atomenergie noch beschleunigen wolle. Das sagt der Mann drei Monate vor der entscheidenden Wahl in NRW. Die CDU-Minister von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg protestieren gegen Röttgen. Wir aber fragen uns: Ist der Mann noch in der richtigen Partei – oder bewirbt er sich jetzt schon um einen Posten beim Weltklimarat?

In Kürze erscheint Röhls Buch „Verbotene Trauer", Universitas Verlag, wieder.

Architekten schufen Gesamtkunstwerke

Alte Pinakothek rückt mit einer Ausstellung kostbare Rahmen in den Blickpunkt

Das „Drumherum“ wird meist nicht beachtet. Doch ist das eine ohne das andere kaum denkbar. In der Alten Pinakothek zu München ist eine Ausstellung ausschließlich den Rahmen gewidmet, die kostbare Bilder umfassen.

Der spanische Philosoph José Ortega y Gasset (1883–1955) hat sich in seinem „Buch über die Liebe“ auch Gedanken über Bilderrahmen gemacht. Er schrieb: „Bilder leben eingehegt von ihren Rahmen. Diese Verbindung von Rahmen und Bild ist nicht zufällig. Eines bedarf des anderen. Ein Bild ohne Rahmen sieht aus wie ein geplünderter nackter Mensch. Sein Inhalt läuft an den vier Seiten der Leinwand über und verflüchtigt sich in der Luft. Umgekehrt verlangt der Rahmen ein Bild zu seiner Erfüllung.“

So wichtig der Rahmen auch ist, der Besucher einer Ausstellung, wird kaum auf ihn achten, sondern sich eher an die Bilder erinnern. Ortega y Gasset: „Gehe ein jeder seine Erinnerungen an die Gemälde durch, die er am besten kennt; er wird rasch bemerken, dass er sich nicht auf die Rahmen besinnen kann, von denen sie eingefasst sind. Einen Rahmen sehen wir nur, wenn wir ihn in der Werkstatt des Schreiners sehen, das heißt, wenn er seiner Funktion entzogen, wenn er zur Disposition gestellt ist.“ In München steht derzeit der Rahmen im Mittelpunkt einer Ausstellung der Alten Pinakothek, in der Rahmenkunst und Rahmengeschichte aus vier Jahrhunderten gezeigt werden. Dazu wurden etwa 4000 Rahmen und Bilder im Gemäldedepot gesichtet. 92 Rahmen wurden schließlich ausgewählt und können eingehend betrachtet werden. Entwürfe von verschiedenen Künstlern, die nachweislich für die Kurfürsten von Bayern und der Pfalz sowie für verschiedene bayerische Kirchenfürsten gearbeitet und Rahmen entworfen haben, werden in der Ausstellung gezeigt und mit den erhaltenen Rahmen konfrontiert.

> »Ein Bild ohne Rahmen sieht aus wie ein nackter Mensch«

„Der Bogen spannt sich vom Kapselrahmen des 16. Jahrhunderts bis zu den Rahmen des Klassizismus und Empire. Vom Prunkrahmen bis zum Miniaturrahmen zeigt diese Präsentation sämtliche Gattungen der Rahmenkunst: Besonders hervorzuheben sind dabei der holländische Kabinett- und Lutmarahmen (benannt nach dem holländischen Silberschmied Jan Lutma der Ältere) sowie Rahmen mit Intarsien und die Trophäenrahmen des Rokoko“, so die Kuratorin Helge Siefert. „Darüber hinaus bietet die Ausstellung einen Überblick über die Geschichte der Rahmen in den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, die durch die verschiedenen Provenienzen von hohem Interesse und von unglaublicher Vielfalt sind.“ Schon früher beschäftigte man sich mit den Rahmen der kostbaren Bilder. „So ließ Kurfürst Maximilian I. die Werke, die er in der Kammergalerie ausstellen wollte, mit einer neuen, schlichten, sparsam verzierten Leiste mit filigranen Ornamenten versehen. Er entschied sich bewusst für eine unaufdringliche Art der Rahmung, um den Gesamteindruck nicht zu mindern“, erläutert Klaus Schrenk, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen im Vorwort zum Katalog der Ausstellung. „Kurfürst Max Emanuel von Bayern hatte sich dagegen durch die langen Jahre als Statthalter in Brüssel mit den großen flämischen Sammlungen auseinandergesetzt. Er lernte im Exil in St. Cloud die großen Gemäldesammlungen des Herzogs Philipp von Orléans und die des Königs Ludwig XIV. von Frankreich schätzen. Man achtete auf sorgfältige Rahmungen, die dem jeweiligen Ambiente angepasst und häufig auch zumindest durch die königliche Lilie gekennzeichnet waren. Diese Tradition hat er zwar nicht aufgenommen, dennoch aber französische Prunkrahmen aus dem Exil mitgebracht. Das handwerkliche Können der Hoflieferanten scheint ihn so beeindruckt zu haben, dass er viele Mitarbeiter zur Ausbildung nach Paris schickte, um schließlich eine Hofwerkstatt zu gründen.“

Auch in Preußen war man um eine gefällige Rahmung der in den Museen ausgestellten Kunstwerke bemüht. Ein herausragendes Beispiel ist das Alte Museum in Berlin, 1825 bis 1828 von Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) im Stil des Klassizismus errichtet. Das denkmalgeschützte Bauwerk gehört zu den bedeutendsten des Klassizismus und gilt als ein Höhepunkt im Schaffen Schinkels. Es ist Teil des Gebäudeensembles auf der Museumsinsel, das 1999 von der Unesco in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde. Als es am 3. August 1830 eröffnet wurde, waren dort antike Kunst sowie Malerei vom 14. bis zum 18. Jahrhundert zu sehen. 346 Gemälde stammten aus den preußischen Königsschlössern, etwa 850 Werke waren in den Jahren vor der Eröffnung angekauft worden. Ein Großteil dieser Gemälde war aus den unterschiedlichsten Gründen rahmenlos. Da Schinkel aber nicht nur für den Außenbau zuständig war, sondern auch für den Innenausbau und alle Details, war er aufgerufen, den Bildern einen Rahmen zu geben. Rund 600 Bilderrahmen nach seinem Entwurf entstanden in den Jahren 1827 bis 1830. Einfühlsam ging er auf Entstehungszeit und Sujet der Gemälde ein, das zeigen einige besondere Rahmen, geschaffen für bedeutende Gemälde, wie Giovanni Bellinis „Christus mit trauernden Engeln“ oder Raffaels „Madonna Colonna“ und seine „Madonna Solly“.



Bild: Bayerische Staatsgemäldesammlunge/ Alte Pinakothek

Prunkrahmen aus Eiche: Das Schnitzwerk entstand 1755 und wird dem Baumeister, Bildhauer und Stukkateur Francois de Cuvilliés zugeschrieben. Das Bildnis zeigt Markgraf Karl Wilhelm Friedrich von Brandenburg-Ansbach 1726 als 13-Jährigen.

In München war man in der selben Zeit dabei, Kunstwerke aus königlichem Besitz dem Volk zu präsentieren. Ludwig I. systematisierte nicht nur die Sammlungstätigkeit, sondern fühlte sich aus dem Ideal der Volksbildung heraus verpflichtet, die Kunstschätze für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So beauftragte er den Architekten Leo von Klenze (1784–1864) mit dem Bau eines Museumsgebäudes am nördlichen Stadtrand Münchens. Der Grundstein wurde am 7. April 1826 gelegt, im Herbst 1836 war das Museum fertiggestellt. „Für die Eröffnung der Alten Pinakothek griff Leo von Klenze wohl aus Kostengründen auf die Rahmen der Hofgartengalerie zurück und ließ lediglich in der äußeren Kehle Ornamente aus Gips-Kreide-Masse anbringen“, erläutert Klaus Schrenk. „Erst unter Galeriedirektor Hugo von Tschudi begann man Anfang des 20. Jahrhunderts originale Rahmen für die italienischen Werke zu erwerben. Diese Tendenz, den Gemälden zeitgleiche Rahmen zu geben, ist bis heute verbindlich.“ *Silke Osman*

> Originale Rahmen für Kunstwerke sind bis heute verbindlich

Die Ausstellung Rahmenkunst in der Alten Pinakothek, Barer Straße 27, München, ist bis zum 18. April dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, dienstags bis 20 Uhr geöffnet.

IN KÜRZE

»Brücke«-Kunst im Norden

In einem Gemeinschaftsprojekt zeigen die drei großen norddeutschen Kunstmuseen unter dem Titel „Expressionismus zwischen den Meeren: Die Brücke in Schleswig-Holstein“ den bedeutenden Einfluss, den Schleswig-Holstein auf die Entwicklung des deutschen Expressionismus genommen hat. Den Anfang macht das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig (täglich 10 bis 18 Uhr). Gleich zwei Ausstellungen widmet es Erich Heckel, der viele Sommer an der Flensburger Förde verbrachte. Vom 25. April bis 29. August wird unter dem Titel „Aufbruch und Tradition“ eine große Retrospektive mit Gemälden aus allen Schaffensperioden des Malers in der Reithalle präsentiert. Vom 16. Mai bis 29. August folgt unter dem Titel „Erich Heckel – Der stille Expressionist“ eine Ausstellung im Kreuzstall, in der erstmals alle 121 Aquarelle gemeinsam zu sehen sind, die Heckels Witwe 1970 dem Brücke-Museum in Berlin schenkte.

> Erich Heckel in Schloss Gottorf

Vom 13. Juni bis 5. September sind in Lübeck Karl Schmidt-Rottluffs „Ostseebilder“ zu sehen. Im Museum Behnhaus Drägerhaus, Königstraße 9–11, sind Werke ausgestellt, die Schmidt-Rottluff bis in die 1940er Jahre hinein schuf, die Kunsthalle St. Annen, St. Annen-Straße 15, zeigt seine Sierksdorfer Motive der Nachkriegszeit (dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr).

> Expressionismus zwischen den Meeren

Zum Abschluss widmet sich Kiels Kunsthalle, Düsternbrooker Weg 1, vom 19. September bis 10. Januar 2011 Max Pechstein. „Expressionist aus Leidenschaft“ ist der Titel der großen Retrospektive (dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr).

Helga Schnehagen

Künstler vermitteln Abenteuer der Wirklichkeit

Die Kunsthalle Emden widmet Werken des Realismus eine große Überblicksschau

Dem als „Realismus“ etikettierten künstlerischen Blick auf die Wirklichkeit ist erstmals eine große Schau gewidmet. In der Kunsthalle Emden warten 100 Künstler mit 170 Werken vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart auf. Kunsthallendirektor Nils Ohlsen erklärt: „Die Ausstellung zeigt Objektivität als Paradox; die realistische Kunst bewegt sich zwischen der Hoffnung, Wirklichkeit zu verstehen, und dem Zweifel, sie einfangen zu können.“

> Courbet: »Lebendige Kunst zu machen, das ist mein Ziel«

Die Wahrnehmungs- und Hirnforschung hat erwiesen, dass die Wirklichkeit für den Menschen nicht objektiv erkennbar ist. Die sich ihr widmenden Künstler vermitteln uns also nichts anderes als ihre Sicht der Welt. Gustave Courbet hat das in seinem 1855 verfassten Manifest des Realismus so ausgedrückt: „Imstande zu sein, die Sitten, die Vorstellungen, das Gesicht meiner Epoche nach meinem Dafürhalten zu übertragen, nicht nur ein Maler, sondern auch ein Mensch zu sein – mit einem Wort, lebendige Kunst zu machen, das ist mein Ziel.“

Der Franzose, der auf der Pariser Weltausstellung 1855 den Stilbegriff „Realismus“ prägte, ist mit dem Gemälde „Wellen mit drei Segelbooten“ (um 1870) vertreten. Die dunklen Wogen rollen direkt auf den Betrachter zu. Unter schwer lastenden, düster dräuenden Wolken sind in der Ferne drei verschwindend kleine Segelboote auszumachen.

Ins farbenfroh Phantastische entrückt Heiner Altmeppen die Welt. Seine „Norddeutsche Landschaft“ (1980/81) zeigt Wattebäuschen ähnelnde Wolken am strahlend blauen Himmel. Eine weite, flache Graslandschaft mit vielen gelben Blüten erstreckt sich bis zum Horizont, an dem Wohn- und Industriebauten aufsteigen. In dieser eindrucksvoll detailverliebten malerischen Fleißarbeit ist der Mensch nur indirekt gegenwärtig: als Schöpfer dieser Kulturlandschaft. – Die Schau wartet mit weiteren packenden Landschaftsbildern auf bis hin zu Andreas Gurskys am Computer bearbeitetem Großfoto „Dubai World III“ (2008). Adolph von Menzel stellt dem Ausstellungsbesucher „Moltkes Fernglas“ (1871) vor. Akribisch nähert er sich mit Bleistift und Deckfarben seinem Motiv. Das Lederetui ist aus drei verschiedenen Blickwinkeln dargestellt, das Fernglas aus zwei Perspektiven.



Anton von Werner: Kaiser Friedrich als Kronprinz auf dem Hofball 1878 (Öl, 1895). Der „99-Tage-Kaiser“ war bei der Entstehung der Bildes bereits sieben Jahre tot. Bild: Internet

Die Hauptrolle in dieser Ausstellung aber spielt der facettenreiche Blick auf den Menschen. Repräsentativ und würdevoll fällt er in Anton von Werners Gedächtnisbild „Kaiser Friedrich als Kronprinz auf dem Hofball 1878“ (1895) aus. Zu der Festgesellschaft gehören der liberale Politiker und Berliner Oberbürgermeister Max von Forckenberg, Rudolf Virchow, Pathologe und Mitbegründer der Fortschrittspartei, der einst in Königsberg lehrende Physiker Hermann Helmholtz sowie die Maler Ludwig Knaus und Adolph von Menzel. Ein Sinnbild der Einsamkeit ist hingegen Edward Hoppers Gemälde „Hotel Lobby“ (1943). Es zeigt drei Menschen, die sich gemeinsam in einem Raum befinden – und doch allein sind. Andere Menschenbilder wirken richtig erschütternd. Zur Anteilnahme fordert einen das von Fernand Pélez gemalte Armutsbild „Alter Mann, sich auf Stöcken abstützend“ (1892–1908) auf. Aber auch die vergnügliche Augentäuschung ist ein Paradefeld des Realismus. Attraktivstes Beispiel ist John de Andreas Bronzeskulptur „Amber liegend“ (2006). Dank Bemalung wirkt die nackte junge Dame verblüffend lebensecht.

> Hauptrolle spielt der facettenreiche Blick auf den Menschen

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung „Realismus – Das Abenteuer der Wirklichkeit“ ist bis 24. Mai in der Kunsthalle Emden, Hinter dem Rahmen 13, zu sehen. Geöffnet dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr. Anschließend in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München. Katalog (Hirmer Verlag) in der Ausstellung 25 Euro.

John Bull muss den Plumpudding teilen

Auf der Berliner Kongokonferenz setzten die Kontinentaleuropäer ihre Gleichberechtigung im »Herzen Afrikas« durch

Vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 tagte die Berliner Kongokonferenz. Großbritanniens Anspruch auf die noch nicht verteilten Gebiete der Erde wurde dort von der internationalen Staatengemeinschaft zurückgewiesen.

Bis zu seiner Ernüchterung durch die Berliner Kongokonferenz betrachtete John Bull (Großbritanniens Personifikation), wenn auch nicht das gesamte Erdenrund, so doch den Teil, der noch nicht unter den anderen Mächten verteilt war, als seinen Plumpudding – um es mit der Metapher einer zeitgenössischen englischen Karikatur zu sagen. Dieses betraf insbesondere das von den Europäern noch wenig erschlossene Innere Afrikas mit dem zentralafrikanischen Kongobecken.

Reichskanzler Otto von Bismarck war bei allem grundsätzlichen Bemühen um einen Ausgleich mit den Briten nicht bereit, diesen Anspruch anzuerkennen. Er vertrat vielmehr die Ansicht, dass Eigentum auch Staaten verpflichte. Zu diesen Pflichten zählte er die Sorge für Ruhe und Ordnung im Allgemeinen und den Schutz deutscher Unternehmer im Besonderen. Das Deutsche Reich verfügte über keine nennenswerten Kolonien, aber über eine aufstrebende, wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Berlin hatte deshalb ein ureigenes Interesse am Freihandel. Diese Interessenlage deckte sich mit jener der Vereinigten Staaten, und so hatte der deutsche Kanzler in dieser Frage in der aufstrebenden außereuropäischen Großmacht einen wichtigen Verbündeten. Doch auch in der Abwehr von John Bulls Anspruch auf den gesamten „Plumpudding“ hatte der Michel mächtige Verbündete, sogar die ihm sonst eher feindlich gesonnene Marianne.

Einigkeit macht stark und so kam die internationale Staatengemeinschaft überein, Englands Anspruch auf alles herrenlose Gebiet in einer internationalen Konferenz entgegenzutreten, wo insbesondere die Zukunft des „Herzens Afrikas“, des Kongobeckens, verbindlich geregelt werden sollte. Auf entsprechende Anregungen Portugals und Leopolds II. von Belgien, der im Kongogebiet eigene unternehmerische Interessen hatte, reagierte Kaiser Wilhelm I. mit Datum vom 19. Oktober 1884: „Deutschland ist jetzt als Kolonialmacht zu betrachten und damit in der Lage, eine Konferenz in Berlin vorzuschlagen. Man wird unser Land hören auf diesem wichtigen Kongress, der darauf zielt, die Grundlagen der zukünftigen Regierung für diese weiten Gebiete zu legen.“

Zu diesem Kongress traten am 15. November 1884 auf Einladung des Hausherren Gesandte aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Österreich-Ungarn, dem Osmanischen Reich, Portugal, Russland, Spanien, Schweden, der USA und dem Gastgeberland im Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße zusammen. Es wurden kontinuierlich tätige Arbeitsausschüsse eingerichtet, deren Ergebnisse auf regelmäßigen Konferenzsitzungen besprochen werden sollten. Zehnmal trafen sich die Gesandten zu derartigen Konferenzsitzungen. Bismarck nahm nur an der Eröffnungs- und der Abschlusssitzung der Konferenz teil. Trotzdem trägt ihr Ergebnis, die Berliner Kongoakte, vor allem seine Handschrift.



Bild: Archiv

Bismarck stiehlt John Bulls Plumpudding: Zeitgenössische englische Karikatur

So gelang es ihm gegen Englands Interessen eine „effektive Besetzung“ als Voraussetzung für Ansprüche durchzusetzen. Für das Kongobecken wurde der Grundsatz der Handelsfreiheit beschlossen. Abgesehen von dieser Vorgabe wurde den Eigentumsansprüchen des belgischen Königs auf den Kongofreistaat entsprochen, und zwar als Privatperson und nicht als Personifizierung seines Königreiches. Die Überlassung des umstrittenen Gebietes an eine Privatperson, die zudem mit Belgien auch noch einer vergleichsweise kleinen Nation angehörte, war von dem Willen getragen, einen Herrscher beziehungsweise Eigentümer zu finden, der zu schwach war, um das Gebiet wider die Kongoakte gegen die Signatarstaaten protektionistisch abzuschotten.

Für das Nigergebiet hätten Deutschland und Frankreich gerne eine vergleichbare, auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Signatarstaaten fußende Lösung durchgesetzt. Angesichts des britischen Widerstandes gelang hier allerdings nur ein Kompromiss in der Form, dass die dortigen Flüsse für die internationale Schifffahrt freigegeben wurden.

Vollends setzte sich England mit seiner Forderung nach dem Verbot des Sklavenhandels durch. Ähnlich wie heute bei der Forderung der Industriestaaten nach internationalen Mindeststandards bei den Arbeitnehmerrechten oder dem Verbot der Kinderarbeit in weniger entwickelten Staaten ist auch bei dieser damaligen britischen Forderung umstritten, ob die Motivation altruistisch-humanistisch war, oder ob egoistisch weniger industrialisierte Konkurrenz behindert werden sollte.

Schließlich verpflichteten sich die Signatarstaaten im Geiste weißer Solidarität, sich im Kongobecken nicht zu bekriegen und keine farbigen Truppen auf europäischen Kriegsschauplätzen einzusetzen – eine Verpflichtung, welche die Entente im Ersten Weltkrieg zum Leidwesen ihrer deutschen Gegner brechen sollte.

Manuel Ruoff

Deutsche Poleneuphorie

»Vergesst vor lauter Polenliebe nicht eure deutschen Brüder!«

Nach den verheerenden Kriegen Napoleons versuchte Europa beim Wiener Kongress 1815 die Kriegswunden zu heilen, die Völker zu befrieden und dauerhafte Grenzen zu schaffen, ohne Frankreich zu demütigen. Das von Napoleon 1806 aufgelöste Heilige Römische Reich Deutscher Nation erstand nicht wieder, es entstand auch kein deutscher Nationalstaat. Vielmehr kam es zur Gründung des Deutschen Bundes. Obgleich Kriegsverlierer, brauchte Frankreich weder das Elsass noch Lothringen wieder abzutreten.

Dagegen musste Preußen, wenngleich die Hauptstreitmacht in der Koalition gegen Napoleon, alle bei den „polnischen Teilungen“ erworbenen Gebiete wieder abtreten bis auf die Gebiete, die bis 1466 eindeutig zum Deutschordensstaat gehört hatten. Polen wurde als Königreich wiederbegründet, doch dieses wurde der Oberhoheit des russischen Zarenreiches unterstellt. Hiergegen wehrte sich das polnische Volk, in dem, wie auch in den übrigen Ländern, durch Frankreich der Nationalstaatsgedanke entflammt war.

Zu einer ersten großen Demonstration für nationale Souveränität kam es 1832 beim Hambacher Fest auf dem Hambacher Schloss in der Pfalz. Neben der schwarz-rot-goldenen deutschen Fahne wehte die weiß-rote polnische. Die polnischen Freiheitskämpfer wurden mit offenen Armen und Jubel empfangen und fanden jegliche Unterstützung. In Polen hatten sich Kadetten am 29. November 1830 erhoben, am 25. Januar 1831 wurde die Dynastie Romanow abgesetzt, doch am 8. September 1831 wurde der polnische Aufstand vom russischen Feldmarschall Hans Karl von Diebitsch-Sabalkanski niedergeschlagen.

Auch danach ließ in deutschen Landen die Begeisterung für die polnische Freiheitsbewegung nicht nach. Bei der Bundesversammlung am 31. März 1848 in der Frankfurter Paulskirche wurde sogar der Beschluss gefasst, „dass es eine heilige Pflicht des deutschen Volkes sei, mit allen Kräften die Wiederherstellung des Polen-Reiches zu erwirken“. Im Februar 1861 gab es Massendemonstrationen und dann am 22. Januar 1863 einen erneuten Aufstand. Vom preußischen Kujawien aus rückte der zum Diktator auserkorene Ludwik Mieroslawski gegen die Russen vor, wurde aber rasch besiegt. Dennoch gab es bis zum April 1864 immer wieder Kämpfe durch Partisanenverbände. In Deutschland war die Poleneuphorie so groß, dass laute Klagen aus Westpreußen kamen mit der Aufforderung: „Vergesst vor lauter Polenliebe nicht eure deutschen Brüder!“



Bild: Archiv

Hambacher Fest: Neben Schwarz-Rot-Gold auch Weiß-Rot

Was den Polen selbst nicht gelang, das gelang endlich dem kaiserlichen Deutschland. Kurz nach Kriegsbeginn, am 1. August 1914, drangen russische Truppen nach Ostpreußen ein und siegten am 20. des Monats in der Schlacht von Gumbinnen. Verstärkt durch zwei Armeekorps von der Westfront gelang unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg die Wende: zuerst der Sieg bei der Schlacht von Tannenberg und dann der Schlacht an den Masurischen Seen. Ostpreußen war von russischen Truppen befreit! Die 9. Armee wollte dann noch im Herbst und Winter Warschau erobern, scheiterte aber. Erst im Laufe des Jahres 1916 gelang die Befreiung Polens. Die Militärgouverneure des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns proklamierten am 5. November 1916 ein unabhängiges „Königreich Polen“. Dank eines hohen Blutzolls der Mittelmächte war nach gut 100 Jahren Polen wieder ein unabhängiger Staat.

Wolfgang Thüne



Der weltgrößte Obelisk

Vor 125 Jahren wurde das »Washington Monument« eingeweiht

Der weltweit höchste Obelisk steht in Washington in der Mitte der National Mall zwischen dem Kapitol und dem Lincoln Memorial. Der Bau der Superlative war bis zur Fertigstellung des Eiffelturmes 1889 das höchste Bauwerk der Welt und ist heute noch die weltweit größte frei stehende Steinsäule und der höchste Bau der Hauptstadt der USA. Hinsichtlich letzterem gilt Christian Morgensterns gemeinhin ironisch gemeinte Begründung „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“ einmal ernsthaft. Dem entsprechenden Gesetz, dass kein Gebäude der Stadt größer sein darf als dieses Monument, verdankt die Metropole ihre geradezu europäisch anmutende Wolkenkratzerlosigkeit.

555 Fuß (169,3) Meter ist das gerne als Phallussymbol bezeichnete Monument hoch. Und an der Basis ist es 55 Fuß (16,8 Meter) breit – breit genug, um begehbar zu sein. Bald nach dem Eintritt stößt man im Sockel auf eine bemerkenswert naturgetreue Statue des Mannes, dem das Washington Monument gewidmet ist. Ein Aufzug fährt dann in ungefähr einer Minute zur Beobachtungsplattform auf 500 Fuß (150 Meter) Höhe. Er ist bereits der vierte und wurde bei der letzten großen, zehn Millionen US-Dollar teuren Renovierung 1997 bis 2001 eingebaut. Man kann allerdings auch über 893 Treppenstufen die Spitze erklimmen. Den Aufstiegsrekord hält ein 23-jähriger Arbeiter, der 1959 am Einbau des dritten Fahrstuhls beteiligt war, mit elf Minuten.

Der Höhe des Baus, die wegen dessen Spiegelung im „Reflecting Pool“ noch beeindruckender wirkt, ist die Länge des Entstehungszeitraumes angemessen. Zum 100. Geburtstag ihres Staatengründers riefen US-Amerikaner 1832 die Washington National Monument Society mit dem Ziel ins Leben, dem ersten Präsidenten ihres Staates aus Spendenmitteln ein Denkmal zu setzen. Am US-Unabhängigkeitstag des Jahres 1848 wurde der Grund gelegt. Da die Washingtoner Freimaurerloge den Grundstein für das einem Logenbruder gewidmete Denkmal stiftete, fiel die Entscheidung auf ein Freimaurersymbol als Denkmalform, den Obelisken. Einen hierfür ausgeschriebenen Architektenwettbewerb gewann Robert Mills. In seinem ursprünglichen Entwurf war der marmorne Obelisk von einer Säulenhalle mit Statuen von Helden des Unabhängigkeitskrieges umgeben, aber diese Halle fiel der Geldknappheit zum Opfer.

Überhaupt ist die gesamte Entstehungsgeschichte von Geldknappheit geprägt, was auch ihre Länge erklärt. „Dieser halbfertige Obelisk sieht aus wie eine Siegessäule, bei der die Spitze abgebrochen ist“, unkte Mark Twain (1835–1910) nicht ohne Grund. Halbfertig war das Monument in der Tat über Jahrzehnte. Als 1848 mit dem Bau begonnen wurde, waren die nötigen Mittel für die Fertigstellung nämlich noch gar nicht eingetrieben. Voller Gottvertrauen setzte man darauf, dass nach diesem Zeichen sich schon weitere Geldgeber finden würden. Das war auch der Fall, allerdings nicht gerade schnell. Erst nach dem gewonnenen Krieg gegen die Konföderierten Staaten von Amerika (1861–1865) ermöglichte eine vom Kongress zur 100-Jahr-Feier der Unabhängigkeitserklärung 1876 bewilligte Finanzspritze von 200 000 Dollar eine Wiederaufnahme der vor dem Krieg eingestellten Bauarbeiten. Wer genau hinguckt, kann noch heute die zwei Bauphasen an den unterschiedlichen Verblendsteinen des unteren und der zwei oberen Drittel des Marmorobelisken erkennen, auch auf dem Bild oben.



Bild: wikipedia

Washington Monument: Spiegelung im Reflecting Pool

Vor 125 Jahren war der Bau dann endlich fertig. Am 21. Februar 1885 weihte der damalige US-Präsident Chester A. Arthur das Nationaldenkmal ein.

M.R.

Brutale Gewalt schon damals

In der Masurischen Winterschlacht wurde Ostpreußen von der zaristischen Besatzung befreit

Im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg war Deutschland im Ersten kaum Kriegsschauplatz. Eine Ausnahme bildete Ostpreußen, das – wenn auch „nur“ partiell und kurzzeitig – schon damals seine Erfahrung mit russischen Besatzern machte.

Dass Ostpreußen im Ersten Weltkrieg Kriegsschauplatz wurde, war Folge des so genannten Schlieffenplans, der Deutschlands Strategie in diesem Völkerringen bestimmte. Dieser vom Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen (1833–1913) entwickelte Plan ging von einem Zweifrontenkrieg und davon aus, dass Russland wie eine Dampfwalze sei – aufgrund der großen Bevölkerungszahl von unheimlicher Wucht, aber aufgrund des geringen Industrialisierungsgrades und der schwachen Infrastruktur nur langsam in Bewegung zu setzen. Die Deutschen wollten erst unter Aufbietung aller Kräfte die Franzosen im Westen niederringen, um sich dann mit vereinter Kraft den Russen entgegenzuwerfen. Um die nötige Schlagkraft für eine schnelle Niederringung der Franzosen im Westen zur Verfügung zu haben, wollte man sich im Osten auf hinhaltenden Widerstand beschränken und sich notfalls unter Aufgabe Ostpreußens bis ans Westufer der Weichsel zurückziehen. Nach der Niederringung Frankreichs sollte das vorläufig geräumte Gebiet dann mit vereinten Kräften zurückerobert werden.

Allerdings rollte die russische Dampfwalze schneller über die Grenze als erhofft. Der Schlieffenplan stammte aus dem Jahre 1905 und ging von einem durch die Russische Revolution von 1905 und den Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 geschwächten Land aus. Das Zarenreich hatte sich seitdem jedoch erholt und mit finanzieller Unterstützung Frankreichs die Mobilität seiner Armee erhöht. Schneller als erwartet begannen so die Russen mit zwei Armeen das exponiert gen Osten ragende Ostpreußen in die Zange zu nehmen. Vom Süd(west)en griff die Narew-Armee und vom Nord(ost)en die Njemen-Armee an. Gemeinsames Ziel der nach den Flüssen Memel (Njemen) und Narew benannten Armeen war Königsberg, wo man sich zu vereinigen trachtete.

Angesichts dieser Bedrohung äußerte der deutsche Kommandeur vor Ort, Generaloberst Maximilian von Prittwitz und Gaffron, in einem Telefonat mit Generaloberst Helmuth Johannes Ludwig von Moltke sogar Zweifel, die Weichsel halten zu können. Derart viel Vorsicht und Defensivgeist war denn doch dem Chef des Großen Generalstabes zuviel und Prittwitz und Gaffron wurde durch General Paul von Hindenburg ersetzt.

Hindenburg nahm sich die beiden feindlichen Armeen nacheinander einzeln vor, wobei er das Glück hatte, dass die als zweite angegriffene der zuerst attackierten nicht zur Hilfe eilte. In der Schlacht von Tannenberg vernichtete er vom 26. bis 30. August 1914 die Narew-Armee. Danach wandte er sich der Njemen-Armee zu und besiegte diese vom 6. bis 14. September des selben Jahres in der Schlacht an den Masurischen Seen. Im Gegensatz zur Narew- entging jedoch die Njemen-Armee der Vernichtung durch rechtzeitigen Rückzug gen Osten. So hatten die Russen genügend Kapazitäten, einen erneuten Versuch zur Eroberung Ostpreußens zu unternehmen. Dieser wurde jedoch vom 7. bis 22. Februar 1915 in der Winterschlacht in Masuren zurückgeschlagen. Ostpreußen war für diesen Krieg nun endgültig befreit, sieht man von der handstreichartigen Eroberung Memels am 15. März 1915 ab, der bereits wenige Tage später die Rückeroberung durch deutsche Truppen folgte.

> 5500 Tote, 1,5 Milliarden Mark Sachschaden

Die russische Besetzung hatte Tausende von Ostpreußen das Leben gekostet. Schuld daran war nicht zuletzt eine übertriebene Angst der zaristischen Armee vor dem, was man heute als asymmetrischen und damals noch als Partisanenkrieg bezeichnet hat. Überall vermuteten die Russen Partisanen und Spione. In ihren Augen Verdächtige wurden häufig kurzerhand getötet. Etwa 1500 Zivilisten fielen der russischen Besatzung zum Opfer, wobei die Grenzkreise Ortelsburg, Lyck und Pillkallen an der Spitze standen. Und wer nicht getötet wurde, lief Gefahr, verschleppt zu werden. 13 600 Zivilisten wurden (meist nach Sibirien) deportiert. Von denen kehrten über 4000 nicht mehr in die Heimat zurück. Daneben kam es auch damals schon zu Vergewaltigungen durch russische Soldaten, wie überhaupt der Verdacht besteht, dass das Motiv der Partisanenbekämpfung mancherorts nur ein Vorwand für Übergriffe auf Zivilisten und deren Eigentum war.

Der materielle Schaden wird auf eineinhalb Milliarden Mark geschätzt und überstieg in Teilen der Provinz sogar denjenigen des Zweiten Weltkrieges. In 39 Städten und 1900 Ortsschaften waren 40 000 Gebäude vernichtet und 60 000 weitere beschädigt worden. Der Landwirtschaft gingen 135 000 Pferde, 250 000 Rinder und 200 000 Schweine verloren.

Dabei ist zwischen dem ersten und dem zweiten Einfall zu unterscheiden. Der erste kostete mehr Zivilisten das Leben, weil er eine unvorbereitete Bevölkerung (mit einer überforderten Zivilverwaltung) traf, während beim zweiten der von den Russen eroberte östliche Teil der Provinz bereits vorher weitgehend evakuiert worden war. Hingegen war beim zweiten Eroberungsfeldzug der materielle Schaden größer, weil diesmal planmäßig geplündert und verwüstet wurde. Was die zaristische Armee nicht demontieren konnte, zerstörte sie oft, da diesmal die Schädigung der Industrie ausdrückliches Ziel war. Trotz aller menschlichen Opfer und materiellen Schäden waren diese Erfahrungen mit der zaristischen Armee allerdings nur ein schwacher Vorgeschmack auf jene, welche die Ostpreußen genau 30 Jahre später mit der sowjetischen Soldateska machten. *Manuel Ruoff*



Auf dem Rückzug 1915: Russische Soldaten, die zuvor als Eroberer ostpreußischen Boden betreten hatten Bild: ap

Ohne Angst vor dem Gauleiter

Pfalzgraf war einer der Aktivsten in der Bekennenden Kirche – *PAZ*-Serie über ostpreußische Märtyrer (Teil 6)

Wenn von mutigen Männern und tapferen Frauen der Bekennenden Kirche in Ostpreußen einer besonders hervorgehoben werden muss, ist es der promovierte Studienrat Andreas Pfalzgraf. Im Buch „Die Insterburger Jahre“ setzte der Arzt Hans Graf von Lehndorff diesem bekennenden Christen ein besonderes Denkmal. Zwar ist Pfalzgraf wohl kein Märtyrer im engeren Sinn, weil wir nicht wissen, ob er letztlich für den Glauben starb. Doch seine Risikobereitschaft und sein Mut kannten keine Angst vor einem Martyrium.

Ein vollständiger Lebenslauf ist von diesem unerschrockenen Lehrer nicht überliefert. Neben Graf Lehndorff berichtet Hugo Link in seinem Werk „Kirchenkampf in Ostpreußen“ in sporadischen Notizen von Pfalzgraf. Mitten im Krieg riskierte er mehrmals sein Leben, um die christliche Botschaft zu verbreiten. Aufgrund seiner privaten Situation wäre der Studienrat eigentlich zu größter Zurückhaltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime angehalten gewesen. In seinem Hause waren seine behinderte Frau und sechs Kinder zu versorgen. Früh am Morgen, lange vor Beginn seines Schuldienstes, erhob sich daher Pfalzgraf, um zuerst seinen Pflichten im Haushalt nachzukommen. Jede Minute war auf das Genaueste eingeplant, berichtet er. Gründe genug für „Feigheit vor dem Feind“ hätte er also allemal gehabt. Doch seine an den Rollstuhl gefesselte Frau ermutigte ihn immer wieder, keine Kompromisse zu machen, wenn die nationalsozialistischen Herrscher beispielsweise den Religions- und Konfirmandenunterricht zu unterbinden versuchten.

Die Gestapo in Tilsit belegte 1942 Pfalzgraf wegen dieses – vermeintlich widerrechtlich – erteilten Unterrichtes mit einem „Sicherheitsgeld“ von 1000 Reichsmark. Da der Studienrat diese hohe Summe nicht zahlen konnte und wollte, wurde er am 23. Februar 1943 verhaftet. Furchtlos schrieb daraufhin Frau Pfalzgraf dem berüchtigten Gauleiter Erich Koch einen langen Brief und schilderte den Fall. Der Brief der „tapferen Frau“ beeindruckte den Gauleiter derart, dass er – zur Überraschung aller – die Freilassung ihres Mann nach drei Monaten Haft veranlasste. In Abstimmung mit dem zuständigen Superintendenten wurde Pfalzgraf sogar die Aufnahme der kirchlichen Arbeit wieder erlaubt.

> Drei Monate saß der Vater von sechs Kindern in Haft, dann ließ Gauleiter Koch ihn frei

Die Bibelstunde und der Männerkreis in Insterburg entstanden schon in der Gründungszeit der Bekennenden Kirche (BK) im Jahr 1934 nach einem Vortrag von Bischof Kessel. Darauf berief der zuständige Superintendent Federmann eine Versammlung aller interessierten Christen ein. In der Folge trafen sich die Christen der BK jeden Donnerstag zu einem Gottesdienst mit anschließendem Bericht über die Lage der evangelischen Christenheit, die unter den Vereinnahmungsversuchen der regimetreuen „Deutschen Christen“ zu leiden hatten. So schrieb der Insterburger Gemeindekirchenrat in dieser Zeit beispielsweise über Pfalzgraf, dass er die Gemeinde „durch sein Verhalten verwirrt und beunruhigt“.

Nach der Verhaftung des Superintendenten Federmann 1937, dessen Erkrankung und Versetzung in den Ruhestand 1938, wurde eine Neuorganisation der Arbeit der BK notwendig. Dazu berief Federmann im Oktober 1938 rund 100 Männer in der Lutherkirche zusammen und betraute zwölf von ihnen mit besonderen Verantwortungen, darunter auch Pfalzgraf. Im Hause des Kaufmanns Duscheleit wurde eine 14-tägige Bibelstunde abgehalten, ein in dieser Zeit brisanter Vorgang. Schon die Nennung des Namens von inhaftierten Pfarrern wie Martin Niemöller konnte die Verhaftung und einen mehrjährigen Aufenthalt im Konzentrationslager nach sich ziehen.

> Pfalzgrafs vollmächtige Bibelauslegung brachte Hans Graf Lehndorff zur BK

Doch davon ließ sich Pfalzgraf nicht beeindrucken. Nachdem 1938 der Religionsunterricht an Schulen verboten worden war, schrieb er an die Eltern seiner Schüler und bot für die oberen Klassen die freiwillige „Christenlehre“ an. Ab 1940 erteilte er auch Konfirmandenunterricht in Sprindt für die jüngeren Kinder. Nebenbei übte Pfalzgraf eine rege Vortragstätigkeit in Bibelstunden aus. Durch solch einen Vortrag kam auch Graf Lehndorff Ende 1941 mit Pfalzgraf in Berührung. Der Arzt war von dieser ersten Begegnung und der schlichten, vollmächtigen Art der Bibelauslegung dieses theologischen Laien so beeindruckt, dass er hinfort nicht nur die Bibelstunde besuchte, sondern zu den tragenden Personen der BK Ostpreußen wurde.

Ostern 1942, mitten im Krieg, als viele Pfarrstellen Ostpreußens bereits verwaist sind, wird Pfalzgraf vom Bruderrat gefragt, ob er sich zum „Prediger des Evangeliums“ ordinieren lassen würde. Er sagt zu und hält am 31. Mai die übliche Probepredigt in der Löbenichtschen Kirche in Königsberg. Unter größter Geheimhaltung und Tarnung wird er dann in Aulenbach zum Dienst eines Laienpredigers ordiniert. Er wirkt bis zum Kriegsende in verschiedenen Kirchen Ostpreußens, nimmt an Synoden teil und hat über Graf Lehndorff und dessen Vetter, Heinrich Graf Lehndorff-Steinort, wohl auch Kontakt zu den Kreisen um die Verschwörer des 20. Juli. Die Spur dieses mutigen Bekenners und seiner Familie verliert sich mit dem Kriegsende im Dunkeln. *H. E. Bues*

MELDUNGEN

Klöster in der Säkularisation

Ratingen – Ab dem 16. Mai präsentiert das Oberschlesische Landesmuseum die neue Ausstellung „Herrenlos! Schlesische Klöster zwischen Aufhebung und neuer Berufung“. Bis zum 25. September 2010 stehen die religiösen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der Klöster und Stifte im Mittelpunkt. Den Schwerpunkt bildet dabei die Reaktion auf die Herausforderung durch die Säkularisation. Die Verweltlichung beziehungsweise Aufhebung der Klöster veränderte die klösterliche Lebensweise. Pars pro toto liegt ein regionaler Fokus auf den schlesischen Gebieten, die stellvertretend für den gesamten europäischen Raum gesehen werden können. Im preußischen Teil Schlesiens kam es im Jahre 1810 zur Säkularisierung von Kirchen und Klostergütern. Die Region erfuhr gewaltige Umbrüche und Einschnitte. Im Rahmen der Ausstellungsvorbereitung und zur besseren Abstimmung des museumspädagogischen Programms auf unterschiedliche Zielgruppen führt das Museum in seinen Räumlichkeiten am 23. Februar von 15 bis 16.30 Uhr einen sogenannten „Workshop“ durch. Lehrkräfte sowie Multiplikatoren im Bildungsbereich, die hieran teilnehmen möchten, haben bis zum 15. Februar die Möglichkeit, sich anzumelden. Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung wie auch zur Ausstellung sind erhältlich beim Oberschlesischen Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen-Hösel, Telefon (02102) 965-0, Telefax (02102) 965-400, E-Mail: info@oslm.de. *PAZ*

Soziologin des Kinos

Voerde/Hamburg – Ihre 1913 eingereichte Dissertation „Zur Soziologie des Kinos. Die Kinounternehmen und die sozialen Schichten ihrer Besucher“ war die weltweit erste wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Kino. Doch die am 30. Juli 1888 im westfälischen Voerde geborene Emilie Kiep-Altenloh leistete nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Politik Pionierarbeit. 1924 gründete Walther Leisler Kieps Tante mit anderen den Paritätischen Wohlfahrtsverband und zog als frischgebackenes Parteimitglied für die Deutschdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung der vor der NS-Zeit noch nicht zu Hamburg, sondern Preußen gehörenden Stadt Altona ein. Ab 1930 saß sie für ihre linksliberale Partei sogar im Reichstag. Nach einer politischen Zwangspause in der NS-Zeit, die sie – finanziell durch die Heirat mit dem Werftdirektor Johann Nikolaus Kiep abgesichert – unter anderem mit einem Zoologie- und Biologiestudium an der Hamburger Universität füllte, gründete sie nach dem Zweiten Weltkrieg mit anderen die FDP in der Hansestadt, für die sie ab 1949 auch in der Hamburgischen Bürgerschaft saß. Als die Freidemokraten dort vier Jahre später Regierungspartei wurden, wurde sie Senatorin. Während ihrer Amtszeit war sie Präses der Sozial-, der Jugend-, der Gefängnis- sowie der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft. Als die Liberalen 1961 wieder in die Opposition gingen, wechselte sie in den Bundestag, wo sie 1965 ihre politische Karriere beendete. Die Ehrenvorsitzende der Hamburger FDP seit 1972 und Namensgeberin der 1979 gegründeten FDP-nahen Dr.-Kiep-Altenloh-Stiftung verstarb vor 25 Jahren, am 22. Februar 1985, in Hamburg. *M. R.*

Politiker haben Vaterlandsliebe verraten

Zu: „Ohne jeden Stolz“ (Nr. 4)

Die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten war in früheren Zeiten immer und nicht nur für Türken erstrebenswert. Doch diese Staatsbürgerschaft, mit den ihr innewohnenden ehrbaren Wesenszügen, gibt es nicht mehr. Was sich heute BRD nennt, das ist eine vom Aussterben bedrohte Menschenansammlung in der Mitte Europas, deren Siedlungsfläche, bezogen auf 1937, nur noch rund 60 Prozent beträgt. Ohne Mitbestimmung in den nationalen Lebensfragen werden die Bürger, der Souverän, politisch subaltern gehalten.

Das Schicksal der heutigen Generation besteht darin, den von außen indizierten Schuldkomplex für eine unverschuldete, kriegsverbrecherische Vergangenheit bis zur Selbstentwürdigung pflegen zu müssen, mit allen daraus resultierenden politischen und wirtschaftlichen Nachteilen.

Die nationale Selbstverachtung eines Türken müsste schon beträchtlich sein, wenn er eine solche „deutsche Staatsbürgerschaft“ einiger Vorteile willen vorzieht.

Nein, nicht „die Deutschen“ haben die Begriffe Identität, Heimat und Vaterlandsliebe verraten und von der Staatbürgerschaft abgekoppelt, sondern die „politisch korrekt“ funktionierenden Politiker, und die sind damit noch nicht fertig.

Dieter Bock, Burgstall

Kulturleben entstand früh

Zu: „Auf der Tour de Ruhr“ (Nr. 4)

Als Kind des Ruhrgebiets, geboren 1944 in Oberhausen, der „Wiege der Ruhrindustrie“, habe ich viele Wandlungen dieser Region miterlebt. Schmerzhaft war der Niedergang der Schwerindustrie und des Steinkohlebergbaus bereits ab 1957, besonders die damit einhergehende Arbeits- und Perspektivlosigkeit der Menschen dort, denen man das Schlimmste angetan hat, indem man ihnen die Arbeit genommen hat. Ein lebendiges kulturelles Milieu gab es schon immer in dieser Region, wenn auch nicht in so geballter Form wie heute. Hilmar Hoffmann gründete bereits 1954 die „Internationalen Westdeutschen Kurzfilmtage Oberhausen“, der Film-, Theater- und Opernregisseur Christof Schlingensief wurde in Oberhausen geboren, und aus der Kleinkunstszene des Ruhrgebiets entstanden viele bis heute bekannte Künstler und Komödianten. Eine „Kulturhauptstadt Ruhr 2010“, wie im Artikel von Uta Buhr zu lesen ist, kenne ich allerdings nicht. Vielmehr hat die Stadt Essen den Zuschlag für die „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ bekommen. Berichtigen möchte ich weiterhin, dass es keine Waschklauen sind, in denen sich die Bergleute umzogen, sondern sogenannte Waschkauen. Aber vielleicht hat sich da ja auch nur der Druckfehlerteufel eingeschlichen.

Ursula Thielemann, Hamburg

Achtung, unseriös!

Zu: „Etwas läuft schief bei Hartz IV“ (Nr. 4)

In dem Artikel werden folgende Zahlen genannt: Ein Handwerker kommt netto auf 1829 Euro, ein Hartz-IV-Empfänger mit drei Kindern auf 2000 Euro. Unterschlagen werden hierbei zirka 600 Euro Kindergeld des Handwerkers (Beispiele müssen vergleichbar sein). Oder er ist kinderlos und hat die 1829 für sich.

Weiter wird eine Hartz-IV-beziehende Frau aus „Stern-TV“ kommentarlos zitiert (üblich ist hier ein Honorar = möglicherweise gekaufte Aussage). Das ist Berichterstattung auf Stammtischniveau. Dahin sollte die *PAZ* nicht abgleiten.

Christoph Herrmann, Zäckwar

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Die neu gebaute Centrum-Moschee ist das größte muslimische Gebetshaus in Norddeutschland: Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU, 2. v. l.) bei der Eröffnung der Moschee im schleswig-holsteinischen Rendsburg Bild: pa

Moslems sind viel selbstbewusster

Zu: „Religionsfreiheit gilt nur auf dem Papier“ (Nr. 2)

Moscheen, islamische Institute, Schlachthöfe, Friedhofsanteile und Schwimmbäder für Muslime werden hier mit Genehmigung gebaut. Wie viele Kirchen gibt es – genauso selbstverständlich – in islamischen Ländern?

Moslems versuchen so oder so das Abendland in den Griff zu bekommen. Politiker (einschließlich CSU und CDU), Kirchen, Medien – merken sie nichts? Wann wachen sie aus ihrer Gleichgültigkeit auf? Das Schweigen zu Christenverfolgungen, Verboten von Kirchen – wie soll man das deuten? Islamisten treten selbstbewusst auf. Deutsche und Europäer verteidigen das Abendland nicht sicher. Moslems wissen das. Woran liegt das? Ist das eine weitere Folge des Zweiten Weltkrieges, der über 60 Jahre zurück-liegt? Die Türkei zum Beispiel war auch in diesen Krieg verwickelt. Die Türken sind trotzdem selbstsicher, gerade was ihren Glauben und ihr Land angeht. Wir sollten uns nicht verstecken hinter Phrasen (Multikulti). Wir sollten das vertreten, was zu uns gehört: christlicher Glaube, unsere Länder, unsere Kulturen.

Dr. M. Wriede, Hamburg

Die *PAZ* ist eine Bereicherung

Zu: „Willkommen bei der *PAZ*“ (Nr. 4)

Recht herzlichen Dank für das Probeabonnement der *PAZ*. Mein Eindruck ist, dass sich Ihre Zeitung mit ihrem Namen kleiner macht, als sie ist. Anders als der flüchtige Betrachter meinen könnte, greift sie thematisch weit über die Region des ehemaligen deutschen Ostens hinaus und ist zudem alles andere als rückwärtsgewandt. Ihre Zeitung ist eine Bereicherung für unsere Presselandschaft.

Dr. Gerhard Großkurth, Ulm

Steinmeier sympathischer

Zu: „Entscheidung in Tagen?“ (Nr. 5)

Die Äußerungen von Herrn Westerwelle zur Position Frau Steinbach haben mich derart empört, dass ich an die Bundeskanzlerin wie folgt geschrieben habe:

„Als Vertriebene bin ich tief empört, wie man mit Frau Steinbach umgeht. In einer Demokratie ist vieles möglich, aber mit den eigenen Landsleuten so umzugehen, finde ich unmöglich.

Herr Westerwelle hat dies alles losgetreten. Ich kann ihn überhaupt nicht akzeptieren, da war mir sein Vorgänger noch sympathischer. Herr Westerwelle sollte sich schnell zurückziehen. Er hat den Zorn vieler Vertriebener auf sich geladen.

Frau Steinbach ist die einzige Person, die die Vertriebenen überhaupt noch vertritt. Wir haben sonst keinen Fürsprecher mehr in der Bundesregierung für unsere Belange. Ja, soweit sind wir gekommen. Müssen die Polen uns vorschreiben, wer Präsident in der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird, oder kann das deutsche Volk das auch selbst entscheiden ohne ausländischen Rat 65 Jahre nach Kriegsende?

Mich beschäftigt das Ganze umso mehr, da ich erst im Oktober 1948 aus russischer Gefangenschaft gekommen bin. In der DDR war es sehr schwer, Fuß zu fassen. Alles, was ich habe, habe ich mir durch meine Arbeit selbst geschaffen, ohne jegliche Unterstützung. War nie verzagt, aber die jetzige Situation ärgert mich so sehr, weil ich a) kein Unrecht leiden kann b) klein beigeben nicht mein Fall ist.

Gerade die Polen sollten mit ihren Forderungen vorsichtig sein. Auch sie haben große Schuld auf sich geladen. Ich kenne Menschen, die den Blutsonntag in Bromberg miterlebt haben, a persönlich erleiden mussten. Und das war noch zu Beginn des Krieges. Ja, so war es.“

Charlotte Gassert, Boizenburg

Von Westerwelle auf ganzer Linie enttäuscht

Zu „Blockade gegen das Recht“ (Nr. 3)

Das politische Gerangel um die Gedenkstätte über die völkerrechtswidrige Vertreibung der Ostdeutschen wird zunehmend unerträglicher. Deutschland hat den Opfern der Nazis zu Recht zahllose Gedenkstätten und Denkmale gewidmet sowie enorme Entschädigungssummen gezahlt. Kein anderes Land (Russland, Polen, Tschechien) hat die aus Rache verübten, ebenso völkerrechtswidrigen Handlungen an Millionen schutz- und schuldlosen Deutschen zu Ende des Krieges 1945 auch nur hauchweise offiziell bedauert.

Die Hauptlast des verlorenen Krieges in unserem Land haben die Ostvertriebenen durch Verlust der Heimat, Enteignung, Vergewaltigung und Ermordung getragen. Diesem Faktum und den vielen Opfern ein angemessenes Gedenken zu widmen, sollte daher Anliegen eines jeden Deutschen sein.

Was erleben wir stattdessen bei unseren Parteien? Die Linken sind traditionell dagegen. Die Grünen als grundsätzlich „antideutsche und antinationale“ Partei natürlich auch. Bei der SPD findet sich nach dem Tode von Glotz auch kaum mehr ein Fürsprecher der Vertriebenen. In der CDU regen sich zwar noch einige Stimmen, aber die Vorsitzende hält sich wieder einmal bedeckt, wie die Maus unter der Kohlenschaufel. Nur die CSU steht eindeutig hinter den Vertriebenen.

Von den Linken, den Grünen und dem beherrschenden Team der SPD war kaum anderes zu erwarten. Mitgefühl für das Schicksal der Vertriebenen und Enteigneten ist und war nie ihre Sache. Enttäuschend ist jedoch die Stellungnahme der FDP und ihres Vorsitzenden und Außenministers Westerwelle. Letzterer gab bei seinem ersten Auslandsbesuch freiwillig innerdeutsche Positionen auf und fiel seiner deutschen Bundestagskollegin Erika Steinbach munter in den Rücken. Unter diesem Außenminister wird man das Gefühl nicht los, dass unser angeblich souveränes Land zur Bananenrepublik verkommt.

Die charakterlich geradlinige, absolut integere und versöhnliche Präsidentin des Vertriebenenverbandes hat trotz eindeutigen Rechtsanspruches vorbildlich bewiesen, dass ihr die Sache – Vertriebenengedenkstätte – wichtiger ist als die Beteiligung ihrer Person. Von solchen Vorbildern könnte sich unser vollmundiger Außenminister – und manch anderer deutscher Politiker, sofern er überhaupt noch deutsch empfindet – eine Scheibe abschneiden.

Vor der letzten Bundestagswahl haben meine Freunde, Bekannten und ich erwogen, unsere Zweitstimme der FDP zu geben, was viele auch getan haben. Aber diese „Westerwelle“ ist bereits nach dessen kurzer Amtszeit restlos verflogen.

Dr. Richard Schute, Gersfeld

Deutungshoheit

Zu: Wochenrückblick

Herrn Heckels mit erfrischend bissigem Sarkasmus gewürzte und geschichtlich unterlegte Satiren zum Zeitverständnis lese ich mit Vergnügen. Diesem Beifall sollte nicht abträglich sein, wenn ich das auf Seite 24 stehende, verlogene Unwort „Migrationshintergrund“ – hier „Migranten“ – bedauere. Es handelt sich dabei nicht um Migration, sondern ausschließlich um Immigration, und der „Hintergrund“ soll den tatsächlichen Sachverhalt vernebeln. Nachdem sich die Konservativen die Deutungshoheit über Begriffe – sie wirken unterschwellig meinungsbildend – abringen ließen, sollte wenigstens in einer konservativen Zeitung – so ist die *PAZ* wohl zu werten – alles unterbleiben, was die linken Kampfbegriffe verfestigt.

Ich bin wohl Menschen mit Nostalgiehintergrund zuzurechnen.

Dr.-Ing. H.-J. Kucharski M. A., Mülheim

Sieg bei Tannenberg beruht auf Verrat

Zu: „Warum diese Ablehnung“ (Nr. 4)

Der Autor versimpelt – um nicht zu sagen verfälscht – die Vorgeschichte der Schlacht. Zur Klarstellung einige Sätze des Historikers und Professors für Geschichte Erich Maschke (1935): „Der Orden konnte nicht außenpolitisch auf seine ursprüngliche Idee verzichten, die auch die Idee seines Staates war. Voraussetzung für beide war die Aufgabe des Kampfes mit den Heiden. Er brauchte diese geradezu als Gegner in seiner Nachbarschaft, um die pflichtgemäß bekämpfen zu können. Er durfte es unter keinen Umständen dulden, dass ihnen das Christentum von anderer Seite gebracht wurde. Daher wiesen die Brüder immer wieder – der Sache nach ganz zu Recht – auf die Unwahrhaftigkeit der Christianisierung Litauens seit der Union (1401) mit Polen hin und sahen in dieser Union nicht nur eine außenpolitische Gefahr, sondern einen Schlag gegen die Existenz des Ordensstaates, dem mit dem Entfall der Kampfaufgabe auch die Notwendigkeit seines Vorhandenseins abgesprochen war ... Kein Staat lebt ohne Sinn und Aufgabe; auch die Ordensbrüder wollten ihrem Staate das Leben erhalten, indem sie ihm Idee und Aufgabe bewahrten ... Seit der litauisch-polnischen Union war ein Angriff auf Litauen, das für den Orden noch immer Heidenland war, auch ein Angriff auf Polen. So sah der Hochmeister Ulrich von Jungingen, wenn er die Klammer dieser feindlichen Verbindung lösen wollte, ehe sie dem Orden den Atem nahm, keine andere Möglichkeit als den Krieg. Er begann ihm im August 1409; doch ein Waffenstillstand verzögerte zu bald die Entscheidung ... Als sich das Ende des Waffenstillstandes am 24. Juni 1410 näherte, rüsteten beide Parteien fieberhaft zum Kampf.“

Der Gegenseite den Vorwurf des „Überfalles“ zu machen, diesen gar, als man ein „Völkerrecht“ nicht einmal vom Begriffe her kannte, als „völkerrechtswidrigen Akt“ hinzustellen ist also gänzlich verfehlt.

Die den Litauer Jagiello als Sieger feiernden Polen hingegen sollten nicht vergessen, dass dessen und „ihr“ Sieg zuletzt auch einem Verrat zu verdanken ist, nämlich der Desertion der Kulmer Landritter und anderer Fähnlein in der entscheidenden Phase des Kampfes, angestiftet durch Nikolaus von Renys, Mitglied und Mitgründer des gegen die Ordensschaft gerichteten „Eidechsenbundes“.

Holger Bremhorst, Remscheid

Steuerdatei: Erosion des Rechtsstaats

Zu: „Die Datei“ (Nr. 5)

Nach herkömmlicher Rechtslage und Rechtsprechung ist Hehlerei strafbar. Der Hehlerei macht sich schuldig, wer seines Vorteils wegen Sachen, von denen er weiß, dass sie unmittelbar durch eine mit Strafe bedrohte vermögensschädigende Handlung erlangt sind, verheimlicht, ankauft, sonstwie im Einvernehmen mit dem Vorbesitzer an sich bringt oder zu deren Absatz bei anderen mitwirkt (Sachhehlerei, §259 StGB). Die Hehlerei wird mit Gefängnis bestraft. Die gewerbs- oder gewohnheitsmäßige Hehlerei wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren geahndet (so Brockhaus 1969). Wenn sich auch die Bestimmungen über das Strafmaß geändert haben, so ist doch der Grundsatz dieser Bestimmung noch heute gültig. Als Bürger bin ich entsetzt über die Erosion des Rechtsstaats!

Wohlgemerkt: Die schwarz-rote Regierung kaufte von einem Dieb Diebesgut für vier Millionen Euro und gab ihm, in Kenntnis seines Diebstahls, eine neue Identität. Sie verhindert damit auch die Vollstreckung eines internationalen Haftbefehls. Beides sind klare Rechtsbrüche. Die schwarz-rote Regierung forderte weiterhin die Bürger auf, der Steuerhinterziehung verdächtige Personen den Behörden – eventuell anonym – zu melden. Solche Personen nannte man schamhaft „Tippgeber“; früher hätte man sie Denunzianten genannt. Es kam, wie es kommen musste: Jeder denkende Mensch konnte vorhersehen, dass das Millionengeschäft Schule machen würde: Warum soll der zweite, dritte und vierte Datendieb (heute spricht man seriös von Datenhändler) schlechter als der erste gestellt werden? Dann wurden auf der Scheibe enthaltene Angaben von Ausländern deren Staaten angeboten; es sollte das Diebesgut noch weiter verhökert werden. Dänemark sagte offen, man befasse sich nicht mit Hehlerware; andere Länder waren interessiert, aber nur bei kostenloser Lieferung. Wenn es nun heißt, die Rechtsprechung spreche dafür, „dass der Staat rechtswidrig erlangte Bankkundendaten kaufen können, ohne sich schuldig zu machen“, zeigt das, wie weit wir uns schon von überkommenen Rechtsgrundsätzen entfernt haben.

Und die aufgeheizte Stimmung im Volk erinnert fatal an Schlagworte wie „Verstoß gegen das gesunde Volksempfinden“ und „Volksschädling“. Wer hätte gedacht, dass das rechtsstaatliche Empfinden einmal so ausgehöhlt würde?

Dr. Reinhard Kockläuner, Hofheim im Taunus

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 20. Februar 2010

Boos spricht eher Jüngere an

Im Herbst werden in Russland viele soziologische Umfragen durchgeführt. Im vergangenen Jahr hat sich im Königsberger Gebiet vieles ereignet, so dass die Bevölkerung genügend Gelegenheit hatte, die Arbeit der Regierung zu bewerten. Darüber hinaus ist der Gouverneur Georgij Boos im Oktober vier Jahre im Amt. Ein Königsberger Umfrageinstitut mit guten Beziehungen zur Gebietsregierung befragte tausende Menschen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bewertungen sehr auseinander gehen. Der Durchschnittsbürger steht dem Lobbyismus der Moskauer Interessen im Königsberger Gebiet und der Niederlassung von Moskauer Geschäften ablehnend gegenüber. Deshalb galt eine Frage diesem Problem. 37 Prozent der Befragten antworteten, dass Gouverneur Boos

47 Prozent der Rentner wollen Wechsel

der Region mehr schade als nutze. Dagegen meinten 32 Prozent, dass die Moskauer Herkunft des Gebietsoberhaupts einige Vorteile bringe. Sechs Prozent sagten, dass die Herkunft „ausschließlich nützlich“ sei. Fast ein Drittel der Befragten konnte auf diese Frage keine Antwort geben. 37 Prozent meinen auch, dass die Region eine neue Leitung benötige. Wiederum 36 Prozent sagten, dass der derzeitige Gouverneur unbedingt im Amt bleiben müsse. Auf die Frage einer zweiten Amtszeit des Gouverneurs antworteten 27 Prozent der Teilnehmer unentschieden. Für einen Wechsel an der Spitze sprachen sich 47 Prozent der Rentner aus. Jüngere Befragte waren eher zurückhaltend oder reagierten zustimmend auf die Möglichkeit, dass der derzeitige Gouverneur für eine weitere Amtszeit die Geschicke der Region lenkt. *J. T.*

Harter Winter kostet Menschenleben

Die Verwaltung im Königsberger Gebiet zeigt sich Schnee und Frost kaum gewachsen

Wie in ganz Europa blieb auch das Königsberger Gebiet nicht verschont von dem härtesten Winter seit Langem. Auf ungewöhnlich starken Frost bis minus 25 Grad Mitte Januar folgte bald reichlich Schnee.



Notlösung: Mit schwerem Gerät wurde der Schnee abtransportiert. Bild: Tschernyschew

Die städtischen Räumdienste sahen sich vor eine harte Herausforderung gestellt, um die Straßen der Stadt und die Hauptverbindungen in die Region einigermaßen von Schnee und Eis freizuhalten. Die Meteorologen hatten zwar rechtzeitig vor einem Schneesturm gewarnt und die städtischen Räumdienste schienen gut vorbereitet zu sein. Doch schon nach wenigen Tagen geriet die Situation außer Kontrolle. Für das Räumen der Straßen benötigte man angesichts der Schneemengen Spezialausrüstung und die Hausmeister konnten mit Besen und Schaufeln nichts mehr ausrichten.

Die Königsberger Hauptstraßen sind wieder einigermaßen frei, aber auf den Nebenstraßen oder Plätzen zeigt sich ein völlig anderes Bild, dort ist es für Autofahrer und Fußgänger gefährlich. Die Bewohner griffen zur Eigeninitiative und schaufelten sich selbst Zugänge zu ihren Häuser frei, hier und da kam auch jemand auf die Idee, Sand zu streuen. Doch im Allgemeinen fühlt sich niemand für das Räumen der Hauszufahrten und -gänge zuständig und die Bewohner werden erst dann selbst aktiv, wenn es sich nicht vermeiden lässt. Zum Beispiel am Wochenende, wenn die beauftragten privaten Räumdienste nicht ausrücken.

Dabei ist der Winterdienst auf dem Papier in Königsberg sogar besser geregelt als in vielen anderen Städten. Es gibt eine Verordnung über „Regeln zur Erhaltung der Gesundheit und öffentlicher Einrichtungen im Stadtkreis Königsberg“, in der es einen Abschnitt gibt über die Schneeräumpflicht auf Straßen und Plätzen gibt. Darin heißt es, dass mit dem Abtauen und Entfernen von Schnee schon ab einer Schneehöhe von zwei bis drei Zentimetern begonnen werden muss. Wenn der Schneefall länger als 24 Stunden anhält, „ist in dieser Zeit nicht weniger als dreimal zu räumen“. Bürgersteige müssen theoretisch unmittelbar nach dem Schneefall geräumt und ständig schnee- und eisfrei gehalten werden. Auch in diesem Bereich verfügt Russland und hier namentlich Königsberg über ein engmaschiges Regelwerk, das nur leider in der Praxis kaum beachtet wird.

Die nicht rechtzeitige Beseitigung von Schnee hat zur Bildung regelrechter Eisbahnen unmittelbar neben der Fahrbahn geführt. Die Leute brechen Äste ab und legen sie auf das Eis, bevor die ersten Sonnenstrahlen es schmelzen lassen. Die Autofahrer leiden nicht weniger als die Fußgänger, Fahrten in die Umgebung der Stadt sind auf einigen Straßen lebensgefährlich.

Auf den Straßen des gesamten Gebiets ereignet sich ein Verkehrsunfall nach dem anderen. Ein schwerer Unfall hat sich auf einer Straße außerhalb Königsbergs ereignet, bei dem ein fünfjähriges Mädchen ums Leben kam. Der Fahrer eines VW „Passat“ war auf die Gegenfahrbahn geraten und mit einem Laster zusammengestoßen. Der „Passat“ geriet daraufhin ins Schleudern, das auf der Rückbank sitzende Kind starb an seinen Verletzungen. Die

Theoretisch gut, aber die Praxis ....

Straße wurde unmittelbar nach dem Unfall geräumt.

In einigen Städten des Gebiets ist die Situation noch schlimmer als in Königsberg und Umgebung. Zum Vergleich: In der Hauptstadt waren 86 Räumfahrzeuge im ständigem Einsatz, während Gumbinnen überhaupt nur über zwei Räumfahrzeuge und einen Räumtraktor verfügt. Arkadij Scharkow aus Neuhausen (Gurjewsk) hat bereits einen Beschwerdebrief an Präsident Dmitrij Medwedew geschrieben. Dutzende Dörfer an der Straße nach Labiau (Polessk) wie Wanghusen (Gribojedowo), Bothenen (Trostinki), Nautzken (Dobrino) und Kaimen (Zaretschie) versinken in meterhohem Schnee. Die Menschen können weder einen Krankenwagen noch die Feuerwehr oder die Polizei rufen, weil sie nicht zu ihnen durchkommen. Die Kinder müssen täglich kilometerlange Schneewanderungen zur Schule zurücklegen.

Der strenge Frost, der nun schon seit Wochen anhält, hat schon mehrere Opfer gefordert. Zehn Menschen wurden mit schweren Erfrierungen in Krankenhäuser eingeliefert. An nur einem Wochenende gab es einige Todesfälle durch Unterkühlung – zwei Betrunkene erfroren.

Jurij Tschernyschew

»Asiatische Clan-Mentalität und Korruption«

Russlands Parteien bereiten sich auf die Kommunalwahl im Königsberger Gebiet am 14. März vor – Mauscheleien

Kommunalwahl, „Abrechnung unter Clans“ oder beides wird die Region Königsberg am 14. März erleben. Offiziell sind die Landräte („Chefs der Regionalgebilde“) von Preußisch Eylau (Bagrationowsk), Tapiau (Gwardejsk), Cranz (Selenogradsk), Palmnicken (Jantarny) und Angerapp (Osjorks) zu wählen. Gekürt werden in diesen Bezirken sowie Labiau (Polesk), Tilsit (Sowetsk), Heinrichswalde (Slawsk) und Ludwigsort (Laduschkin) etc. auch die Abgeordneten der Gebietsräte: 17 Wahlgänge für 137 000 Wähler, läppisch!

Gar nicht läppisch, finden die großen Parteien Russlands, die sich seit Jahresbeginn in Königsberg drängen: Putins „Einiges Russland“ hat 119 Kandidaten aufgeboten, die Alt-Stalinisten von Gennadij Sjuganovs „Kommunistischer Partei der Russischen Föderation“ 68, die populistische Sammelbewegung „Gerechtes Russland“ von Sergej Mironow 19, die „Liberalen“ des Polit-Clowns Wladimir Wolfowitsch Schirinowski 14, dazu noch eine Handvoll Unabhängiger. Um die insgesamt 114 Abgeordnetensitze bewerben sich 416 Kandidaten, was aus Besitzgier verständlich ist: In Palmnicken (Jantarny), wollen vier Bewerber Chef und 347 Abgeordnete werden. Hier hat das Königsberger Bernstein-Kombinat, das angeblich größte der Welt, seinen Sitz. Wer da politischer Boss wird, hat ausgesorgt, wer zu spät kommt, den bestraft die Politik Russlands!

137 000 Bürger sind zur Wahl von Landräten und Abgeordneten der Gebietsräte gerufen

Deren hässliche Fratze zeigt sich im lauschigen Cranz (Selenogradsk), wo fünf Bewerber um den Chefposten und 82 um 17 Deputiertensitze streiten. Ein dortiges Mandat ist wie eine Lizenz zum Rubel-Drucken. Die Stadt ist Lieblingsausflugsziel der Königsberger und durch den „Nationalpark Kurische Nehrung“ und dessen Status als „touristische Erholungszone“ noch attraktiver geworden. Es wird dieses Jahr einen touristischen Bauboom erleben, aus dem die „Glücksspielzone Bernstein“ erwächst. Das Bauvorhaben hat den Wahlkampf in der Region „verschärft“, die „traditionell von Skandalen geprägt“ ist. In den letzten Jahren wurden drei Abgeordnete erschossen und mehrere Lokalpolitiker vor Gericht gestellt oder zur russlandweiten Fahndung ausgeschrieben.

Das – wahlrechtlich „dreckige“ – Cranz ist der Nagel zum Sarg der lokalen Wahlkommission unter Führung des mutigen Sergej Lunjow. Er kennt den Ort und mag ihn nicht, hat aber keine Chance: „In Selenogradsk bessert sich nichts“, so seine Meinung, „nur die kriminellen Methoden ändern sich“. Da wird die Wahlkommission mit Fehlalarmen oder Bombendrohungen aus ihrem Gebäude gescheucht. Da wurde am 26. Januar im Vorort Ludwigsort (Laduschkin), der kleinste Wahlkreis der Region (28 Quadratkilometer, 4000 Wahlberechtigte), der Abgeordnete Alexander Bewsjuk halb totgeschlagen aufgefunden. Wer die Täter waren, hat das „Antiterroristische Komitee“ der Region noch nicht entdeckt.

Boos hat vorgeschlagen, auf dem Stimmzettel das Votum »gegen alle« wieder einzuführen

Nichts wird aufgedeckt. Die regionale Wahlkommission hat am 6. Februar einen „heißen Draht“ eingerichtet, über den Rechtsverstöße gemeldet werden können. Georgij Boos, als Gouverneur oberster Politiker der Region Königsberg, schlug vor, auf Wahlzetteln das Votum „gegen alle“ wieder einzuführen, um so die Wählermeinung besser zu erkunden. Und ähnliche Ideen mehr, die alle gut gemeint und nicht zu realisieren sind.

Denn in der Region Königsberg, der westlichsten der Russischen Föderation, sind die „asiatische Clan-Mentalität und Korruption auf allen Ebenen sehr stark vertreten“. So rügten oppositionelle Blätter schon Ende 2009 und führten drastische Beipiele an: Ehemaliger Regional-Boss von Cranz (Selenogradsk) ist Wladimir Schegeda, der frühere Wahlen derart manipulierte, dass er sich nun an keine Kandidatur mehr wagte. Dafür schickte er seinen Sohn Andrej an die Wahlfront, zumal seine Frau stellvertretende Bürgermeisterin und ihr Chef, Sergej Koschewoj, ein guter Freund von Schegeda ist.

Die Mauscheleien von Schegeda sind kein Einzelfall, denn Königsberg ist russischer Meister der Disziplin „klanovostj“ (Clan-Wesen). Der Sohn der Bildungsministerin Natalja Scherri ist Abgeordneter und Regionalchef der Putin-Partei „Einiges Russland“. Der Sohn des ehemaligen Verwaltungschefs von Königsberg Sergej Donskich ist ebenfalls Abgeordneter und hält 80 Prozent des regionalen Personenverkehrs unter seiner Kontrolle. Das schärfste Beispiel: Alexej Apanowitsch, Sohn des ehemaligen Vize-Kommandeurs der Baltischen Flotte und zweifelhafter Kommandant des angeblich von Piraten gekaperten Schiffs „Unerschrockener“, hat das alles nur inszeniert, um eine Karriere als Abgeordneter und Absahner zu starten. Wie er verfahren viele, was Kritiker nur seufzen lässt: „Das Resultat ist offenkundig: Die klägliche sozioökonomische Lage unserer Region hält keinen Vergleich mit europäischen Nachbarn und vielen russischen Regionen aus“. *Wolf Oschlies*

»Daheim an der Donau« in Brüssel

Baden-Württemberg zeigt Ausstellung zum »Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina«

Noch bis zum 9. März wird in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel die zuvor bereits in Ulm gezeigte Sonderausstellung „Daheim an der Donau – Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina" zu sehen sein.

Am 3. März findet in der Landesvertretung ein Empfang mit Repräsentanten aus verschiedenen europäischen Staaten statt. Die Ausstellung verdient Beachtung, zumal sie das Ergebnis einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen dem Donauschwäbischen Zentralmuseum und dem Museum der Vojvodina in Neusatz (Novi Sad) ist. Dort war die Schau zwischen Mai und August 2009 erstmals gezeigt worden, wobei es einen regelrechten Besucheransturm gab.

In der autonomen nordserbischen Provinz Vojvodina (mit den historischen Gebieten Batschka, Untere Branau und Westbanat) lässt sich seit Jahren ein stetig wachsendes, über den akademischen Bereich hinausgehendes Interesse an den kulturgeschichtlichen Spuren der vor 1941 dort beheimateten 330000 Donauschwaben beobachten. Es kam zu Tabubrüchen wie der Herausgabe des Buches „Ein Volk an der Donau – Gespräche und Kommentare" im Jahr 1996 durch den damals 38-jährigen Schriftsteller Nenad Stefanovic, in dem dieser zwölf Donauschwaben über ihre Erlebnisse in jugoslawischer Lagerhaft berichten ließ. Darüber hinaus gab es starke politische Gesten wie die vom Regionalparlament in Neusatz im Februar 2003 verabschiedete Resolution, mit der die den Benesch-Dekreten vergleichbaren AVNOJ-Beschlüsse von 1944 scharf verurteilt und deren rechtliches Fortbestehen hinterfragt wurde. Das Ausmaß der grausamen Verbrechen der Tito-Partisanen an den früheren deutschen Mitbewohnern tritt seither zumindest bei Teilen der regionalen serbischen und ungarischen Bevölkerung stärker ins Bewusstsein, auch weil mit Unterstützung lokaler serbischer Verwaltungen mehrere Gedenkstätten für donauschwäbische Opfer eingerichtet wurden.

Die donauschwäbisch-serbische Koproduktion ist zweisprachig und graphisch ansprechend

Dennoch besteht nach Jahrzehnten einseitig antideutscher kommunistischer wie serbisch-nationalistischer Geschichtsinterpretation noch jede Menge Aufarbeitungsbedarf. Die serbische und die donauschwäbisch-deutsche Seite stehen erst am Anfang einer langen Diskussion, die im Idealfall in einer echten Aussöhnung auf der Grundlage wirklichkeitsnaher Darstellungen des verhängnisvollen Geschehens der 1940er Jahre mündet.

Die graphisch ansprechend gestaltete zweisprachige Sonderausstellung sowie der dazugehörige, optisch ebenfalls gelungene Katalog sind von daher nur als Wegmarken zu sehen, die noch eine Reihe inhaltlicher Unzulänglichkeiten aufweisen. Immerhin ist von einer „gezielten ethnischen Säuberung durch die jugoslawischen Kommunisten" die Rede, und auch der Zahlenumfang der deutschen Opfer wird von den serbischen Autoren richtig wiedergegeben: „Fast 50000 Menschen kamen zwischen 1944 und 1948 in Lagern um, andere wurden 1944 bei Massenerschießungen getötet". *Martin Schmidt*

Ungeachtet inhaltlicher Unzulänglichkeiten ist der Wille zur ehrlichen Darstellung erkennbar

Der Katalog zur Sonderausstellung „Daheim an der Donau" beinhaltet neben sämtlichen Ausstellungstafeln 15 Aufsätze, umfasst 232 Seiten und kostet 19,80 Euro (ISBN 978-86-82077-97-8). Weitere Informationen gibt es beim Donauschwäbischen Zentralmuseum, Schillerstraße 1, 89077 Ulm, info@dzm-museum.de, www.dzm-museum.de.

Hinsichtlich einer ausgewogenen Darstellung des jugoslawischen Unrechts an den Donauschwaben hat die Donauschwäbische Kulturstiftung umfassende Dokumentationen vorgelegt (Kontakt: DKS, Postfach 83 02 06, 81702 München, kulturstiftung@donauschwaben.net, www.kulturstiftung.donauschwaben.net). Über die DKS kann das kürzlich in 4. Auflage erschienene Buch „Ein Volk an der Donau – Gespräche und Kommentare" von Nenad Stefanovic bezogen werden (15,- Euro zuzüglich Versandkosten).

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

alle reden vom Schnee, wir auch! Denn irgendwie können wir Ostpreußen von Geburt und Geblüt uns nicht verkneifen, an die Winter unserer Kindheit zu denken, wenn der Schnee monatelang das Land in einen weißen Hermelinpelz hüllte. Und auch die Stadt, meine Heimatstadt, die Königsberg hieß, versank manchmal im Schnee, aber niemand sprach von Chaos. Es wurde eben fleißig geschippt nach dem Motto: „Ein jeder schipp' vor seiner Tür, es find' sich Schnee genug dafür", und außerdem war man warm bestiefelt. Und wenn wir eine blanke Eisfläche entdeckten, waren wir selig: wir konnten „schorren"! Leider wurden uns diese Winterfreuden dann bald versalzen, aber irgendwie scharrten wir wieder eine neue Schorrbahn frei. Auf die verzichte ich jetzt allerdings lieber und kann heute verstehen, wenn uns damals die Erwachsenen drohten: „Fallt auf euern Podex, ihr dammlichen Kräten!" Die Königsberger Fischfrauen, berühmt und berüchtigt wegen ihres eigenen deftigen Vokabulars, wurden da noch drastischer. Fiel da mal eine der nicht gerade zierlichen Frauen auf dem vereisten Fischmarkt hin und landete recht unsanft auf dem Allerwertesten. Das sah eine Marktbesucherin und schrie erschrocken auf. Die Fischfrau reagierte erbost: „Wat kriesche Se dänn, full ekk dänn op Ehrem ..." Es folgte ein sehr drastisches Wort. Übrigens fiel die Fischfrau weich, denn sie hatte wegen der Kälte mindestens acht Röcke an, so eine Art Urform des heute so modischen „Zwiebellook"!

So, das ist heute mal – nach den vielen schicksalsschweren Suchfragen – ein heiterer Einstieg in unsere „Ostpreußische Familie", und ich habe auch allen Grund dazu, denn ich kann Erfreuliches berichten und jede Menge Dank weitergeben. Zuerst den von Herrn **Frank Schneidewind** aus Olpe, der seiner Mutter einen lang gehegten Wunsch erfüllen wollte, als er uns ein altes Bild zur Veröffentlichung übergab, das seine Mutter mit ihren Freundinnen in ihrem Flüchtlingsdomizil in der Wilstermarsch zeigte. Was ihm trotz eigener Bedenken auch voll gelungen ist, wie er uns mitteilt:

„Am Mittwoch nach dem Erhalt der *PAZ* Folge 3 erhielt ich einen Brief mit dem Absender: **Scheffler**, Wilster! Mein erster Gedanke: Welche Mitteilung wird der Brief enthalten – ich konnte kaum die Nachricht erwarten. Ich öffnete den Umschlag und las: ‚Wir lesen die *Preußische Allgemeine Zeitung*. Ich habe das Bild mit den drei Marjellen gesehen und die Mittlere erkannt, es ist **Ischen Schwark**. Sie heißt heute **Arentewisch** und wohnt in St. Margarethen. Die **Lydia** wohnt in Wilster. Vielleicht hilft Ihnen dies weiter. Herzlichen Gruß, Frau Scheffler'. Ich bin noch immer aufgeregt über diese spontane Mitteilung, hatten wir doch überhaupt nicht mit einer Nachricht gerechnet, da wir nicht die Heimatorte wussten. Frau Scheffler ist Holsteinerin, ihr Ehemann stammt aus dem Kreis Schlossberg. Wir telefonierten inzwischen, er kannte sogar die Bauernfamilie in Dammfleth. Meine Mutter war völlig sprachlos, ich bemerkte ihre innere Bewegung. Manchmal kann man die Erfolge kaum in Worte fassen."

Ja, so gibt es ein Wiederfinden, Wiederhören, vielleicht auch ein Wiedersehen nach Jahren, denn inzwischen hat Herr Schneidewind zu den einstigen „Marjellen" Verbindung aufgenommen, von denen eine allerdings genau genommen nicht so bezeichnet werden kann, denn auch „Ischen" Schwark ist Holsteinerin. Herr Schneidewind wünscht jedenfalls unserer Ostpreußischen Familie weiterhin solch „tolle Erfolge!

Und die kann auch Frau **Karola Sartor** melden. Die Oberstudienrätin aus Gifhorn will in den Heimatort ihres Vaters reisen, und das ist Serteggen, Kreis Goldap. Da ihr Vater früh verstorben ist, weiß sie fast nichts über dieses kleine Dorf und hoffte, dass sie über unsere Ostpreußische Familie einige Informationen über die Lage des großelterlichen Grundstückes erhalten könnte. Die bekommt sie und nicht nur das, denn Landsleute werden ihr bei der Spurensuche an Ort und Stelle helfen. Frau Sartor schreibt:

„Das Telefon stand für mehrere Tage kaum still. Nicht nur die Geschäftsleitung der Kreisgemeinschaft Goldap sowie die Leitung des Museums in Stade konnten fachkundige Auskunft erteilen und mir mit dem ‚Ortsatlas des Kirchspiels Szittkehmen Kreis Goldap in Ostpreußen' einen genauen Lageplan des gesuchten Grundstücks liefern – mein besonderer Dank gilt Frau **Trucewitz** und Frau **Karow** –, auch andere Goldaper und Serteggener meldeten sich und lieferten gute Auskünfte. Und meine geplante Fahrt habe ich gleich buchungsreif vorgelegt bekommen: Ich reise mit der Kreisgemeinschaft nach Goldap im kommenden Juli. Hierauf freue ich mich schon ganz besonders."



Vereinsfest (der Freikirchlichen Evangelischen Gemeinde?) in Tilsit 1931: Bild aus dem Nachlass des 1910 in Labiau geborenen Erich Arndt Bild: privat

Ja, da bin ich auch erstaunt, denn ich hatte bezweifelt, ob sich überhaupt frühere Einwohner von Serteggen melden würden, denn es war ja nur ein kleiner Ort mit rund 100 Seelen. Ein großer Erfolg also, wie Frau Sartor bekundet. Und sie will ihrerseits zur Dokumentation ihrer Väterheimat beitragen, denn sie besitzt noch alte Aufnahmen aus Serteggen und der Familie, die sie dem Museum überlassen will. Geben und Nehmen – wie so oft in unserer Ostpreußischen Familie.

Dass wir Ostpreußen eben eine große Familie sind und deshalb unsere Kolumne mit Recht so genannt werden kann, beweist ein Brief von Herrn **Gerd Lau** aus Tornesch. Angeregt hatte ihn meine Feststellung, dass – wenn Landsleute sich treffen – man sehr schnell einige gemeinsame Bekannte und dann immer mehr hat und schließlich auch noch verwandt ist. Aber auch im Alltag kann uns das passieren, immer wieder begegnen uns Landsleute oder Freunde aus der Heimat. Gerd Lau listet nun acht Fälle aus eigenem Erleben auf, die das bestätigen.

Fall 1: Im Jahr 1953 suchte der junge Gerd Lau, damals in Mallinghausen, Kreis Diepholz wohnhaft, eine Lehrstelle und fand sie im benachbarten Siedenburg. Der Meister hieß **Walter Kater**. Seine Mutter stutzte bei der Nennung und fragte: „Das ist doch nicht unser Walter Kater aus Baumgardt?" Er stammte tatsächlich aus Mutters Geburtsort und war über einige Ecken noch mit der Familie verwandt. Fall 2 spielt im Sommer 1958 in Cuxhaven. Gerd Lau, damals beim Grenzschutz und zur Bewachung eines Munitionsdepots abkommandiert, lernte ein nettes Mädchen kennen, und als er sich ihr vorstellte, sagte sie: „Meine Nachbarn heißen auch Lau!" Wie es sich herausstellte, war es sein Onkel mit seiner Familie, die nach der Flucht dort gelandet waren! Fall 3 geschah etwa 1967. Gerd Lau war damals bei der Polizei in Hamburg. Bei einem Einsatz seines Streifenwagens bei einem Brand in einer Kleingartenkolonie stutzte er, als er den Besitzer des brennenden Gartenhauses sah: Den kenne ich doch! Das ist doch der ostpreußische Vermieter meiner Mutter im niedersächsischen Sulingen. War er aber nicht, sondern – sein Zwillingsbruder! Fall 4: Anfang der 80er Jahre war Herr Lau in Pinneberg wohnhaft und Mitglied in einem Gesangsverein. Auf einer Wanderung kam er mit einem älteren Chormitglied ins Gespräch und war plötzlich in seiner Heimat! Denn der Sangesbruder – kein Ostpreuße – war während des Krieges zur Bewachung des Flugplatzes in Preußisch Königsdorf bei Marienburg abgestellt worden, ganz in der Nähe des Geburtsortes von Gerd Lau. Da gab es viel zu erzählen, zumal beide Töchter des Sangesbruders Ostpreußen heirateten. Fall 5: 1987, inzwischen geschieden, lernt Gerd Lau eine Ostpreußin kennen, die als Kind nach dem frühen Tod der Eltern in Himbergen in der Lüneburger Heide bei Onkel und Tante aufwuchs. Dort wohnte auch ein Vetter von Herrn Lau und siehe da: Die beiden Männer waren befreundet gewesen. Das erleichterte natürlich die Annäherung sehr! Fall 6: In den 90er Jahren zieht ein neuer Nachbar in das Haus in Tornesch-Uetersen ein, das an den Garten von Herrn Lau grenzt. Der ältere Herr kommt ihm gleich bekannt vor, als er sich vorstellt: Es ist sein ehemaliger Stellvertreter der Abteilungs-Kommandeur beim BGS in Uelzen und – wie könnte es anders sein – Ostpreuße! Fall 7: Auf einer Kreuzfahrt Bremerhaven–Norwegen im Jahr 2001 lernt Gerd Lau ein Hamburger Ehepaar kennen, der Mann stammt aus Ostpreußen, aus Rechenberg, Kreis Sensburg. Dort hat Herr Lau einmal Urlaub gemacht und kennt den Cousin des Mannes, der noch heute dort lebt. Man blieb bis heute freundschaftlich verbunden. Fall 8 spielt im vergangenen Jahr beim Heimattreffen der Marienburger in Magdeburg. Eine Teilnehmerin bedauerte, als sie den Wohnort von Herrn Lau erfuhr, dass nach dem Tod ihres Mannes der Kontakt zu einem dort wohnenden befreundeten Landsmann abgerissen war. Herrn Lau gelang es, die beiden ehemals befreundeten Familien wieder zusammenzubringen. – So, das war leider nur ein Kurzauszug aus dem von ostpreußischen Spuren gezeichneten Lebensbericht von Herrn Lau. Wir warten auf Fall 9, der sich vielleicht nach dem Lesen dieser kleinen Abhandlung ergeben könnte!

Ruth Geede

Foto: Pawlik

Unser Foto zeigt eine Großveranstaltung mit exakt 449 festlich gekleideten Teilnehmern, die 1931 als Vereinsfest in Tilsit stattfand. Es könnte sich um ein Treffen der Evangelischen Freikirchlichen Gemeinde handeln, denn das Bild stammt aus dem Nachlass des 1910 in Labiau geborenen **Erich Arndt**, der ihr angehörte. Sein Neffe **Jürgen Druske** möchte nun gerne wissen, wo dieses Fest stattgefunden hat und wer es veranstaltete. Es geht weniger um das Erkennen von darauf abgebildeten Personen – was natürlich wünschenswert wäre, aber kaum denkbar ist – sondern um nähere Angaben zu dieser Veranstaltung, die durch die hohe Teilnehmerzahl sicherlich in Tilsit für Aufsehen sorgte. Daran ist auch als Übermittler der Aufnahme Herr **Alfred Pipien** interessiert, der mittels Netzgitters die Teilnehmerzahl auslotete. (Zuschriften an Jürgen Druske, Muschelweg 15 in 30455 Hannover.)

Eigentlich hatte ich damit unsere heutige Kolumne beenden wollen, aber da kam eine E-Mail mit einer ganz großen Überraschung, so dass ich beschloss, diese sofort an unsere Leserinnen und Leser weiterzugeben. Denn es ist das eingetreten, was der Absender auf Familiensuche nicht erwartet, aber erhofft hatte: Er hat endlich Angehörige gefunden. Und das, obgleich die Angaben mehr als dürftig waren. Dazu geschah alles blitzschnell, denn den Suchwunsch von Herrn **Claus Ostaschinski** aus Saara hatten wir in der Folge 2 vom 16. Januar veröffentlicht, und am 11. Februar erreichte mich die Erfolgsmitteilung. Herr Ostaschinski suchte Verwandte oder Bekannte seiner schon 1978 verstorbenen Mutter. Es handelte sich um die Familie **Grübner** aus Warschlegen, namentlich bekannt waren die Brüder seiner Mutter **Franz** und **August** Grübner. Da noch einige Fotos existieren, konnten wir ein Bild veröffentlichen, das Franz Grübner mit seinem Sohn **Hans-Dieter** zeigen sollte. Was sich als nicht ganz richtig erwies, aber dafür gab es nun eine genaue Identifizierung der Personen. Herr Ostaschinski berichtet, was nach der Veröffentlichung geschah:

„Zuerst kam ein Anruf von einer Dame, die eine Frau, eine geborene Grübner, kannte und mir deren Adresse gab. Sie war mit ihr zur Schule gegangen. Der zweite Anruf war der Treffer! Es meldete sich die Enkelin von Franz Grübner, die in Jena wohnt – zirka 90 Kilometer von uns! Deren Mutter, also die Tochter von Franz, lebt in Mecklenburg. Der Junge auf dem Foto ist der Sohn eines weiteren Bruders meiner Mutter. Er lebt in Göttingen. Es sind noch mehrere Verwandte vorhanden. Wir, meine Familie und ich, sind glücklich und werden im Sommer ein Familientreffen durchführen".

Ja, so gut und so schnell arbeitet unsere Ostpreußische Familie. Die Herr Ostaschinski erst kürzlich in seinem Probeabonnement der *PAZ* entdeckt hatte! Da können wir nur gratulieren.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Buttgereit, Auguste, geb. **Seller**, aus Grabnich, Kreis Lyck, jetzt Richrather Straße 63, 40723 Hilden, am 24. Februar

Kowalzik, Herta, geb. **Schmidt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenweg 1, Appartment 54, 21521 Aumühle, am 24. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Achelius, Anni, aus Loien, Kreis Lyck, jetzt Rembrandtstraße 6, 92224 Amberg, am 28. Februar

Steinau, Ruth, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Weinhalde 8, 72221 Haiterbach, am 22. Februar

Thiel, Eva, geb. **Eikel**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Dag-Hammarskjöld-Straße 2, 34119 Kassel, am 28. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Galla, Ida, geb. **Ollesch**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrichstraße 26, 27750 Bremerhaven, am 27. Februar

Lange, Antonie, geb. **Schulz**, aus Groß Rautenberg, Kreis Braunsberg, jetzt Alexandrastraße 24, 06844 Dessau-Roßlau, am 25. Februar

Röder, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Siemens-Straße 40, 21337 Lüneburg, am 26. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Müller-Eick, Karl-Heinz, aus Allenburg, Schleusengehöft, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 34, 23843 Bad Oldesloe, am 28. Februar

Ollesch, Hildegard, aus Nussberg, Kreis Lyck, jetzt Schonnebecker Straße 108, Pflegeheim, 45884 Gelsenkirchen, am 26. Februar

Reinhardt, Hertha, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Kacheltor 20, 06268 Lodersleben, am 23. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blumreiter, Siegfried, aus Bilderweiten und Stobern, Kreis Ebenrode, jetzt Köhlerstraße 27, 12205 Berlin, am 25. Februar

Michalzik, Prof. Dr. Kurt, aus Lyck, Rudelsweiherstraße 24, 91088 Bubenreuth, am 29. Februar

Podzuweit, Irmgard, geb. **Klimaschewski**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Spannskamp 20b, 22527 Hamburg, am 25. Februar

Staguhn, Herbert, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Steigerstraße 4, 89567 Sontheim, am 27. Februar

Voesch, Emma Martha, geb. **Gorski**, aus Lyck, jetzt In der Sasse 12, 58730 Fröndenberg, am 23. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Nadrowski, Otto, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, jetzt Achter de Möhl 33, 24955 Harrislee, am 24. Februar

Scheppukat, Frieda, geb. **Reimann**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Große Straße 81a, 28870 Ottersberg, am 25. Februar

Trawny, Wilhelm, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesenweg 9, 29588 Oetzen-Stöcken, am 22. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hoppe, Hildegard, geb. **Bilicki**, aus Ortelsburg, jetzt Am Heimathaus 1, 49809 Lingen/Ems, am 23. Februar

Kohnert, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Richthofenstraße 36, 53117 Bonn, am 22. Februar

Neumann, Ursula, geb. **Dziengel**, verw. **Nothmann**, aus Lyck, Bismarckstraße 3, jetzt Kadettenweg 1, 12205 Berlin, am 28. Februar

Schmakeit, Arno, aus Schneckenmoor, im Gutsbezirk Schnecke Forst, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 22a, 39624 Packebusch, am 25. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dobrick, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Liebigstraße 39, 30163 Hannover, am 26. Februar

Klomfaß, Gertrude, geb. **Pletowski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gladbacher Straße 112, 40210 Düsseldorf, am 23. Februar

Prade, Margot, geb. **Thurau**, verw. **Kroll**, aus Deutsch Thierau, Mühlenstraße 4, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Feldbach 2, 34132 Kassel, am 22. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Augustinat, Erna, geb. **Joswig**, aus Lyck, Yorkplatz 4, jetzt Moorschift 8, 25813 Husum, am 29. Februar

Bieniussa, Erna, aus Königsberg, jetzt Elbstraße 41, 28199 Bremen, am 27. Februar

Borutta, Hans, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, jetzt Josefstraße 3, 33602 Bielefeld, am 28. Februar

Danielzik-Wulfes, Eva-Leonore, aus Arenswalde, Kreis Johannisburg, jetzt Wehlstraße 6, 29221 Celle, am 18. Februar

Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 31, 24576 Hagen, am 29. Februar

Jetting, Fritz, aus Neuhausen, Kreis Königsberg, jetzt Wildkamp 18, 38226 Salzgitter, am 29. Februar

Juschkus, Margarete, geb. **Hollack**, aus Lyck, jetzt Luisenstraße 39, 76571 Gaggenau, am 28. Februar

Pottel, Anneliese, geb. **Mett**, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Schulstraße 28, 88348 Bad Saglau, am 24. Februar

Radzio, Elfriede, geb. **Kollek**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Merowinger Straße 7, 55545 Kreuznach, am 26. Februar

Rüdiger, Hedwig, geb. **Ziwitza**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergstraße 183, 59229 Ahlen, am 25. Februar

Sieg, Helmut, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt 2735 Miradero Dr. Santa Barbara, CA 93105-3058, USA, am 22. Februar

Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Klosterberg 20, 73527 Schwäbisch Gmünd, am 22. Februar

Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Siekhammer 29, 32758 Detmold, am 26. Februar

Welbat, Gertrud, geb. **Meschkat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 33, 21435 Stelle, am 28. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andrick, Bruno, aus Neidenburg, jetzt Rügländerstraße 28, 91522 Ansbach, am 26. Februar

Becker, Edith, geb. **Tertel**, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Unter der Steigtrotte 25, 79761 Waldshuttiengen, am 28. Februar

Bergmann, Ruth, geb. **Scholl**, aus Korschen Kreis Rastenburg, jetzt Bungestraße 12, 29342 Wienhausen, am 25. Februar

Bernhard, Wilhelm, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Haunerbusch 42, 58566 Kierspe, am 27. Februar

Dudek, Ida, geb. **Höft**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Knobelsdorffstraße 3, 33739 Bielefeld, am 28. Februar

Franz, Margarete, aus Berningen, Kreis Ebenrode, jetzt Stein-Hardenberg-Straße 10, 19322 Wittenberge, am 22. Februar

Freynhagen, Botho, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Auf dem Hüls 15, 40822 Mettmann, am 28. Februar

Giehmann, Hildegard, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Höhe 8, 42329 Wuppertal, am 27. Februar

Gramsch, Franz, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Varleoerhof 5, 33442 Herzebrock, am 27. Februar

Harsanyi, Helga, geb. **Wenzel**, aus Wehlau, Allevorwerk, jetzt Wildstraße 6, Wohnung 25, 47057 Duisburg, 23. Februar

Hepke, Günther, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Tharauer Allee 15, 14055 Berlin, am 28. Februar

Jantzen, Elisabeth, geb. **Willmowski**, aus Grudensee, Kreis Lötzen, jetzt Wildenbruchstraße 38, 45888 Gelsenkirchen, am 27. Februar

Jork, Elfriede, geb. **Lehmann**, aus Modelk, Muschak, Kreis Neidenburg, jetzt Starenweg 3, 30455 Hannover, am 27. Februar

Junge, Irmgard, geb. **Schulwitz**, aus Neidenburg, jetzt Braukämperhof 17, 45899 Gelsenkirchen, am 22. Februar

Kalweit, Heinz, aus Tapiau, Rentenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Irmastraße 10, 40764 Langenfeld, am 28. Februar

Klein, Ingeborg, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Godehardinstraße 8, 30449 Hannover, am 27. Februar

Krech, Klaus, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Waldemar-Bonsels-Weg 34, 22929 Ahrensburg, am 22. Februar

Lehmann, Heinz, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Eickenscheidter Fuhr 102, 45139 Essen, am 25. Februar

Lendzian, Helga, geb. **Gramatzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, jetzt Gerhard-Hauptmann-Straße 119, 40699 Erkrath, am 24. Februar

Meyer, Willi, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wandlungsbreite 24, 29410 Salzwedel, am 26. Februar

Moser, Charlotte, geb. **Odszuck**, aus Tilsit, jetzt Holstenstraße 3, 23701 Eutin, am 22. Februar

Müller, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Steckenpfad 34, 56170 Bendorf, am 22. Februar

Olschewski, Horst, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Schwartmoorallee 26, 25451 Quickborn, am 25. Februar

Pahlke, Herta, geb. **Schäfer**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Lübecker Straße 71b, 22087 Hamburg, am 27. Februar

Poweleit, Edith, geb. **Meller**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Hürye, 24392 Boren, am 24. Februar

Reihs, Otto, aus Neidenburg, jetzt Altstadt 1, 14728 Rhinov, am 24. Februar

Riemann, Lothar, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Amundsenstraße 35, 58300 Witten, am 22. Februar

Sawusch, Käte, geb. **Tilinski**, aus Schwiddern, Kreis Lötzen, jetzt Hölderlinstraße 10, 47226 Duisburg, am 24. Februar

Schemionek, Erwin, aus Dunkeiken, Kreis Treuburg, jetzt Klaus Groth Straße 1, 25761 Büsum, am 23. Februar

Schulten, Eva, geb. **Gabriel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Forsthaus 29, 46414 Rhede, am 23. Februar

Seipel, Charlotte, geb. **Jendreiko**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Esmarchstraße 16, 25335 Elmshorn, am 26. Februar

Sopp, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Auguststraße 4, 42105 Wuppertal, am 26. Februar

Staemmler, Hilda, geb. **Ritzkat**, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, jetzt Große Howe 18, 33607 Bielefeld, am 21. Februar

Wilke, Gertud, geb. **Zimmek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 4, 49406 Eydelstedt, am 25. Februar

Wilmann, Erna, geb. **Stegmann**, aus Alt-Passarge, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dürerstraße 25, 27570 Bremerhaven, am 23. Februar

Zimmeck, Liesbeth, geb. **Jeschik**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt An der Steinhalde 19, 44532 Lünen, am 26. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, jetzt Schiessmauerstraße 22, 70563 Stuttgart, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Katzenhagen 8, 38518 Gifhorn, am 22. Februar

Breuhammer, Horst, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, jetzt Oderstraße 76, 38229 Salzgitter, am 24. Februar

Brinker, Gisela, geb. **Didt**, aus Wehlau, Allestraße, jetzt Beethovenstraße 4, 49377 Vechta, am 24. Februar

Czylwick, Hans, aus Klein Gablick/Skandau, jetzt Neue Straße 63, 32609 Hüllhorst, am 21. Februar

Derlath, Helmut, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Havemannstraße 9, 12689 Berlin, am 24. Februar

Deyda, Karl-Georg, aus Masuren, Kreis Treuburg, jetzt Zum Alten Roth 2, 35759 Driedorf, am 24. Februar

Domals, Johanna, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Lauenheimer Straße 21, 09648 Mittweida, am 28. Februar

Eichhorn, Siegfried, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, jetzt Kastanienstraße 4, 56112 Lahnstein, am 24. Februar

Gieseking, Anneliese, geb. **Zywietz**, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Klüschenberg 6, 18246 Bützow-Jabelitz, am 28. Februar

Hamann, Johanna, geb. **Hecht**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Zum Schulacker 55, 19061 Schwerin, am 26. Februar

Hardwig, Helmut, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Mittelweg 42, 78467 Konstanz, am 22. Februar

Hillbrink, Magdalena, geb. **Newiger**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Fingerhutweg 19, 33659 Bielefeld, am 23. Februar

Howe, Charlotte, geb. **Beyer**, aus Warten, Kreis Elchniederung, jetzt Hans-Sachs-Straße 24, 45473 Mülheim., am 25. Februar

Hübner, Erika, geb. **Sodies**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung jetzt Kopenhagener Straße 44, 14772 Brandenburg, am 27. Februar

Jelonnek, Bernhard, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Hinterdorf 9, 79669 Zell, am 23. Februar

Koch, Elisabeth, geb. **Karpinski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Bremer Straße 96a, 21244 Buchholz, am 27. Februar

Krieg, Garwin, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Simmigstraße 5, 63594 Hasselroth, am 22. Februar

Lockowandt, Reinhold, aus Laschmieden, Kreis Lyck, jetzt Johannes-Robert-Becher-Straße 53, 39128 Magdeburg, am 23. Februar

Moström, Liselotte, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf und Eydtkau, Kreis Lyck und Kreis Ebenrode, jetzt Sikvägen 30, 13541 Tyresö, Schweden, am 28. Februar

Pelz, Dr. Siegfried, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 6, jetzt Starklef 48, 25938 Wyk auf Föhr, am 25. Februar

Reddig, Irmgard, geb. **Gabriel**, aus Aßlacken, Klein Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Seestraße 18a, 16775 Altglosow, am 23. Februar

Rösnick, Oskar, aus Kuckerneese und Schwanis, Kreis Heiligenbeil, jetzt Eschlebenerstraße 20, 99867 Gotha, am 24. Februar

Scheffler, Brigitte, geb. **Vogel**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Stüffelring 45, 22359 Hamburg, am 23. Februar

Schenk, Irmgard, geb. **Knorr**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Saarlandstraße 4b, 45711 Datteln, am 26. Februar

Schupetta, Horst, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Königskoppel 23, 23812 Wahlstedt, am 22. Februar

Seidensticker, Meta, geb. **Schulz**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Auf der Worth 8, 37635 Lüerdissen, am 27. Februar

Tauras, Brunhilde, geb. **Hardt**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Schäfflerweg 13, 44328 Dortmund, am 28. Februar

Wandelt, Ursula, geb. **Merten**, aus Heiligenbeil, Dreßlerstraße 17, jetzt Milanring 7, 49196 Bad Laer, am 23. Februar

Wormeck, Traute, geb. **Kruska**, aus Lyck, Steinstraße 37, jetzt Weitacker 4, 44388 Dortmund, am 22. Februar

Zink, Marlis, geb. **Meier**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Herrenshoffer Straße 16, 41352 Korschenbroich, am 22. Februar



Naujoks, Willi, aus Labiau und Memel, und Frau Wally, geb. **Schwarz**, aus Horosedel, Kreis Podersam/CS, jetzt Bertholt-Brecht-Straße 18, 39218 Schönebeck, am 27. Februar

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 19. Februar, 22.05 Uhr, N24: 9/11 – Die Verschwörungstheorien.

Sonnabend, 20. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Liebe unerwünscht – Kriegsgefangene (1/3).

Sonnabend, 20. Februar, 21.30 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze – die Hindenburg-Katastrophe.

Sonnabend, 20. Februar, 22.05 Uhr, N24: Auf Leben und Tod – Die Schlacht im la Drang-Tal.

Sonntag, 21. Februar, 9.20, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 21. Februar, 20.15 Uhr, NDR: Hungerwinter – Überleben nach dem Krieg. TV-Doku über den grausamen Winter 1946/1947.

Sonntag, 21. Februar, 22.20 Uhr, Arte: War Games – Der polnische Oberst Ryszard Kuklinski im Dienste der CIA.

Montag, 22. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Stalingrad.

Dienstag, 23. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Burma VJ.

Dienstag, 23. Februar, 21.40 Uhr, Arte: Gefangen in Birma – Portrait der Freiheitskämpferin Aung San Suu Kyi.

Dienstag, 23. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: Stalingrad.

Donnerstag, 25. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Seine Majestät – Wilhelm II.

Freitag, 26. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Trümmerjahre an Rhein, Ruhr und Weser.

Freitag, 26. Februar, 23.15 Uhr, Dmax: Feuer und Eis – Der finnische Winterkrieg. Am 30. November 1939 marschiert die Rote Armee in Finnland ein.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Sonnabend, 20. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen mit Tombola im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in den „Kronstuben", Kronenstraße 2. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Wahlen nicht besetzter Ämter, Verschiedenes.

Reutlingen – Sonnabend, 6. März, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6, Reutlingen. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit, Folgendes steht auf dem Programm: mit Kaffee und Kuchen wird die Veranstaltung eingeleitet, Begrüßung durch die Erste Vorsitzende, Gedenken der verstorbenen Mitglieder, Jahresbericht der Ersten Vorsitzenden, Bericht der Frauengruppenleiterin Fr. Orthmann, Bericht der Schatzmeisterin Frau Praß sowie der Kassenprüferin Fr. Stoller, des Weiteren Vorschau auf 2010. Die Frauen der Gruppe haben ein Grütz-wurst- und Sauerkrautessen vorbereitet. Der Vorstand freut sich über ein zahlreiches Erscheinen zur ersten Veranstaltung des Jahres.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. Februar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben".



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Frau Bauer zeigt Bilder von einer Reise im Mai 2009 in das Königsberger Gebiet.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Termin: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt/Oder, Grenzübergang, weiter bin den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil/Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom, oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für Jedermann sind möglich. Von Rauschen geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Altostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Ingolstadt – Sonntag, 21. Februar, 14.30 Uhr. Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 2. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem gemütlichen Kaffeeklatsch.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremerhaven – Freitag, 26. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Barlach-Haus".



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates" von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab der U-Bahnstation Hammer-Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder zur Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Anmeldung bis zum 12. Februar beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 3. März, 13 Uhr, Frühlingsfeier mit heimatlichen Gedichten und gemeinsamen Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 27. Februar, 15 Uhr, Kappenfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Bei Musik zum Mitsingen soll in fröhlicher Runde in den Karneval geschunkelt werden. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gäste mit und auch ohne Kappe sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. März, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Filmvortrag von Manfred Samel: „Der deutsche Osten in alten Bildern aus den Jahren 1920/30". Zum Teil noch nie gezeigte Bilder aus Kultur und Tradition.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 6. März, 13 Uhr, Treffen der Salzburger im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg. Pastor Heye Osterwald, vormals Probst in Königsberg und Gumbinnen, hält einen Diavortrag zu dem Thema: „Erfahrungen in der Arbeit der Evangelischen Kirchen im heutigen russischen nördlichen Ostpreußen". Gäste und Mitglieder sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzende: M. Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Tel.:(06051) 73669.

Landesgruppe – Die Ehrenvorsitzende der Landesgruppe Hessen wird 90. Auch wenn die Augen nicht mehr ganz so wollen, der Kopf ist noch klar wie je zuvor. Am 17. Februar wurde die Ehrenvorsitzende der Landesgruppe Hessen, Anneliese Franz, 90 Jahre alt. Die Wiege der Lehrerstochter stand in Seckenburg in der Elchniederung. Obwohl eher klein und zierlich von Gestalt, ist Anneliese Franz dennoch eine herausragende Persönlichkeit. Herausragend war und ist ihr Einsatz für unsere verlorene Heimat und ihre Arbeit für die politischen Anliegen der Heimatvertriebenen. Entschlossen auch ihr Wirken in und außerhalb unseres Landes, wenn es um Verständigung und Integration geht. Seit 1985 stand sie zwanzig Jahre an der Spitze der Landesgruppe Hessen; eine Zeit, die geprägt war vom allseits geschätzten Erfolg ihrer landsmannschaftlichen Arbeit. Stets gelang es ihr, das Sachliche und Menschliche auf herzliche Weise zu verbinden, den Zusammenkünften einen heimatlich-familiären Charakter zu geben, was sie schließlich zur liebevoll genannten „Landesmutter" machte. Nicht zu vergessen ihre Aufgaben in der eigenen Dillenburger Kreisgruppe, die sie seit 1972 erfolgreich führte. Nach dem Mauerfall und der Vereinigung der beiden Teile

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010" im „Haus Düsse", Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02945) 9890 statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind". Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenüberstellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, das sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Deutschlands war Anneliese Franz eine der ersten, die nach Thüringen, Sachsen und Brandenburg fuhr und dort landsmannschaftliche Unterstützung und Hilfe anbot. Sie genießt die Gastfreundschaft ihrer Landsleute überall im Lande, gleich wo sie hinkommt. „Ich habe einfach überall ein Kopfkissen“, stellt sie freudig fest. Anneliese Franz war selten zu Hause anzutreffen: entweder war sie schon auf dem Weg nach Bad Pyrmont zur Ostpreußischen Landesvertretung, nahm an einer Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen des BdV teil, oder war bei einer Veranstaltung des Deutsch-Europäischen Bildungswerks, wo sich ihr eine willkommene Gelegenheit bot, zum Gelingen der Einigungsbestrebungen im Westen und Osten Europas beizutragen. Heute wohnt Anneliese Franz in Mutterstadt, in der Nähe eines ihrer drei Söhne. „Es ist schön, so liebevoll umsorgt zu werden und ich platze vor Stolz“, schwärmt sie und ist dankbar für diese Geborgenheit bei ihrer Familie. Anneliese Franz ist ein vorbildliches Beispiel für ehrenamtliches Engagement. Durch ihre heimatpolitische Arbeit hat sie sich über Jahrzehnte hindurch Respekt und Anerkennung erworben. Verdientermaßen erhielt sie zahlreiche hohe Auszeichnungen, darunter den Ehrenbrief des Landes Hessen und als krönende Anerkennung das Bundesverdienstkreuz am Bande im Jahr 1986.

Dillenburg – Mittwoch, 24. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Studiendirektor Eckhard Scheld vom Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium wird zu Gast sein. Er bringt die Studentin Julia Iwanowa von der Kant-Universität Kaliningrad (Königsberg) mit, die augenblicklich für ein Jahr ein Stipendium an der Justus-Liebig-Universität Gießen absolviert. Nach einer ausführlichen Fragestunde liest sie etwas von Hermann Sudermann.

Kassel – Dienstag, 2. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr berichtet Alfons Kuhn über: „Die letzten Kriegsmonate in Nordostpreußen“. – Die Gruppe traf sich zu ihrer Jahreshauptversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Hermann Opiolla leitete die Versammlung, sprach die Totenehrung und verlas den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Wieder hatte es im abgelaufenen Jahr elf monatliche Treffen gegeben sowie Wanderungen und Ausflüge. Die Treffen wurden durchschnittlich von 30 Mitgliedern und Gästen besucht. Die Mitgliederzahl beträgt leider nur noch 68 Personen. Der Kassenbericht ergab keine großen Veränderungen, die Kassen- und Buchführung wurde als einwandfrei bestätigt und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Unter Leitung von Irmtraut Tauber wurde turnusgemäß der Vorstand neu gewählt. Der Posten des Ersten Vorsitzenden bleibt weiterhin vakant. Dem Vorstand gehören jetzt an: Hermann Opiolla (Zweiter Vorsitzende, auf seinen Wunsch hin nur für ein Jahr), Waltraud v. Schaewen-Scheffler (Schriftführerin), Gerhard Landau (stellvertretender Schriftführer), Ruth Barthel (Schatzmeisterin), Brigitte Smieja (stellvertretende Schatzmeisterin), Adelheid Holz, Gertraud Nitschky und Franz Ganswindt (Beisitzer). Als Kassenprüfer wurden bestellt: Dorothea Deyß, Eva Müller und Luise Opiolla. Alle Kandidaten wurden einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt. Die Mitgliederversammlung dankte dem Vorstand und den Kassenprüfern für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit. Unter „Verschiedenes“ berichtete Frau v. Schaewen-Scheffler, dass Wolfgang Peller, Verfasser seiner Fluchtberichte aus dem Raum Danzig, die sie vor einem Jahr hier vorgestellt hatte, verstorben sei. Lm. Landau regte an, an Erika Steinbach als Solidaritätserklärung einen Gemeinschaftsbrief zu verfassen. Er wird beim nächsten Treffen als Entwurf vorgelegt. Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung las Ruth Barthel heitere Wintergeschichten aus Ostpreußen, unter anderem von Hermann Sudermann und Hermann Löns, die von gemeinsam gesungenen Volksliedern umrahmt wurden.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30b, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel.: (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. Februar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem „Filmvortrag über Ostpreußen“ im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Gäste sind herzlich willkommen.

Delmenhorst – Am 27. Januar verstarb die langjährige Vorsitzende der Gruppe Delmenhorst im 88. Lebensjahr. Lieselotte Dietz wurde in der Elchniederung geboren. In Königsberg wuchs sie auf. Im Februar 1945 verließ sie mit ihrer zweieinhalbjährigen Tochter diese Stadt. Bereits 1952 schloss sie sich der Gruppe Delmenhorst an. Weitere Aufgaben folgten. Für ihren unermüdlichen Einsatz wurde sie mehrfach ausgezeichnet.

Göttingen – Dienstag, 9. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5, Göttingen. Hartwig Fischer, MdB, referiert: „Meine Aufgaben in Afrika“. – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Erm-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

land. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 10. Mai an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Hannover – Freitag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem gemütlichen Beisammensein. Klaus Lunau hält einen Vortrag über „Das Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung – früher und heute“. Lm. Lunau hat seinen zweiten Wohnsitz in Cranz.

Helmstedt – Donnerstag, 25. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 4. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 10. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Dr. Hans-Ulrich Minke berichtet von seiner Gruppe: Was macht eigentlich die „Arbeitsgruppe Vertriebene“ bei der Oldenburgischen Landschaft? Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – Zur letzten Veranstaltung kamen 25 Personen, um bei der Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen einen Diavortrag über eine geführte Fahrradtour durch Litauen und Lettland anzusehen. Das Ehepaar Detlef und Renate Lubenau berichtete in bekannter unterhaltsamer und lehrreicher Art über die Rad-, abwechselnd mit Bustour, beginnend in Memel, nach Nidden, über das Haff übergesetzt an die Windenburger Ecke durch die Ruß nach Heidekrug. Bei ständig strahlendem Sommerwetter ging es dann mit dem Bus über Siauliai, den Berg der Tausend Kreuze, nach Riga in Lettland. Zum Radwandern eignen sich am besten die ausgewiesenen Wege, so dass sich uns die schönste Seite Rigas und Lettlands erschloss. Unter anderem ein langer Weg direkt am Ostseestrand führte die Gruppe zurück nach Memel. Schnell ging auch für die Zuhörer dieser Ausflug in den Sommer zu Ende – und man wurde wieder in den schneereichen Februar entlassen.

Osnabrück – Dienstag, 16. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Wilhelmshaven – Die Gruppe traf sich zum Grünkohlessen mit anschließender Jahreshauptversammlung. Neuwahlen standen nicht an, und so besteht der Vorstand aus: Dr. Karl-Rupprecht Sattler (Erster Vorsitzender), Erika Guddusch (Zweite Vorsitzende / Schriftführerin), Irmgard Grefrath (Kassenführung / Leiterin Frauengruppe). Die Gruppe ist sehr aktiv und unternehmungslustig. Auch in diesem Jahr ist das Programm für die Heimatnachmittage sehr vielseitig. Es gibt Diavorträge, es wird eine Ausstellung im Museum besucht sowie der Botanische Garten erkundet. Auch Liedernachmittage und Ausflüge stehen auf dem Programm und sind fest eingeplant. Wie in jedem Jahr besucht die Gruppe im März die Ostdeutsche Heimatstube in Bad Zwischenahn. In der Frauengruppe wird es immer ganz heimatlich, wenn Monika Fobbe in ostpreußischer Mundart Geschichten und Gedichte vorliest. Zeit zum Plachandern bleibt immer. Während der Jahreshauptversammlung wurde Elfriede Helldobler verabschiedet. Sie wohnt jetzt Mecklenburg-Vorpommern. Viele Jahrzehnte hat sie für die Gruppe als Schriftführerin gearbeitet. Man bedankte sich bei ihr mit einem Bildband über Wilhelmshaven und einem Blumenstrauß.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. Referat: „Das Sozialwerk Stukenbrock in der Zeit von 1948–1970“. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 2. März, 19 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74. – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 985 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düsseldorf – Mittwoch, 3. März, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 4. März, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch im Raum 412, GHH.

Essen – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Matjes-Essen in der „Stern Quelle“, Schäferstraße 17, 45127 Essen, Nähe des RWE Turmes.

Gevelsberg – Freitag, 19. Februar, 16.15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 1. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln“, die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonntag, 7. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Anträge sind an den Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403871 zu richten.

Die »Heimatarbeit« auch im Internet-Archiv: www.preussische-allgemeine.de

Weitere Informationen auch unter Telefon (05241) 29211.

Haltern – Donnerstag, 4. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Freitag, 19. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der VHS-Köln, im Bezirksrathaus Nippes, Neusser Straße 450, 50733 Köln. Thema: „Lettland entdecken“. – Freitag, 26. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der VHS-Köln im Bezirksrathaus Nippes, Neusser Straße 450, 50733 Köln. Thema: „Wilna nach Memel – Kurische Nehrung“. – Dienstag, 2. März, 14 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apern, Helenenstraße 32, Köln. Diavortrag von Frau Neuman zur Vorbereitung auf die Ostpreußenreise vom 18. bis 25. Juli 2010.

Leverkusen – Sonnabend, 13. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ratibor. Die Gruppe veranstaltet schon seit vielen Jahren in den ersten drei Monaten des Neuen Jahres einen Nachmittag mit Videovorführungen. So erlebten die Mitglieder bei Kaffee und Kuchen noch einmal, was im zurückliegenden Jahr gemeinsam unternommen wurde. Bruno Pelke sei Dank gesagt für die Aufnahmen. Gäste sind herzlich willkommen.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Mönchengladbach – Sonntag, 28. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer „Quizveranstaltung“. Es wird nach Geschichte, Kultur, Erdkunde, Landwirtschaft und nach ostpreußischer Mundart gefragt. Es gibt ein paar Preise zu gewinnen.

Neuss – Donnerstag, 25. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss. Ende gegen 18 Uhr.

Wesel – Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski und der Vorstand bitten um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreunde an einer schönen Kaffeetafel. Im Anschluss daran wird der Film „Vom Kurfürstentum zum Königreich – von 1640 bis 1730“ gezeigt.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Witten – Donnerstag, 25. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Herr Weigand referiert über Vertriebenen-Fragen.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 19. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim. Anmeldungen an G. Radons, Telefon (0621) 408977.

Mainz – Freitag, 26. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heringsessen in der Gaststätte Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 5. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 6. März, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag mit Filmvortrag in der „Mundus Residenz“, Große Bleiche 44.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 62. Thema: „Ostpreußischer Humor“ – es werden humorvolle Geschichten, Anekdoten und Lebensweisheiten vorgetragen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Itzehoe – Jubiläumsfeier im Café Königsberg, die Gruppe besteht 60 Jahre. Ihr Geburtsdatum

Fortsetzung auf Seite 19















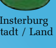




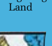


Allenstein Stadt · Allenstein-Land · Angerapp · Angerburg · Bartenstein · Braunsberg · Ebenrode · Elchniederung · Fischhausen · Gerdauen · Goldap · Gumbinnen · Heiligenbeil · Heilsberg · Heydekrug

Wehlau · Treuburg · Tilsit-Ragnit · Tilsit-Stadt



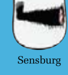



Insterburg Stadt / Land · Johannisburg · Königsberg Stadt · Königsberg Land

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

28. und 29. Mai 2011

auf dem Gelände der Messe Erfurt





















Sensburg · Schloßberg · Rößel · Rastenburg · Pr. Holland · Pr. Eylau · Osterode · Ortelsburg · Neidenburg · Mohrungen · Memel Stadt / Land · Lyck · Lötzen · Labiau

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Ostpreußenreise nach Masuren und nach Bartenstein / Termin: 10. bis 22. August, 13 Tage – Auf mehrfachen Wunsch startet der Reisebus dieses Jahr aus dem Süden für uns Heimatfreunde und die Reisegäste, die das Land Masuren kennenlernen wollen. Die Reiseroute führt uns am ersten Tag nach Hannover, hier stoßen noch weitere Gäste zu unserer Gruppe. Von Hannover aus führt uns die Reise weiter zu den historischen Städten Stettin über die romantische Strecke der „kaschubischen Schweiz“ nach Danzig und Gdingen. Über Hohenstein und das Tannenbergdenkmal führt uns die Route durch Masuren nach Lötzen. Von Lötzen aus (4 Übernachtungen) werden wir Masuren erkunden. Auf einer Schiffsfahrt mit der weißen Flotte von Lötzen nach Angerburg am Mauersee werden wir ganz besondere Eindrücke dieser traumhaften Landschaft sammeln können. Der Ausflug nach Nikolaiken, Goldap, in die Rominter Heide und eine Stakfahrt auf dem Kruttinna bringen uns Masuren noch näher. Die Reise führt uns dann weiter nach Allenstein; Weiterfahrt über die Gedenkstätte Maxkeim nach Bartenstein mit Aufenthalt in Schippenbeil und Besuch der Heimatdörfer schließen sich an. Von Bartenstein aus besuchen wir die Wolfschanze und fahren über Thorn, Posen und zurück nach Hannover. Leistungen: Fahrt mit Super-Luxusbus, Klimaanlage, WC, Schlafsesselbestuhlung, Kleinküche, Video, DVD etc. Zehn Hotelübernachtungen in ausgewählten Dreisterne Hotels inklusive HP in Polen, alle Zimmer mit DU / WC, alle zentrumsnah gelegen alle beschriebenen Ausflüge und Eintrittsgelder sowie Schifffahrt und Stakfahrt, deutschsprachige Reiseleiterin während des ganzen Aufenthalts in Polen. Preis pro Person im DZ 838 Euro, EZ-Zuschlag 170 Euro, zwei Übernachtungen /HP in Hannover 70 Euro, EZ-Zuschlag 54 Euro. Reiserücktrittskostenversicherung im Rahmen der Gruppe inklusive Krankenversicherung rund 40 Euro. Wenn Sie an dieser Reise teilnehmen möchten, nehmen Sie mit uns Kontakt auf. Irma Wohlbold, Marienburger Straße 11, 88213 Ravensburg, Telefon (0751) 93606.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

8. Kreistreffen in der Heimat – 8. Kreistreffen in der Heimatstadt Braunsberg vom 15. bis 24. Juni 2010 (zehn Tage). Reisepreis pro Person im DZ 780 Euro, EZ-Zuschlag für die ganze Reise beträgt 170 Euro. Zusteigemöglichkeiten am Dienstag 15. Juni in Sankt Augustin, Bonn, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg und entlang der BAB Hannover–Berlin nach Absprache möglich. Erste Übernachtung im Großraum Posen, sechs Nächte in Braunsberg beziehungsweise Frauenburg, zwei Nächte in Danzig und auf der Rückfahrt in Stettin. Melden Sie sich bei Kreisvertreter Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395. Er schickt Ihnen gerne nähere Informationen und die Reiseunterlagen zu.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenrundreise Kirchspiel Bladiau und Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg – Vom 24. April bis 2. Mai 2010. Besuch des Kreises Heiligenbeil: jedes Kirchspiel also auch Ihr Heimatort, so es die Straßenverhältnisse zulassen. Fahrpreis inklusive: Halbpension im Doppelzimmer; Visum; Reiserücktrittkosten-Krankenversicherung im russischen Teil; Grenzgebühren; Reiseleitung während der gesamten Reise. Ab zwölf Personen 899 Euro; ab 20 Personen 764 Euro; ab 30 Personen 714 Euro; ab 40 Personen 664 Euro; Einzelzimmerzuschlag 149,00 Euro. 1. Tag) Fahrt zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 2. Tag) Weiterfahrt in den polnischen Teil des Kreises Heiligenbeil, Übernachtung in Frauenburg. 3. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (extra Kosten). 4. Tag) Weiterfahrt über die Grenze nach Heiligenbeil und Königsberg, Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Tourist (für vier Nächte). 5. Tag) Rundfahrt durch den Kreis Heiligenbeil mit vielen Stopps. 6. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (Extra Kosten). 7. Tag) Rundfahrt: Insterburg (Stadtführung); Gumbinnen (Stadtführung); Georgenburg. 8. Tag) Von Königsberg geht es zur Zwischenübernachtung nach Schneidemühl. 9. Tag) Heimreise. Reiseunterlagen können Sie anfordern unter Telefon (040) 30067092 oder E-Mail konrad.wien@t-online.de

Neuntägige Ostpreußenreise: Kreis Heiligenbeil, Königsberg, Kurische Nehrung, Marienburg – 1. Tag: Anreise über Hamburg, Hannover, Michendorf (Berlin) nach Schneidemühl. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Schlochau, Konitz, Pr. Stargard nach Marienburg. Nach Besichtigung der imposanten Burganlage Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur Grenze Grunau/Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil/Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Kreisrundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 6. Tag: Tagesfahrt auf die Kurische Nehrung mit Besichtigung der „Fringilla“ Station, Wanderung zur Düne „Epha“ und Aufenthalt am Ostseestrand. 7. Tag: zur freien Verfügung. 8. Tag: Heute verlassen wir Königsberg und fahren zum Grenzübergang Heiligenbeil/Grunau. Weiterfahrt vorbei an Elbing nach Schneidemühl oder Posen. 9. Tag: Schneidemühl/Posen – Heimreise. Termin: 27. April bis 4. Mai 2010. Fahrpreis pro Person: 735 Euro Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro, Visagebühr: zur Zeit 55 Euro – Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen, ab 35 Personen Fahrpreis pro Person 699 Euro / DZ. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut Programm, Gebühren Polen/Russland, Eintritt/Führung Marienburg, Naturschutzgebiet Kurische Nehrung, Führung „Fringilla“ Station, deutschsprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Wir bitten um frühzeitige Anmeldung, da für Fahrten ins grenznahe Gebiet im nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil eine Sondergenehmigung beantragt werden muss.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

ist der 17. März 1949. Erich Schwarz, ein Königsberger, leitete die Gründungsversammlung, zu der sich rund 100 Personen eingefunden hatten. Rasch wurde die Vereinigung fester Bestandteil des städtischen Lebens. Die kulturellen Aktivitäten wirken bis heute fort. Darüber berichtete der Vorsitzende Hans-Werner Erdt, der vor zahlreichen Mitgliedern die Chronik Revue passieren ließ. Unter den Flüchtlingen und Vertriebenen stellten die Ost- und Westpreußen eine besonders starke Gruppe. Zeitweise zählte die Gruppe über 1000 Mitglieder. Neben dem geselligen Zusammenhalt standen soziale, kulturelle und heimatpolitische Aufgaben im Vordergrund. So nahm man regelmäßig am „Tag der Heimat“ teil, leistete vielfältige Hilfe und richtete eine Heimatkartei ein. Eine besondere Bedeutung erlangten die Untergruppen, die sich nach und nach bildeten. Als erstes entstand eine Jugendgruppe. Wie lebendig die Organisation war, machten Einzelberichte deutlich, mit denen viele Erinnerungen geweckt wurden. So an den „Pillkaller Jahrmarkt“, der, wie Eva Krause erläuterte, aus einem Kappenfest hervorging und so bekannt war, dass die Menschen von weither kamen. Seit 1952 gab es den, 30 Jahre lang von Walter Lach geleiteten, Chor der Ost- und Westpreußen. Ruth Holler erinnerte an viel beachtete Konzerte, zeitweise gemeinsam mit dem Männergesangsverein Kremperweg, auch mit der Itzehoer Liedertafel, worüber sogar eine bisher im Sängerheim aufbewahrte Urkunde angefertigt wurde. Hans-Werner Erdt überreichte sie nun für das Haus der Heimat. Auf die geleistete Arbeit der Handarbeitsgruppe wies Elfriede Lawrenz hin. Vorbildlich zum Beispiel deren Paketaktionen. Bis ins Jahr 2000 gab es auch eine regelmäßige Teilnahme am Itzehoer Flohmarkt. Über das Haus der Heimat sowie die Frauengruppe referierte Dr. Jutta Hantschmann. 1987 wurde das Fachwerkhaus den Vertriebenen zur Verfügung gestellt, und ist jetzt Kulturstätte der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland. Die Frauengruppe betreut das Ostpreußenzimmer mit Ausstellungen. Glückwünsche überbrachten Vertreter anderer Gruppen und Vertriebenenverbände.

Schwarzenbek – Freitag, 26. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen ostpreußischem Wurstessen in Schröders Hotel, Schwarzenbek. Bitte wählen Sie zwischen ostpreußischer Wurstplatte, Rahmgeschnetzeltes oder Frikassee zum Preis von 12 Euro pro Peron. Anmeldungen bis zum 22. Februar unter Telefon (04151) 81108, (04151) 5396 oder (04151) 4352. Prof. Dr. Hans Cordts hält einen Vortrag: „Aufnahme der Salzburger Protestanten in Ostpreußen im Jahre 1732“. Kleine Vorträge aus den eigenen Reihen sind ebenfalls erwünscht.

Pinneberg – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem fröhlichen Nachmittag im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf – Gemäß § 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2006 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreisdatei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 3. April 2010 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses Herbert Kalwa, Hölderlinstraße 22a, 22607 Hamburg, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vornamen, Namen (auch Geburtsnamen), Geburtsdatum und jetzige Anschrift enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Dr. Martin Armgart, Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Frank Jork, Benno Kaden, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Die Sensburger gratulieren – Dorothee Heitmann feiert ihren 80. Geburtstag. Zu ihrem 80. Geburtstag übermittelt die Kreisgemeinschaft Sensburg Dorothee Heitmann die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit ihrem tiefempfundenen Dank für ihre jahrelange Mitarbeit in Remscheid. Sie wurde am 21. Februar 1930 in dem märchenhaft gelegenen Dorf Pustnik, im Kirchspiel Sorquitten, geboren. Ihr Vater, Winrich Heitmann, besaß dort das stattliche Gut, dessen parkartiger Garten direkt an den Gehland-See stieß. Mit ihren drei Geschwistern verlebte die Jubilarin eine glückliche Kindheit in einer paradiesischen Landschaft. Die Flucht aus ihrem Heimatdorf, für das erst am 26. Januar 1945, um 18 Uhr, der Räumungsbefehl erging, ist an Dramatik nicht zu überbieten: Nach dem Verlust der eigenen Fuhrwerke war Frau Heitmanns Mutter mit ihren vier Kindern zu Fuß über Haff und Nehrung gegangen und danach mit einem Güterzug über Danzig nach Stolp gelangt. Dort fanden die Heitmanns, wie durch ein Wunder, Anschluss an den Sorquitter Treck, der von dem Vater des späteren Kreisvertreters Dr. Klaus Hesselbarth geleitet wurde. Als enger Freund seiner „Sorquitter Nachbarn“ nahm er sie mit und hat sie – wie die Jubilarin im Sensburger Heimatbrief 2009 schreibt – vor noch schlimmeren Erlebnissen, wie sie vielen Flüchtlingen in Pommern widerfahren sind, bewahrt. Dorothee Heitmann hatte in Sensburg das Gymnasium besucht, ihr Abitur konnte sie natürlich erst im westlichen Westfalen ablegen, wo sich ihr Vater eine neue Existenz aufbaute. Sie selbst war im Direktionsbüro einer Bocholter Firma tätig. Wie schon ihr Vater, für den die Mitarbeit bei der Gründung der Kreisgemeinschaft selbstverständlich war, stellte sich Dorothee Heitmann aufgrund ihres Pflichtbewusstseins in den Dienst ihrer Landsleute. 1991 übernahm sie zunächst die Aufgabe, im *Ostpreußenblatt* über unsere Heimat- und verbandspolitischen Aktivitäten zu berichten. Ein Jahr später wurde die Mitglied der Redaktionsmannschaft des Sensburger Heimatbriefes und verfasst seither als Verantwortliche für den Teil „Unvergessene Heimat“ zahlreiche Beiträge über Kirchen, Bauwerke und öffentliche Institutionen oder auch Persönlichkeiten unseres ostpreußischen Kreises. Seit 2000 gehört Dorothee Heitmann dem Sensburger Kreisausschuss an, mit dem Aufgabengebiet „Öffentlichkeitsarbeit“. Das ist ein Amt, das seit 1991 um immer neue Felder erweitert wurde. Es ist unserer Kreisgemeinschaft ein echtes Anliegen ihr anlässlich ihres diesjährigen Geburtstages dafür öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen.



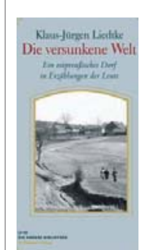
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: Feige09116@web.de

Realgymnasium im Internet – Seit Jahresbeginn ist die Schulgemeinschaft SRT im Internet vertreten. Man findet sie unter www.tilsit-stadt.de mit einem Klick auf Schulgemeinschaften und dann auf Realgymnasium. Die Homepage soll den Tilsiter Rundbrief oder die SRT-Mitteilungen nicht ersetzen. Aber das Internet bietet ein Portal für rasche Information sowie aktuelle Hinweise auf Termine und Veranstaltungen. So ist auch alles Wissenswerte über unser nächstes Schultreffen in Erfurt zu erfahren.

Der Bärlauchort

Ein literarisches Denkmal für ein ostpreußisches Dorf



Kam man den Weg von Eszerienen herauf, in nordöstlicher Richtung und zweigte ab linkerhand vorüber am Roten Bruch, eine leichte Steigung hinan, so tat sich plötzlich der Wald auf, und hinter hügeligen Feldern tauchte oben auf der Kuppe eine Ansammlung von Höfen auf. Ineinandergeschachtelt lagen Schuppen, Ställe, Wohnhäuser um die sechs Hofplätze. In ihrer Mitte zog sich die Dorfstraße hin, kopfsteingepflastert und leicht abschüssig wie auf einem schief gehaltenen Handteller.“ So beginnt Klaus-Jürgen Liedtkes poetische Chronik des Dorfes Kermuschienen, betitelt „Die versunkene Welt – Ein ostpreußisches Dorf in Erzählungen der Leute“. Übersetzt lautet der aus dem Prussischen stammende Ortsname Kermuschienen „Bärlauchort“. Das Dorf im Kirchspiel Szabienen (Kreis Darkehmen) lag auf der höchsten Anhöhe einer hügeligen Landschaft, die einst zur preußisch-litauischen „Großen Wildnis“ gehörte, einer Landschaft mit Wäldern, Feldern und Seen.

Ursprünglich hatte Liedtke ein literarisches Portrait seines Großvaters mütterlicherseits schreiben wollen, der ein Heimatdichter und -forscher war. Auf der Suche nach Spuren griffen seine Recherchen jedoch immer weiter aus.

Schließlich entstand der Plan, eine umfassende literarische Darstellung des Lebens in diesem ostpreußischen Dorf zu verfassen, das aus acht Hofstellen bestand. Die Grundlage dafür konnte nur eine großangelegte Geschichte der Kermuschiener Besitzerfamilien sein. Mit unglaublicher Geduld und Akribie befragte Liedtke zu diesem Zweck zehn Jahre lang Zeitzeugen, wofür er einige weite Reisen unternahm, und sichtete Archivalien in deutschen und polnischen Archiven. Nachdem die vielen einzelnen Berichte und Fakten gleich Mosaiksteinen geordnet waren, schuf er daraus innerhalb von weiteren zehn Jahren unter Zuhilfenahmen von Rekonstruktionen eine in sich geschlossene, detailreiche Erzählung, bezogen auf den erinnerten Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis zur endgültigen Flucht 1944. Einbezogen sind gelegentlich die Orte der Gegend rings um die Angerapp, so die Kreisstadt Darkehmen, die Dörfer Eszerienen, Ballupönen, Jaggeln und wie sie alle heißen, sowie die adeligen Güter.

> Der Vergangenheit eine Stimme gegeben

Wahrscheinlich wird man vergeblich nach einer Parallele für die literarische Form suchen, in der dieser liebevolle Nachruf auf eine untergegangene Welt abgefasst wurde, eine Form zwischen Chronik und Dichtung. Wie in einer Dokumentation werden alle Personen namentlich genannt. Es klingt darin ein Ton an, der immer wieder unmerklich übergeht in die Sprachmelodie der Menschen aus Kermuschienen. Man meint sie sprechen zu hören. Einigen von ihnen hat der Autor eine Stimme verliehen, indem er sie im niederdeutschen Dialekt dieser Landschaft selbst zu Wort kommen ließ, wobei er sicherlich auf Gehörtes zurückgriff. So treten die Angehörigen der einzelnen Familien bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder in Erscheinung: Wenn sie feierten und ihren Liebhabereien nachgingen, wenn sie in die Kreisstadt Darkehmen zum Markt fuhren, wenn sie heirateten und in einen anderen Ort zogen.

Im Mittelpunkt dieser grandiosen Komposition aber stehen die beiden Steinke-Höfe und ihre Besitzerfamilien. Besonders häufig ist das Ehepaar Franz und Emma Steinke, geb. Schettling, im Blickfeld. Die Jüngste ihrer vier Kinder, Waltraud, steuerte die beigegeben Fotos bei. Mitgeliefert wurden vom Autor außerdem ein „ostpreußisches Glossar“ und eine Zeittafel.

Von unschätzbarem Wert sind vor allem die Schilderungen der Gepflogenheiten und Bräuche. „Da war ein langausgezogener Tisch, und wie bei Hermann Pauluhns Hochzeit gab es zuerst gebratenen Hecht. Der Franz Steinke hat das Harmonium hinübergefahren, hat es mit dem Pferd gezogen, auf einer Schleef ... ‚So nimm denn meine Hände‘ wurde immer zu Hochzeiten gespielt und gesungen oder die Lieder von Matthias Claudius.“

Heute findet man dort, wo Kermuschienens Höfe standen, nur noch überwachsene Mauerreste. 1947 wurden Ukrainer aus Podolien in dem verlassenen Dorf angesiedelt, das zum polnischen Teil Ostpreußens gehörte. 1974 wurde der abgelegene Ort aufgegeben, da er ohne Verkehrsanbindung und Stromversorgung geblieben war. *D. Jestrzemski*

***Klaus-Jürgen Liedtke: „Die versunkene Welt – Ein ostpreußisches Dorf in Erzählungen der Leute“**, Eichborn, Frankfurt am Main, gebunden, 425 Seiten, 49 s/w Fotografien, 32 Euro*

Kreuzworträtsel (Fragen): Absonderung, Abkapselung · Traurigkeit, Melancholie · König und Patron Ungarns · Rätsel, Mysterium · verfallenes Bauwerk · Panzer-Zehnfußkrebs · Ankerplatz vor dem Hafen · Stille · Pflanzenableger, Steckling · stumm; sehr überrascht · schlank und geschmeidig · Feier, Party (ugs.) · norwegische Hauptstadt · säugen, stillen; anheizen · veraltet: Modenarr · britischer Sagenkönig · drücken · Angehöriger eines Reitervolkes · Eheschließung, Trauung · Anstrengung · leicht regnen · nord. Schicksalsgöttin · ausliefern, opfern · Windröschen · Kurort in Südtirol · feines Gewebe · Bienenzüchter · munter, vorwitzig · Freizeitbeschäftigung · Walfanggerät · Wassertier · Nährmutter · Teil von Vietnam · Wettkampfstätte; Manege · Prophet · Wettlauf · Radmittelstück · Sittlichkeit; Sittenlehre · Entwicklungsabschnitt · lange, schmale Vertiefung · nordamerik. Gewässer · Weltreligion · sich um die eigene Achse drehen · kurzer, heftiger Regenschauer · Hühnervogel · Rist des menschlichen Fußes · Hauptschlagader · Eingang; Vorspeise (franz.) · selbstständig, unabhängig · kontra, anti · orientalischer Markt · tschechischer Komponist · Wüste in Innerasien · Stadt an der Saale · saloppe Umgangssprache; Jargon · Gliedstaat der Schweiz · Wirkstoff im Tee · Geschwindigkeit · zu etwas neigen · Wohlgeschmack, -geruch · unverfälscht · Gruppe von acht Solisten (Musik) · Gewinnbeteiligung · Nachtlokal · Imbiss, Zwischenmahlzeit · sportlich in Form · Ostasiatin · orientalisches Färbemittel · student. Organisation (Abk.) · zwei Nebenflüsse der Oder · Schublade; Sparte · Titel arabischer Fürsten · jap. Herrschertitel · eine Europäerin · Sprudel für alkoholische Getränke · Verordnung, Erlass · biblische Stadt · bewahren, pflegen · ein Lebewesen · Stadt in Nevada (USA) · Sünde, Frevel, Verbrechen · Strudelwirkung · unbestimmter Artikel · römischer Dichter · Fluss zur Aller (Oberharz) · ein Nutztier · chem. Zeichen für Germanium · trommeln (Regen) · altägyptischer Gott · grober Holzklotz · knabbern · Revolver · Fremdwortteil: allein

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEIL MMORT · ERTU · AOSTT · EIMM · ADENS · AILR · ADEM · ARST · ADIPR · ADI · ENNT UZ · AADM RS · AMT

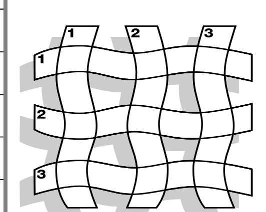
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für längere Erörterung.

Nr.	links		rechts
1	ZWECK		PARTNER
2	BUERO		KOMPLEX
3	PARKETT		BELAG
4	KLAPPER		LEDER
5	BLEI		VASE
6	DOPPEL		BANK
7	PERSONAL		PAPIER

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 italienisches Nudelgericht
2 endloses Gerede
3 große Anzahl, Masse

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: (Lösungsgitter)

Mittelworträtsel: 1. Buendnis, 2. Gebaeude, 3. Fussboden, 4. Schlangen, 5. Kristall, 6. Fenster, 7. Ausweis – Debatte

Magisch: 1. Lasagne, 2. Palaver, 3. Unmenge

»Sei immer treu und edel«

Poesiealben im Lohrer Schulmuseum öffnen den Blick auf Moral und Lebensweisheiten vergangener Zeiten

Hobbys, Lieblingsfarbe, Lieblingstier, Augenfarbe, Lieblingsband werden heute nachgefragt beim Eintrag in ein Freundschaftsbuch, dem Nachfolger des Poesiealbums. Ein Blick in das Archiv des Lohrer Schulmuseums macht die Geschichte der alten Freundschaftsbücher deutlich.

Seit gut 150 Jahren ist das Poesiealbum eine vor allem bei Mädchen beliebte Form, sich der gegenseitigen Freundschaft und Zuneigung in Bild und Wort zu versichern. In der historischen Zusammenschau sind diese Poesiebücher heute auch anschauliche Zeitdokumente, weil sie durch Text, Ausdrucksweise und Auswahl der Illustrationen vielseitige Einblicke in die jeweilige Zeit ermöglichen. Auf eine ganz

Schon vor 500 Jahren gab es ein Album der Freunde

besondere Weise kann man so viel über Moral, Lebensweisheiten und individuelle Lebenswelten vergangener Epochen erfahren.

Entstanden ist das Poesiealbum aus dem sogenannten Stammbuch, das auch als „Album amicorum" (Album der Freunde) ab der Mitte des 16. Jahrhunderts in Umlauf kam. In die meist querformatigen Büchlein, oft auch im Schuber, trugen sich Freunde, Verwandte und Gönner als Zeichen ihrer Freundschaft mit handschriftlichen kurzen Texten, oft in Versform, ein.

Im 18. Jahrhundert bildete sich eine eigene Industrie, die vorgefertigte Grafiken als „Stammtischblätter" anbot. Sie wurden individuell beschriftet und dann eingeheftet. Vor allem bei den Studenten erfreute sich das Stammbuch großer Beliebtheit.

Es diente ihnen auch zum Sammeln von Empfehlungsschreiben der Professoren und anderer für sie wichtige Persönlichkeiten und war so gewissermaßen eine Art Legitimation, wenn sie sich bei einer anderen Universität vorstellten. Der Ausdruck „jemandem etwas ins Stammbuch schreiben" bezieht sich wohl auf diese Gewohnheit.

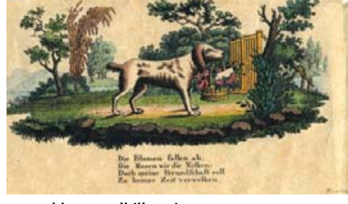
Gegen 1850 kam das Stammbuch dann aber außer Mode. Nun übernahmen mit entsprechenden Couleurartikel die Funktion des Freundschaftssouvenirs, wie sie noch heute bei den Studentenverbindungen üblich sind.

Das Poesiealbum trat an die Stelle des Stammbuches, nun allerdings als eine vor allem von Mädchen bevorzugte Form der Freundschaftsbezeugung.

Im Archiv des Lohrer Schulmuseums befinden sich zahlreiche Poesiealben, die einen guten Einblick in die Geschichte dieser Freundschaftsbücher ermöglichen. Die Texte der frühen Poesiealben sind oft noch sehr beeinflusst von der Biedermeierzeit und der Romantik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und entsprechend unpolitisch. Neben den üblichen Zwei- und Vierzeilern finden sich auch ausführliche Gedichte, sorgfältig niedergeschrieben und illustriert, so dieser Eintrag aus dem Jahr 1879: „Asyl! / Wenn Du ein tiefes Leid erfahren, / Tiefschmerzlich, unergründlich bang, / Dann flüchte aus der Menschen Scharen, / Zum Walde richte Deinen Gang. / Die Felsen und die Bäume wissen / Ein Wort zu sagen auch vom Schmerz; / Der Sturm, der Blitz hat oft zerrissen / Die Felsenbrust, des Waldes Herz. / Sie werden Dir kein Trostwort sagen, / Wie hülfereich die Menschen tun; / Doch wird ihr Echo mit Dir klagen, / Und wieder schweigend mit Dir ruh'n!"

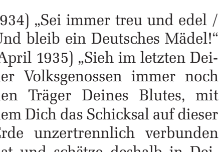


Poesiealben: Die Vorgänger der Freundschaftsbücher wurden sorgsam gepflegt ... Bilder (2): Schulmuseum Lohr am Main



... und kunstvoll illustriert.

Wie sehr die Einträge in den Alben von dem gesellschaftlichen und politischen Zeitgeschehen beeinflusst wurden, zeigen Widmungen aus der Zeit des Nationalsozialismus: „Wer leben will, der kämpft! / Und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, / verdient das Leben nicht. Adolf Hitler." (17. März



1934) „Sei immer treu und edel / Und bleib ein Deutsches Mädel!" (April 1935) „Sieh im letzten Deiner Volksgenossen immer noch den Träger Deines Blutes, mit dem Dich das Schicksal auf dieser Erde unzertrennlich verbunden hat und schätze deshalb in Deinem Volke den letzten Straßenfeger höher als den König eines fremden Landes. Adolf Hitler." (25. März 1939) „Leben heißt kämpfen, opfern, reifen, emporsteigen!" (21. November 1939).

Nach den üblen Erfahrungen mit dem NS-Reich wurden die Einträge in die Poesiealben wieder unpolitisch. Beliebt waren die unpolitisch-typischen Zwei- und Vierzeiler beliebt wie:

„Bist du einst in weiter Ferne, / bist du über Berg und Tal, / so gedenk an deine Heimat, / aber auch an mich einmal." – „Wie zwei Täubchen sich küssen / Die nichts von Falschheit wissen / So fromm und so rein / Soll auch unsre Freundschaft sein." – „Tief im Moose verborgen, / Blüht ein Blümlein ohne Sorgen, / Dieses Blümlein spricht: / Lebe wohl, vergiss mich nicht!"

Ob sich das Poesiealbum in dieser Form auch noch in der zukünftigen Kommunikationswelt behaupten kann, erscheint allerdings eher fraglich. Was bleibt sind Erinnerungen an die Jugend, an Freundschaften und Zuneigung. *Eduard Stenger*

Das Städtische Schulmuseum in Lohr am Main, Sendelbacher Straße 21, ist mittwochs bis sonntags von 14 bis 16 Uhr geöffnet, Gruppen nach Vereinbarung, Telefon (09359) 317, Eintritt 1,50 / 1 Euro.

FÜR SIE GELESEN

Liebespaare der Kulturgeschichte

Er konnte den Blick nicht von ihr lösen. Nicht nur ihre Augen waren schön. Ein seltsames, ihm unbekanntes Gefühl ergriff von ihm Besitz. So beginnt es immer: Ein erstes Sehen, Verwunderung, Staunen – urplötzlich wirkendes Weben des Zuneigungszwanges ..." Wie es weitergeht, kann man in „Die Nebel des Eros" verfolgen. Die Königsberger Journalistin und Schriftstellerin Esther Knorr-Anders hat neue und bereits bekannte Liebesgeschichten in diesem neuen Buch versammelt. Was in dem einen Fall kühl oder gar ironisch als Zuneigungszwang bezeichnet wird, ist in dem anderen Fall die tiefe, echte Liebe.



Doch nicht immer endet sie mit einem Happy End. Oft genug lernen sich die Liebenden unter widrigen Umständen kennen, anderen wiederum ist nur eine kurze Zeit der Liebe vergönnt, da der Tod eine mächtigere Sprache spricht als die Liebe. Viele der Geschichten, die Esther Knorr-Anders mit großer Akribie zusammengetragen hat, sind bereits in der *PAZ* erschienen. In Buchform aber üben die unterhaltsamen Geschichten um Ludwig XVI. und Marie Antoinette, Kurt Weill und Lotte Lenya, Alois Alzheimer und Cecilie Geisenheimer oder Friedrich Hölderlin und Susette Gontard sowie Heinrich Heine, Mathilde und die „Mouche" einen ganz anderen Reiz aus, kann man doch immer wieder einmal darin schmökern und den „Nebeln des Eros" verfallen. *os*

***Esther Knorr-Anders: „Die Nebel des Eros – Liebespaare der Kulturgeschichte"**, Band 4, Brücken Verlag, Wiesbaden 2009, 130 Seiten, broschiert, 9 Euro*

IN KÜRZE

Alzheimerinfo im Internet

Angehörige von Demenzkranken benötigen Hilfe im Alltag und suchen Antworten auf die unterschiedlichsten Fragen. Neben dem Alzheimer-Telefon (01803) 171017 gibt auch das Internet Hilfestellung. Die Linkliste der Deutschen Alzheimer Gesellschaft unter www.deutsche-alzheimer.de/index.php?id=278 erleichtert die Suche nach Unterstützungs- und Entlastungs-Angeboten für Angehörige von Demenzkranken. „Die regionalen Alzheimer-Gesellschaften vor Ort haben einen guten Überblick über die Hilfsangebote in ihrem Umkreis. Sie bieten persönliche Beratung und Unterstützung bei der Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Angebot. Dies kann das Internet nicht leisten. Immer mehr Menschen möchten sich aber vorab selbst informieren und vorbereitet in ein Beratungsgespräch gehen. Diesem Wunsch tragen wir mit dem neuen Internetservice Rechnung", sagt Heike von Lützau-Hohlbein, Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. *PAZ*

www.deutsche-alzheimer.de

Auf den Holzweg geführt

Peter F. Piening baut aus Holz Parallelwelten des Alltags – Eine Ausstellung in Flensburg zeigt seine Großobjekte

Die Namen der Arbeiten von Peter F. Piening sind Programm: Eremitorium, Turm, Schanze, Rotunde, Umbraculum, Magazin, Paravent, Unterstand, Laterne sind die rätselhaften Bezeichnungen der großen Objekte, die ab 21. Februar im Flensburger Museumsberg zu bestaunen sind. Auch die Ausstellung trägt einen rätselhaften Titel: „teils dieserhalb, teils außerdem", ein Zitat, das von Wilhelm Busch stammt. Was verbirgt sich hinter dieser Zeile, fragte die *PAZ* den 1942 in Bredstedt bei Husum geborenen Künstler Peter F. Piening. Der schmunzelte: „Der Spruch stammt tatsächlich von

Rätselhafter Titel, wunderliche Namen

Busch aus der ‚Frommen Helene'. Ich wollte die Eindeutigkeit vermeiden. Eine schillernde Mehrdeutigkeit passt am besten zu meinen Arbeiten. Der Betrachter soll sich schon Gedanken machen."

Gedanken macht man sich auch über die wunderlichen Namen. Was bedeutet zum Beispiel „Umbraculum"? Piening: „Das ist ein Schattengang, genau übersetzt, eine Laube, in der man verweilen kann. Eremitorium ist sicher deutlicher. Es kommt von Eremit, dem Einsiedler."

Damit wird dem Besucher der Ausstellung auch schon klar, dass er diese Kunstwerke auch von innen betrachten kann, sogar soll. Sie laden ein zum Hineinschauen, Hereintreten, Betrachten und Anfassen. Sie öffnen sich dem Besucher und bewahren doch gleichzeitig ihr Geheimnis. Denn jedes Großobjekt verbirgt im Inneren eine Fülle von Ausstattungsgegenständen aus Holz, deren Nutzen sich nicht so leicht entschlüsseln lässt. So wird der Ausstellungsbesuch zu einer Entdeckungs- und Erlebnisreise.

Die meisten der Objekte sind aus Holz. Gibt es einen Grund, warum Sie dieses Material bevorzugen, während doch viele Ihrer Kollegen „moderne" Werkstoffe wie Edelstahl oder Kunststoff verarbeiten? fragte die *PAZ* Peter F. Piening. „Ich gehe gern mit Holz um, es ist ein einfacher Umgang. Es hat mich auch schon immer geärgert, dass die Laubsäge in der Kunst verpönt ist, gegenüber Pinsel und Farbe ist sie gering angesehen. Da habe ich mich selbstironisch betrachtet und eine Handwerkermentalität vorgetäuscht. Ich habe die Kunstfreunde sozusagen auf den Holzweg geführt. Außerdem gibt es gar keine modernen Materialien. Es kommt doch immer darauf an, was der Künstler daraus macht."

Und Piening, der in Ahrensburg bei Hamburg lebt und arbeitet, hat aus dem Material Holz Erstaunliches gemacht: roh belassen, farbig gefasst, gesägt, gedübelt, genagelt, geleimt, geschraubt sind seit der Jahrtausendwende zahlreiche Objekte entstanden, von denen einige nun in Flensburg zu sehen sind.

Wie kommt man auf solche Objekte? Gibt es Dinge, die den Künstler inspirieren? „Ich bin ja auch Maler und Zeichner", erläuterte Piening. „Früher habe ich Dinge gesammelt und diese Fundstücke haben mich inspiriert. Dann habe ich Hohlstücke gestaltet, bis ich entdeckte, dass diese Objekte auch ein Innenleben haben können. Irgendwann entstanden dann begehbare Gehäuse. Da ist eines nach dem anderen entstanden, alles ist gewachsen."



Peter F. Piening: Umbraculum, der Schattengang Bild: Museumsberg Flensburg

Den Besuchern der Ausstellungen, in denen die Großobjekte bereits landauf landab zu sehen waren, scheint es zu gefallen. „Es wird viel geschmunzelt in den Ausstellungen", bestätigt Piening die Frage der *PAZ* nach dem

Laubsäge contra Pinsel und Farbe

Humor in seinen Arbeiten. „teils dieserhalb, teils außerdem wird der Kunstfreund in der Flensburger Ausstellung seine Freude haben." Und so wird man sich aufmachen, all die hintersinnigen Details der Objekte zu entdecken und die begehbaren Parallelwelten des Alltags erforschen. *os*

Die Ausstellung mit Großobjekten von Peter F. Piening im Museumsberg Flensburg ist vom 21. Februar bis 24. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 16 Uhr (bis März) und von 10 bis 17 Uhr (April bis Oktober) geöffnet, Eintritt 4 / 1,50 Euro.



Absage an den Schein

DDR-Jugendlicher sucht sich

Der 1971 in Leipzig geborene Jakob Hein ist Arzt in Berlin. Mit seinem neuen Roman „Liebe ist ein hormonell bedingter Zustand“ leistet er seinen Beitrag zu 20 Jahre Wiedervereinigung. Mit einem Augenzwinkern und einer kräftigen Ladung Ironie erzählt der Autor von der Jugend eines in der DDR lebenden jungen Mannes namens Sascha, der auf jegliche und manchmal auch bemitleidenswerte Art und Weise versucht, cool zu sein und „dazu zu gehören“. Bedauerlicherweise nehmen auch die Mädchen, in die sich Sascha verliebt, ihn nur als guten Kumpel.

Hein schreibt viel über die Lebensumstände in der DDR, in denen Sascha lebt, jedoch ohne diese in jeglicher Hinsicht zu bewerten. Diese Beschreibungen dienen lediglich der Veranschaulichung von Saschas Hilflosigkeit und Ohnmacht in bestimmten Situationen. So zum Beispiel dem Kauf von moderner Westkleidung.

„Durch das Fernsehen wussten wir, was wir anziehen wollten, durch die Mauer konnten wir an nichts davon herankommen. Die Einzigen, die mir in dieser Not helfen konnten, waren meine Großeltern. Sie hatten Westgeld, und sie konnten nach West-Berlin fahren ... Ich hatte meiner Großmutter im Detail erklärt, wie die Turnschuhe aussahen, die sie mir mitbringen sollte ... Ungeduldig hatte ich in der Friedrichstraße neben Dutzenden anderen gestanden, die die Rückkehr ihrer Großmütter erwarteten ... Dramen spielten sich gleich hinter der Grenze ab: ‚Das ist ja ein 286er! Ich hatte doch extra gesagt, du solltest einen 386er mitbringen!‘ Meine Großmutter aber strahlte mich an und überreichte mir einen Schuhkarton. Darin lagen weiße Lederturnschuhe mit rosa Netzapplikationen und einer Art grüner Knautschzone im Spannbereich ... Ich würde diese Schuhe niemals anziehen.“

Saschas Arglosigkeit und seine Unerfahrenheit werden dem jungen Mann sehr zum Vergnügen des Lesers nicht selten zum Verhängnis. So auch als er bei einer wilden Motorradparty zu seinem eigenen Erstaunen von einer Rockerbraut angebaggert wird. Diese nimmt ihn sogar mit zu sich nach Hause. Das Abenteuer endet jedoch jäh, als diese ihn am nächsten Morgen, nachdem sie ihm ein düsteres Symbol auf den Allerwertesten tätowiert hat, aus ihrer Wohnung hinauskomplimentiert.

Stetes Scheitern eines netten Anti-Helden

„Tausend Freundinnen, aber keine einzige Freundin, wenn du verstehst, was ich meine.“ Diesen Satz scheint sich der unbeholfene Sascha zum Wahlspruch gemacht zu haben. Bis er eines Tages aufhört, sich von den vermeintlich coolen Leuten Dinge abschauen zu wollen, und beginnt, auf sein Inneres zu hören und auf seine innere Stimme zu vertrauen.

„Liebe ist ein hormonell bedingter Zustand“ ist eine wunderbare Geschichte über die Widrigkeiten des Erwachsenwerdens, die Stolpersteine der Pubertät, über Coole und Uncoole und die Suche nach sich selbst. *A. Ney*

***Jakob Hein: „Liebe ist ein hormonell bedingter Zustand“**, Piper, München 2009, broschiert, 171 Seiten, 14,95 Euro*



Unheilvolle Allianz

Die Geschichte West-Berlins ist auch von Krisen und Skandalen geprägt

20 Jahre nach dem Mauerfall verwischen sich die Konturen. Berlin ist wieder eine zusammenhängende Stadt, die politischen und kulturellen Gewichte verlagern sich wieder ins Zentrum, das einstige und gegenüber Ost-Berlin („Hauptstadt der DDR“) größere West-Berlin verschwimmt in der Erinnerung immer mehr. Der aus Österreich stammende, seit Jahrzehnten in West-Berlin lebende Publizist und Hochschullehrer Wilfried Rott hat jetzt eine ungemein anregende Geschichte des westlichen Berlin geschrieben, bei der man nicht weiß, ob Stolz oder Verzweiflung angebracht ist.

Rott nennt die Halbstadt inmitten der DDR „eines der merkwürdigsten politischen Gebilde des 20. Jahrhunderts, das mit all seinen Eigenheiten oft die Grenzen des Bizarren streifte“. Mit völkerrechtlichen Einschränkungen zur Bundesrepublik gehörend und unter Hoheit der Alliierten stehend, eingeschlossen von einer feindlichen Umgebung lebte die Zwei-Millionen-Stadt vier Jahrzehnte zwischen schleichender Provinzialisierung und Metropolenwahn, schrieb – oder durchlebte zumindest – mit der Blockade, dem Mauerbau und dann dem Fall der Mauer drei weltgeschichtliche Momente wie kaum eine andere Stadt nach 1945.

In zwölf Kapiteln erzählt der Autor das Auf und Ab der Stadt, die ständig „Modell“ sein wollte und sich oft wie auf einem Pulverfass wähnte. Er schildert mit Teilnahme, aber nie im Überschwang, die Standhaftigkeit der Menschen während Blockade, Berlin-Ultimatum und Mauerbau, hebt mit Wärme die zwei bedeutendsten Politiker (Ernst Reuter und Willi Brandt) hervor und geht mit Detailwissen auf deutschlandpolitische oder innerstädtische Querelen ein, die selbst für Leser, die sich beim Thema auszukennen meinen, noch frappierend sind.

Zwischen Größenwahn und schleichender Provinzialisierung

Die geistreiche Personenzeichnung aller Regierenden Bürgermeister zeigt zugleich, wie kläglich fast alle nach Brandts Abgang endeten.

Was man letztlich weiß, bei dieser Zusammenfassung jedoch wieder erschauern lässt, ist der Umstand, dass die Geschichte West-Berlins ab Mitte der 70er Jahre mehr und mehr zu einer chronique scandaleuse wird.

Die durchaus unheilvolle Allianz von Politik, Finanz- und Bauwirtschaft führte zu dem trüben Sumpf von Bestechung, Filz und Skandalen, der noch immer fassungslos macht und fürchten lässt, dass er bis heute nicht ausgetrocknet ist.

Namen wie Klingbeil, Kittelmann, Antes, Garski, Landowsky oder Kressmann-Zschach stehen nur für die schlimmsten Auswüchse, die sich vielleicht nur in dieser eingemauerten, hochsubventionierten Stadt ausbilden konnten. Dem steht, und das hebt der Autor Wilfried Rott zu Recht hervor, durch all die Jahre der unerschütterliche Selbstbehauptungswille der Menschen gegenüber, was letztlich entscheidend für das Überleben war.

Wer die Jahre anteilnehmend oder in der Stadt selbst erlebt hat, wird manches anders sehen. In den 50er Jahren war West-Berlin trotz schwierigster wirtschaftlicher Umstände doch Leuchtturm hin nach Osten, aber auch nach Westen; die Stadt war Vorreiter in Sachen Kultur, in der Mode (Uli Richter, Heinz Östergard), im Städtebau (die erste Stadtautobahn, sozialer Wohnungsbau, allerdings dann auch unmäßige Bauwut), auch Ort einer neuen Jugendkultur.

Manchmal setzt Rott die Sonde sehr kritisch an, was freilich den Rang dieses Buches nicht schmälert, dessen Fazit zweifellos richtig ist: „West-Berlin war eine unmögliche Stadt, in der das Bestehende spätestens mit dem Mauerbau das Vorstellbare übertroffen hat.“ *Dirk Klose*

***Wilfried Rott: „Die Insel – Eine Geschichte West-Berlins 1948 bis 1990“**, C. H. Beck Verlag, München 2009, gebunden, 478 Seiten, 24,90 Euro*

Einzigartige Dokumentation

Schriftdenkmal erinnert an die Ermordung der Juden – Quellenauswahl unklar

Mit den Worten „Ein Schriftdenkmal für die ermordeten Juden“ wirbt der Verlag für das im Entstehen begriffene Opus magnum, dessen erster Band „Deutsches Reich 1933 bis 1937“ bereits 2008 erschienen ist. Nun liegt Band 2 vor. Geplant sind insgesamt 16 zeitlich und territorial gegliederte Bände. In neun Jahren soll das Projekt abgeschlossen sein. Was den geplanten Umfang anlangt, existiert nichts Vergleichbares und wird auch so schnell nichts folgen. Schon ein flüchtiger Blick auf das Inhaltsverzeichnis wirft die Frage auf, warum im Titel das Wort Dokumentation fehlt. Vom Vorwort und der Einleitung abgesehen, füllen Dokumente alle Seiten der beiden Bände.

Trotz der Fülle ist jedem halbwegs Kundigen klar, dass damit nur ein winziger Teil der einschlägigen Veröffentlichungen Platz gefunden hat. Doch welches sind die Auswahlkriterien? „Mit dem Verzicht auf thematische Bündelung wollen die Herausgeber interpretierende und dramatisierende Abfolgen vermeiden“, steht im Vorwort von Band 1. Was heißt das?

Dokument 6 von Band 2 bringt beispielsweise einen langen Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 27. Januar 1938 über die wirtschaftlichen Restriktionen gegen Juden. Am 11. November 1938 hat das Blatt den abscheulichen Pogrom ausführlich geschildert. Die Beschreibung, die zwei Spalten füllt, schließt mit den Worten: „Die Bevölkerung, zur Ehre des deutschen Volkes sei es gesagt, zeigt sich zum allergrößten Teil über diese Exzesse empört, und viele Leute auf der Straße halten mit offener Kritik nicht zurück.“ Doch davon kein Wort in der Dokumentation. Wäre nicht die Schilderung des Vandalismus aus der Sicht eines NS-kritischen Ausländers wichtiger gewesen als die wirtschaftlichen Restriktionen? *Konrad Löw*

***Susanne Heim (Hrsg.): „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945“**, Bd. 2 Deutsches Reich 1938 bis August 1939, Oldenbourg Verlag, München 2009, 864 Seiten, 59,80 Euro*



Kennen Sie Preußen?

Das »Zentrum Preußen-Berlin« stellt seine Forschungsschwerpunkte vor

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften hat Zentren für einen beständigen Austausch ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter gegründet. Forschungsprojekte, deren Arbeitsfelder sich berühren, werden miteinander vernetzt. In den Zentren wird jeweils ein fortlaufender interner Diskurs gepflegt, wobei der intensive Kontakt zwischen Forschern unterschiedlicher Fachdisziplinen ein Novum ist. Auswärtige Kollegen nehmen gelegentlich daran teil.

Durch das 2007 ins Leben gerufene „Zentrum Preußen-Berlin“ sind sechs Projekte zusammengefasst worden, die derzeit schwerpunktmäßig auf die Zeit um 1800 ausgerichtet sind. Das Kürzel „um 1800“ steht im Bereich der Kultur für eine einzigartige Blüte, die vor allem aus drei Quellen gespeist wird: Literatur, Philosophie und Musik. Aus unterschiedlicher Perspektive werden Leben und Werk bedeutender Repräsentanten der Wissenschaft und Kultur, dazu Berlin mit seiner Großstadtkultur sowie das kulturpolitische Handeln des Staates Preußen beleuchtet. Im Januar 2008 fand zum ersten Mal eine öffentliche Abendveranstaltung des Zentrums unter dem Titel „Kennen Sie Preußen – wirklich?“ im neuen Forum „Salon Sophie Charlotte“ statt. Geboten wurden in der sechsstündigen Veranstaltung in der Akademie der Wissenschaften am Gendarmenmarkt Vorträge, Literaturlesungen, Theater- und Musikdarbietungen. Elf Vorträge des „Wissenschaftlichen Salons“ sind unter dem genannten Titel mit dem Zusatz „Das Zentrum Preußen-Berlin stellt sich vor“ veröffentlicht worden. Herausgeber sind Bärbel Holtz und Wolfgang Neugebauer.

„Das untergegangene alte Königsberg um 1800“ heißt der inhaltlich weit ausgreifende Beitrag von Klaus Garber, der kürzlich ein Erinnerungsbuch zu Königsberg herausgegeben hat. Königsberg, so schreibt er, reihe sich ein „in die lange Kette der Städte, die eine große Geschichte der Aufklärung ihr eigen nennen und die hier wie anderwärts etwas ganz anderes ist als die Fixierung auf ein paar große Namen zu Ende des (18.) Jahrhunderts.“ Es war in der Region die einzige Stadt mit einer Universität und hatte einen großen studentischen Einzugsbereich. Garber deckt zahlreiche kulturhistorische Bezüge auf, verweist etwa auf „kulturelle Trassen“ nach Riga, Dorpat und Mitau. So beschäftigten sich baltische Gelehrte schon im 18. und 19. Jahrhundert mit der Frühzeit des Ordensstaates anhand der Quellen im städtischen Ordensarchiv. Folgenreich wirkte Königsberg auch seit der Reformation als eine Bastion des lutherischen Protestantismus jahrhundertelang in die Region hinein. Noch einmal erhob sich die Hauptstadt der Provinz Ostpreußen nach den Schlesischen Kriegen zu einer geistigen Blüte. Lang ist die Liste der Druckerzeugnisse, der Zeitschriften und Zeitungen, der bekannten und weniger bekannten Geistesgrößen, deren Treffpunkte einige offene Häuser waren.

Königsberg und Berliner Salontradition

Mit der Salontradition in Berlin beschäftigte sich Petra Wilhelmy-Dollinger in „Häuser ohne Frauen sind wie Verse ohne Poesie“. Deutschsprachige Salons als Treffpunkte eines bildungsbürgerlichen Stammpublikums, eine Erscheinung von Spätaufklärung sowie „Sturm und Drang“, gab es, wie überall, auch in Berlin erst im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Ursprünglich waren Salons eine adelige Institution, doch in der „Goethezeit“ galt die Geistes- und Herzensbildung, der „Seelenadel“, mehr als der Geburtsadel. Gastgeberin eines Salons war stets eine gebildete, liebenswürdige Frau.

Über „Alexander von Humboldts Netzwerke – Von Tegel bis Santiago“ schreibt Ute Tintemann, während Wolfgang Neugebauer sich in seinem einführenden Beitrag „Preußen – seine Kultur und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften“ mit Geschichte und Gegenwart der Forschung über Preußen befasst hat. Nunmehr, nach dem Ende der Teilung der Archiv- und Bibliotheksbestände zwischen Ost und West, sind die Sozial- und Geisteswissenschaftler in der Lage, an frühere Traditionen und Vorbilder – genannt wird Otto Hintze – anzuknüpfen.

Bei den gegenwärtigen Projekten des neuen Akademiezentrums „Preußen-Berlin“ gehe es auch darum, einen Beitrag zur weltweiten Wissenschaft zu leisten, betont der Vorsitzende der Zentrumskommission. *Dagmar Jestrzemski*

***Bärbel Holtz und Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): „Kennen Sie Preußen – wirklich? Das Zentrum ‚Preußen-Berlin‘ stellt sich vor“**, im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Akademie Verlag, Berlin 2009, gebunden, 194 Seiten, 29,80 Euro*





Niedergang

Fehlentwicklungen aufgezeigt

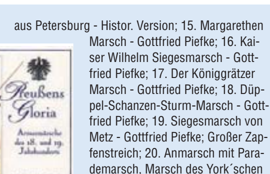
Ganze 300 Seiten geballte Unzufriedenheit eines aufmerksamen Bürgers bietet Harmut Bachmann dem Leser seines Buches „Die Reformverhinderer des geplünderten Sozialstaates“. Der ehemalige Unternehmer hat in den letzten zehn Jahren zahlreiche Entwicklungen wahrgenommen, die nicht im Sinne Deutschlands sein können. Ob Staatsverschuldung, soziale Umverteilung, Arbeitsmarkt, Generationenvertrag, Nationalbewusstsein, Energiepolitik, Unternehmensrenditen, Gesetzgebung: In allen Bereichen zeigt der 1924 Geborene Fehlentwicklungen auf. So hat er Recht, wenn er darauf hinweist, dass die Staatsverschuldung in Deutschland nicht bei den ausgewiesenen 1,6 Billionen liegt, sondern, rechnet man die Zusagen für Pensionen, Renten und ähnliches hinzu, sieben Billionen Euro eher zuträfen. Auch die Flut an neuen Gesetzen bei gleichzeitiger Zunahme von Steuerberatern und Rechtsanwälten im Land ist bedenklich. Ebenso sind die von ihm angeführten Auswüchse des Sozialstaates beängstigend. „In die USA strömte die Masse der Immigranten, welche die Freiheit des Staates suchten“, so der Autor, der mehrere Jahre in den USA gelebt hat. „In die Bundesrepublik strömten und strömen die Immigranten wegen der garantierten angenehmen sozialen Verhältnisse.“

Bachmann spricht seine Leser direkt an. Er gibt sich keine Mühe, seine Emotionen und seinen Unmut zu zügeln. Das führt leider dazu, dass seine Ausführungen Ungenauigkeiten und Vereinfachungen enthalten. Fallbeispiele sind manchmal nur mit dem Zusatz „der damalige Kanzler“ versehen, Jahreszahlen fehlen. Seine Behauptung, dass Massen an Asylbewerbern nach Deutschland strömen, passte zwar in die 90er Jahre, in den letzten Jahren kann davon keine Rede mehr sein. Wie eine Verschwörungstheorie mutet gar seine Erwähnung eines Systems namens Pluto an, das er nicht näher erläutert, aber immer wieder erwähnt.

Die subjektiven Ausführungen sind trotzdem interessant, da etliche der Unmutsäußerungen in der deutschen Bevölkerung verbreitet sind. So mancher wird sich hier wiederfinden. *Bel*

***Harmut Bachmann: „Die Reformverhinderer des geplünderten Sozialstaates – Staatsbankrott, Enteignungen, Zwangshypotheken“**, Frieling, Berlin 2009, broschiert, 332 Seiten, 19,60 Euro*

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95





Stefan Hug
Hollywood greift an.
Kriegsfilme machen Politik... Geb., 180 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6910, € 19,90

Arno Surminski



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



I. W. Dobrowolski (Hg.)
Schwarzbuch Gulag
Geb., 312 Seiten mit Zeichnungen
Best.-Nr.: 3117
statt € 29,90 nur noch € 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95

Musik von Friedrich II.




Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 13,90

CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 13,90

CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 13,90

CD



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Marc Lindemann
**Unter Beschuss
Warum Deutschland in Afghanistan scheitert**
In Afghanistan tobt ein Guerilla-Krieg - und die Bundeswehr ist nur noch damit beschäftigt, sich selbst zu verteidigen. Statt für Sicherheit und Wiederaufbau zu sorgen, kämpfen die 4000 Soldaten gegen Raketen, Sprengfallen und die Taliban an - für jährlich 500 Millionen Euro an Steuergeldern. Durch ihre Unentschlossenheit und fehlerhafte Strategie hat die Bundesregierung die Schlagkraft der Taliban sogar gestärkt. Dabei verfügt die Bundeswehr über die Mittel zur Abschreckung und Reaktion. Doch Berlin will sie nicht einsetzen. Der Politologe Marc Lindemann war mehrmals als Nachrichtenoffizier im afghanischen Kundus aktiv. In seiner klugen, schonungslosen Analyse deckt er die bittere Wahrheit des deutschen Einsatzes auf. Er enthüllt anhand konkreter Beispiele, wie das Unvermögen der Politik sinnlos Menschenleben kostet und das weltweite Ansehen Deutschlands ruiniert.

Kart., 282 Seiten, mit farb. Fototaf. u. 2 Ktn
Best.-Nr.: 6912

€ 18,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95



Die Deutschen
Die 10-teilige ZDF-Dokumentation
10 DVDs in Sammelbox zum Vorzugspreis,
Lauflänge ca. 775 Min.
Best.-Nr. 6721, € 99,95

Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
u. a. Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900




€ 13,90



Alexander Gauland
Die Deutschen und Ihre Geschichte
Wie wir wurden, was wir sind
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 6886, € 19,95

Sonderangebot!

Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Jutta Kürtz
Altbewährter Ratgeber für Haus und Hof
Geb., 141 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6911, € 5,00



Irmgard Powierski
Heimat in mir
Geliebtes Masuren und die Flucht 1945
Best.-Nr.: 6909, € 13,80

CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90

Frauenkirche Dresden, Orgelmusik 1943- 44



Orgelmusik von Bach, Reger, Frickhoeffer und Bunk
Inhalt
1. Johann Sebastian Bach (1685–1750) Präludium und Fuge Es-dur BWV 552 – Rec. 19.12.1943
2. Passacaglia c-moll BWV 582 – Rec. 6.3.1944
3. Präludium und Fuge D-dur BWV 532 – Rec. 1943/1944
4. Toccata und Fuge d-moll BWV 565 – Rec. 6.3.1944
5. Max Reger (1873–1916) Introduktion und Passacaglia d-moll – Rec. 1943/1944
6. Otto Frickhoeffer (1892–1963) Fantasie über B-A-C-H – Rec. 25.1.1944
7. Gerard Bunk (1888–1958) O laufet, ihr Hirten – Einleitung, Thema und Variationen über das Weihnachtslied Rec. 6.3.1944
Hanns Ander-Donath, Orgel,
Spielzeit ca. 72: 18 Min
Best.-Nr.: 6904, € 12,95



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847

€ 19,90

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815



1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillion (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95



Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

07/10

**Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12**
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Recht auf Scheiterhaufen

London – In Großbritannien dürfen Leichen nach hinduistischem Ritus auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden. In einem Revisionsverfahren setzte der 71-jährige Hindu Davender Kumar Ghai sein Anliegen durch, nach den Vorschriften seiner Religion auch in Großbritannien verbrannt werden zu dürfen. Der Inder hatte Zugeständnisse gemacht: Der Scheiterhaufen könne in einem von Wänden umgebenen Raum und unter einem mit Rauchabzug versehenen Dach abgebrannt werden. *idea*

Ladendiebe haben Konjunktur

Moskau – Die Wirtschaftskrise hat die Zahl der Ladendiebstähle in Russland stark ansteigen lassen. Allein die großen Handelsketten, bei denen noch Wächter patrouillieren, meldeten 2009 bereits 240 000 (2008 waren es 182 000). Offenbar schrecken auch die drastischen Strafen nicht ab: Bis zur Schadensumme von 1000 Rubel gibt es 15 Tage Arrest, darüber ist es eine schwerwiegende Straftat. Da kann eine gestohlene Flasche Whisky bis zu fünf Jahren Haft einbringen. *W. Oschlies*

ZUR PERSON

Politik und Geschäfte

Die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Biographie des indischen Vorsitzenden des UN-Weltklimarates. Nach dem Besuch des renommierten La Martiniere College im indischen Lakhnau ging **Rajendra K. Pachauri** als Manager in eine Lokomotivenfabrik in Benares. Nach einem Studium in den USA arbeitete er ab 1975 am Staff College of India in Haiderabad. 1981 übernahm er den Vorsitz des Instituts für Energie und Ressourcen (TERI), dessen Generaldirektor er seit 2001 ist. Ein Jahr darauf übernahm er den Vorsitz im Weltklimarat (IPCC), ohne dass er deshalb die Leitung des von wirtschaftlichen Interessen nicht freien TERI aufgegeben hätte.

Das 1988 gemeinsam vom UN-Umweltprogramm UNEP und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) eingerichtete IPCC hat die Aufgabe, wissenschaftliche Arbeiten zur Erderwärmung und zum „Klimawandel“ zu sammeln, zu analysieren und verständlich darzustellen, ohne dabei selbst zu forschen. Hatte es dies anfänglich auch geräuschlos seriös gemacht, ging es 2007 mit einem ganzen Katalog von Katastrophenszenarien an die Öffentlichkeit. Die Folge waren für den IPCC-Vorsitzenden noch im selben Jahr die Verleihung des Friedensnobelpreises und des Titels „Nachrichtenmacher des Jahres“.



Objektivität und Seriosität sind weniger Pachauris Markenzeichen. Augenscheinlich macht er lieber Politik und Geschäfte. Da stört es den IPCC-Vorsitzenden trotz Rücktrittsforderungen wenig, dass sich das Horrorszenario seines Hauses, die Himalaja-Gletscher würden schon bis 2035 wegschmelzen (was für sein TERI ein lukratives Forschungsprojekt zur Folge hatte), als wissenschaftlich unhaltbar erweisen hat. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Bei uns in Rom

Warum Westerwelle richtig liegt, wie die Deutschen Griechenland ruinierten, und wann wir nur noch auf die »Barbaren« hoffen können / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da hat uns der Westerwelle aber ganz schön einen eingeschenkt: In „spätrömischer Dekadenz“ seien wir geendet mit unserem Sozialsystem, welches arme Geringverdiener nicht besser stelle als Stütze-Empfänger. Das Echo des Aufschreis gegen diese Frechheit des FDP-Chefs schallt von allen Wänden: Esel! Brandstifter!

Was denkt der sich eigentlich? Was bitte hat das dürftige Dasein eines Hartz-IV-Empfängers mit „spätrömischer Dekadenz“ gemein? Wir haben eine recht plastische Vorstellung vom Leben in der erlöschenden Antike: Fette Schmerbäuche, gut betucht und fein gewandet, fläzen sich auf ihren Nobelpritschen und schieben Leckereien in sich hinein, bis sie brechen können. Können, nicht müssen, denn sie kitzeln sich absichtlich mit Pfauenfedern am Gaumen, um den Auswurf herbeizuführen. Danach stopfen sie ihre geschundenen Mägen abermals voll.

Dass draußen das Imperium in die Grütze geht, quittieren die orgienverseuchten Fressmaschinen mit lakonischen Witzchen oder einem Rülpser. Was sollen die uns anhaben, diese barbarischen Hüttenbewohner hinterm Rhein? Uns, die wir doch die Herrlichkeit der Welt sind!

Ja, so toll trieben es die alten Römer. Bis ihnen irgendwann die Rechnung präsentiert wurde. Das besorgten die Germanen, lauter junge, sportliche Siegfrieds, die sich von Bärenfleisch und Müsli ernährt hatten und daher genug Fitness mitbrachten für die nächsten anderthalbtausend Jahre.

So muss es gewesen sein, also meilenweit weg vom tristen Alltag in unseren Mietskasernen, wo die Hartzer wohnen. Tja, so war es aber nicht, behaupten Historiker. Wer ihnen folgt, den muss in der Tat der Verdacht beschleichen, dass wir den Spätrömern dichter auf den dekadenten Fersen sind als uns lieb sein kann.

Danach liest sich die Geschichte nämlich so: Zur Blütezeit unter Kaiser Augustus lief alles blendend. Die Wirtschaft florierte, das Geld war stabil, die Steuer niedrig und dennoch blieb dem Staat genug Geld, um die erwerbslosen Unterschichtler mit kostenlosem Weizenmehl zu versorgen, damit sie sich Brot backen konnten. Zudem wurden auf Staatskosten spannende Gladiatorenkämpfe, Lustspiele und anspruchsvolle Dramen aufgeführt, auf dass sich das Volk zerstreue.

Nach und nach aber stieg die Zahl der arbeitslosen Brot-und-Spiele-Empfänger immer rascher an. Die Staatskasse leerte sich. Um sie zu füllen, wurden die Steuern angehoben. Erst für die Reichen. Die gingen dazu über, ihr Geld zu verstecken oder hauten ganz ab. Danach musste die Mittelschicht dran glauben.

Die Unterschicht jedoch, die in trostlosen Mietskasernen auf ihre Zuteilungen wartete, wuchs weiter und drohte mit sozialen Unruhen. Um sie von den Mühen des Backens zu befreien, wurde bald Brot statt Mehl verteilt. Irgendwann wuchsen die Steuern auch für die Mittelschicht bedrohlich, gleichzeitig stieg die Inflation, das Geld wurde immer schlechter. Der Staat, einst das vergötterte Imperium, das jedes noch so kleine Römerlein mit Stolz erfüllte, wurde erst lästig, später zum Feind.

> EU-Rompuy will die Stärke der deutschen Wirtschaft drosseln. Aber wie? Demontage? Ruhrbesetzung?

Und das Ende? Das stellen wir uns dramatisch vor, mit grollenden Barbaren, schreienden Frauen und schlotternden Männern. In Wahrheit, so behaupten Historiker, hätten die (West-)Römer den Schlussstrich unter ihr Reich im Jahre 476 eher mit einem Achselzucken, wenn nicht gar mit Erleichterung aufgenommen: Die Germanen haben die gierige Blase um den ahnungslosen, erst 16-jährigen letzten Kaiser zum Teufel gejagt? Bravo! Hoffentlich haben sie auch das Finanzamt niedergebrannt.

Seien wir ehrlich: So weit ist das wirklich nicht entfernt von uns. Wer hätte nicht schon mal davon geträumt, dass eine Horde fremder Wüstlinge ins Land schwappt und ihre Fackeln an den Fiskus hält? Na? Eine Mixtur aus Volksbelustigung und Wegelagerei, aus Unfähigkeit und Anmaßung, das war Roms „politische Klasse“ in der Dämmerung ihres Reiches. Das geht solange gut, wie genug Leute da sind, die man blechen lassen kann. Für die Bundesrepublik ist das derzeit noch kein Problem. In anderen Ecken des Heiligen Europäischen Reiches deutscher Kasse wird es da bekanntlich schon enger. Wir müssen nicht extra erwähnen, auf wen hier angespielt wird. Steht ja täglich in der Presse.

Doch Europa ist eine „Solidargemeinschaft“, weshalb auch hier die Gesetze der sozialen Gerechtigkeit zu gelten haben: Wer Geld erwirtschaftet hat, ist privilegiert, wer keines hat, ist sozial benachteiligt. Dabei ist ohne Belang, ob der Benachteiligte gar keine Chance auf Erwerb besaß oder einfach nur alles zum Fenster rausgeworfen hat. Benachteiligt ist benachteiligt. Keine Frage, wer hier wem etwas abgeben muss.

Ärgerlich ist nur die Gönnerpose, in die sich so mancher Geber wirft. Das demütigt die Nehmer. Vor langer Zeit schon haben kluge Köpfe daher ein System erdacht, in dem es erst gar nicht zu solchen „Ungleichgewichten“ bei der Güterverteilung kommt, welche die Menschen sozial spaltet in „Geber“ und „Nehmer“. Sie nannten es „Sozialismus“.

Der neue ständige Ratspräsident der EU, Herman van Rompuy, hat den „Ungleichgewichten“ bei der Wirtschaftsstärke der einzelnen EU-Länder den Kampf angesagt. Vor allem die „unkooperativen“ Deutschen will er wirtschaftspolitisch an die Leine legen, droht der Belgier. Die hätten durch ihre „Exportorientierung“, sprich: Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit, das Ungleichgewicht auf die Spitze getrieben und damit die Krise in anderen Ländern angefacht.

Eine straffere „Governance“ soll dem dauerhaft ein Ende setzen. Laut Lissabon-Vertrag kann die EU einzelnen Mitgliedstaaten „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ befehlen und den Befehl durchsetzen. Ein Veto-Recht wie früher hat Deutschland dagegen nicht mehr.

Was wohl auf uns zukommt? Wie will Brüssel die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zügeln? Durch Strafsteuern auf alles, was „Made in Germany“ ist? Per Demontagen? Eine neue Ruhrbesetzung?

Egal, zu den Einzelheiten kommt Rompuy später. Jedenfalls hat er die bewährte Grundthese des Sozialismus ganz und gar verinnerlicht, die da lautet: Wer die Schwachen stärken will, der muss zuallererst einmal die Starken schwächen.

Die Erfahrung lehrt indes, dass die biestige Praxis stets eine andere Richtung einschlug, als es die sozialistische Theorie wissenschaftlich ermittelt hatte: Die Starken wurden zwar erfolgreich geschwächt, die Schwachen aber gewannen dadurch kein Stück an Stärke. Im Gegenteil: Im alten Rom bekamen, wie ausgeführt, die Stützeempfänger zum Schluss buchstäblich überhaupt nichts mehr gebacken.

Daher haben die, welche die Wahrheit des Sozialismus nach wie vor hartnäckig leugnen, eine recht genaue Vorstellung davon, was die EU-Hilfe für Griechenland auslösen wird in anderen Wackelländern. Ja, wenn das so geht, wozu denn anstrengen?, werden sie sich sagen.

Außerdem ist nach Rompuys Eingaben nun klar, dass die Schuld an den Kalamitäten nicht etwa die Griechen, Portugiesen oder Spanier trifft, sondern die Deutschen. Noch brennen in Athen bloß die blauen EU-Fahnen. Wir sollten uns darauf vorbereiten, dass dort demnächst auch Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der sozial Privilegierten, in Rauch aufgeht. Mit jedem Euro, den der deutsche Steuerzahler für Athen entbehrt, wird der Hass wachsen.

Doch es glimmt Licht am Ende des Tunnels. Wenn Brüssel mit uns fertig ist, wird in Deutschland nichts mehr zu holen sein. Dann dürfen wir selber mal um Hilfe bitten, falsch: unser soziales Recht einklagen. Die Frage ist nur, bei wem? Wer wird unser Deutschland sein, wenn wir Griechenland sind? Niemand, steht zu befürchten, weshalb wir dann nur noch auf „Barbaren“ hoffen können, die den Laden hier einfach dichtmachen.

ZITATE

*Der Vorsitzende des Zukunftskreises Bildung und Erziehung des **Frankfurter Zukunftsrates, Bernhard Bueb**, fordert Bildung unabhängig von föderalistischen Strukturen zu gestalten:*

„Die Bildungshoheit der Länder führt seit Jahrzehnten dazu, dass sich die Landesregierungen auf dem Gebiet von Bildung und Erziehung parteipolitisch profilieren. Sie versuchen die Überlegenheit ihres jeweiligen Programms gegen die Politik anderer Bundesländer zu demonstrieren und lähmen sich dadurch gegenseitig.“

*Die Londoner **„Times“** (10. Februar) hat **wenig Verständnis** für das EU-Hilfspaket für **Griechenland**:*

„Niemand hat Griechenland gezwungen, sich zu verschulden. Die frühere Regierung, die im Oktober abgewählt wurde, hat das Haushaltsdefizit zu niedrig angegeben. Eine Rettung würde in Wirklichkeit bedeuten, dass Steuerzahler anderer Eurozonen-Länder für unverantwortliche Entscheidungen zahlen würden, auf die sie keinen Einfluss hatten.“

***Rap-Star Bushido** gegenüber dem „Focus“ vom 8. Februar inwieweit die **deutsche Justiz** eine abschreckende Wirkung hat:*

„Das schreckt sicher nicht vor Straftaten ab. Da ist es wie im Jugendclub. Wir sind ja hier nicht in Südamerika. Zwar ist es für mich schon krass, meiner Freiheit beraubt zu werden. Aber, ich weiß nicht, ob ich das sagen soll, du hast in Deutschland theoretisch einen Mord frei. Gehst du über Totschlag, kriegst du vier Jahre auf Bewährung ... Was soll mich hier abschrecken. Alter, ich hätte nicht gedealt, würde darauf Handabhacken stehen.“

Die Eulenträger

Eulen nach Athen zu tragen –
diese Wendung, gern zitiert,
hat in längst vergangnen Tagen
Aristophanes kreiert.

Hat Komödien geschrieben,
in perfektem Griechisch gar,
und dran seht ihr, meine Lieben,
was einst alles möglich war!

Damals prägte noch Athene
– Weisheit war ihr Monopol –
im Athener-Land die Szene,
mit der Eule als Symbol.

Solch Geflügel hinzuschleppen,
wär' totaler Unsinn drum,
denn das täten höchstens Deppen –
leicht begriff's das Publikum.

Doch die Göttin – echt zum Heulen –
ist im Altenheim entsorgt,
und in Attika kriegt Eulen
jetzt man nicht einmal geborgt.

Drüber kreist der Pleitegeier
gierig wie noch nie zuvor,
und zur Lyra, heute Leier,
murrt elegisch drunt der Chor.

Trotzdem gibt es was zu
lachen:
Euros tragen nach Athen,
dass nicht Staat und Banken
krachen!
Ist ein Witz kat' éxochén!

Aristophanes empfände
diesen Ulk als Hochgenuss –
mehr noch aber, wenn's am Ende
dann wer wirklich machen muss!

Pannonicus